

3

Bonn, 26. April 1954

Sprecher: Adenauer, Albers, Altmeier, Bach, von Brentano, Ehlers, Eplée, Fay, Fricke, Gradl, Gurk, Hellwig, Johnen, Kaiser, [Lübke], Schäffer, Scharnberg, Schröder, Stooß, Strickrodt, Süsterhenn, Wehking, Zimmer.

Bericht über die innen- und außenpolitische Lage. Konfessionelle Fragen. Saar. Bericht über die Finanz- und Steuerreform. Verschiedenes.

Beginn: 15.00 Uhr

Ende: 23.30 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Zunächst heiße ich Sie herzlich willkommen. Ich habe versucht, eine andere Tischordnung vorzunehmen. Ich gebe ohne weiteres zu, daß die Tische nicht geeignet sind, weil sie zu breit sind, aber ich glaube trotzdem, wir sollten den Versuch machen. Ich halte die bisherige Sitzordnung an einem langen Tisch für sehr unpraktisch. Es ist dabei schwer, daß sich die einzelnen Redner gegenseitig ins Auge fassen. Ich würde deswegen vorschlagen, daß jeder Redner hierherkommt und von hier aus spricht.

Diese Tischordnung hat den weiteren Vorzug, daß das unbemerkte Entfernen nicht mehr so leicht ist wie bisher, so daß ein gewisser psychologischer Zwang ausgeübt wird, doch bis zum Schluß hierzubleiben.

Wir haben die Presse nicht unter uns, sondern nur unsere Freunde hier. Deswegen glaube ich, kann man etwas offener sprechen als morgen im Parteausschuß. Ich bitte Sie, mir zu erlauben, doch die Sorgen, die uns wohl alle bedrücken und die vielleicht von meiner Stelle aus am besten sichtbar werden, Ihnen ungeschminkt sagen zu dürfen. Diese Sorgen erstrecken sich auf die verschiedensten Gebiete. Ich kann hier, um die Zeit nicht so sehr in Anspruch zu nehmen, nur das Wesentlichste sagen.

BERICHT ÜBER DIE INNEN- UND AUSSENPOLITISCHE LAGE

Adenauer: An der Spitze steht natürlich wieder die außenpolitische Lage. Was die außenpolitische Lage angeht, so ist sie wohl seit 1945, sicher seit 1949, nicht so ernst

und so gespannt gewesen, wie sie z.Z. ist. Ich glaube, jeder von Ihnen sagt sich das, wenn er die sich überstürzenden Nachrichten über die Konferenz, die heute in Genf wohl eröffnet werden wird oder schon eröffnet worden ist, liest.¹ Es ist eine Konferenz, deren Ergebnis sich gar nicht irgendwie voraussagen läßt. Aber wir müssen uns doch darüber Rechenschaft ablegen, daß das Ergebnis dieser Konferenz, sei es positiv, sei es negativ, sei es unentschieden, sei es gleich null, bei der starken Verflechtung aller Länder auf dem ganzen Erdball in der heutigen Zeit auch Deutschland angeht und für Deutschland mitentscheidend sein kann. Ich denke dabei nicht an den äußersten Fall; ich glaube nicht, daß etwa als Folge dieser Konferenz – wenn der Ausgang so negativ ist, wie es der Fall zu sein scheint – ein akuter Krieg kommen wird. Aber bei jeder Konferenz ist es ja so, daß der unbefriedigende Ausgang auch eine Verschärfung der Lage mit sich bringt.

Das zweite Ereignis, das uns auch auf dem Weg über Genf, aber auch auf dem Weg über Paris, höchstwahrscheinlich unmittelbar berühren wird, ist das Ende der Kämpfe in Indochina, das jede Stunde erwartet werden kann.² Welche Folgen dadurch auf die Psyche des französischen Volkes ausgeübt werden, das ist bei der Eigenart des französischen Volkes gar nicht vorauszusehen. Aber der Ausgang in Indochina ist deswegen von so außerordentlich großer Bedeutung für die gesamte Weltpolitik, weil – ob zu Recht oder zu Unrecht kann ich nicht entscheiden – man in Amerika der Ansicht ist, daß die Kämpfe in Indochina doch die amerikanische Stellung sehr tangieren; denn wenn Indochina fällt, dann rechnet man auch mit dem Fall von anderen ostasiatischen Ländern und schließlich auch mit einer Gefährdung der Philippinen.

Sie sehen also auch daraus, daß alle Dinge heutzutage so ineinander verzahnt sind, daß ein unberechenbares Unglück aus einer Sache kommen kann, die zuerst vor Jahren so relativ beschränkt anfang wie der Krieg in Indochina.

Wenn ich nun zur deutschen Außenpolitik übergehe, dann muß ich zuerst ganz kurz in Ihr Gedächtnis einiges über die Berliner Konferenz zurückrufen; keine Einzelheiten, die interessieren jetzt nicht mehr, aber das eine steht fest – und das muß man sehr nachdrücklich feststellen, auch gegenüber einer gewissen sozialdemokratischen Propaganda –, daß in Berlin die Russen sehr klar und deutlich und ganz unmißverständlich zu verstehen gegeben, sogar erklärt haben, daß sie an dem gegenwärtigen Status in Europa nichts zu ändern wünschen. Das ist wohl am klarsten geworden, meine Freunde, durch den Schlußakt der Berliner Konferenz, nämlich durch die Nichterledigung der österreichischen Frage.³

1 Ostasienkonferenz vom 26. April bis 21. Juli 1954 in Genf über Korea und Indochina (AdG 1954 S. 4497–4499, S. 4635–4638).

2 Möglicherweise Anspielung auf die Belagerung der Festung Dien Bien Phu seit Januar 1954, die allerdings erst am 7. Mai 1954 fiel (AdG 1954 S. 4511).

3 Vgl. Gerald STOURZH: Geschichte des Staatsvertrages 1945–1955. Österreichs Weg zur Neutralität. Graz/Wien/Köln 1980 S. 116–125; Bruno THOSS: Modellfall Österreich? Der österreichische Staatsvertrag und die deutsche Frage 1954/55. In: THOSS/VOLKMANN S. 93–136.

Lassen Sie mich daran erinnern, daß über den österreichischen Staatsvertrag jahrelang verhandelt worden ist, daß man Einigung erzielt hat mit Ausnahme von wenigen Punkten. Als Österreich und auch die Westalliierten in Berlin erklärt haben, daß sie auch in diesen Punkten bereit seien, die bisher von Sowjetrußland gestellten Forderungen zu akzeptieren, da hat Sowjetrußland neue Forderungen aufgestellt. Und als Österreich sich bereit erklärt hat, auch diese zu akzeptieren, nämlich eine freiwillige Neutralisierung, da hat Sowjetrußland trotzdem erklärt, nein, wir lehnen es ab, einen solchen Staatsvertrag zu schließen.

Ich glaube, man muß sich bei der Betrachtung der politischen Lage immer wieder vor Augen halten, daß der lange vorbereitete Versuch, auf einer Konferenz Sowjetrußland zu einem Entgegenkommen in der deutschen Frage und in der mitteleuropäischen Frage – wenn ich jetzt Österreich hinzunehme – zu bewegen, hundertprozentig gescheitert ist. Interessant ist folgendes, was sich in Berlin am Schluß der Konferenz ereignet hat, ein Vorfall, über den in der deutschen Presse im „Michael“⁴ berichtet worden ist, der mir vorher bekannt war und der, wie ich glaube sagen zu dürfen, durchaus zutreffend ist. Herr Ollenhauer ist vor Erledigung der Österreichfrage bei dem der Sozialistischen Partei Österreichs angehörenden Staatssekretär Kreisky⁵ gewesen und hat ihn gebeten, Österreich möchte doch den Russen weiter entgegenkommen, damit nicht das ganze Odium des Scheiterns der Konferenz auf Sowjetrußland falle.

Dieser sozialistische Staatssekretär hat das Ansinnen Herrn Ollenhauers abgelehnt; wie überhaupt merkwürdigerweise in Österreich die Sozialisten stärkere Gegner Sowjetrußlands sind als die christliche Partei⁶ dort. Im Zusammenhang mit dieser Aktion Ollenhauers ist es vielleicht auch von Interesse, daß neuerdings in den Reden des Herrn Wehner von freien Wahlen nicht mehr gesprochen wird und daß man – nach dem, was mir von amerikanischer Seite in sehr bewegter Weise gesagt worden ist – da die Wahrnehmung gemacht zu haben glaubt, daß die Sozialdemokratie im Begriff sei, ihre bisherige Haltung gegenüber dem Problem Sowjetrußland/Deutschland doch einer starken Revision zu unterziehen, einer Revision, die für Deutschland nach unserer Überzeugung das Ende bedeuten würde.

Meine Freunde! Ich habe eben schon von der Genfer Konferenz gesprochen. Ich möchte nun bei diesem kurzen Überblick über die außenpolitische Lage zur EVG etwas sagen. Zunächst möchte ich Ihnen sehr kategorisch erklären, daß weder ich noch ein von mir Beauftragter mit irgendeinem Amerikaner oder Engländer gesprochen hat über eine Alternativlösung und daß die amerikanische und auch

4 „Michael“ Nr. 8 vom 28. Februar 1954.

5 Dr. Bruno Kreisky (geb. 1911), österreichischer Politiker (Sozialist); 1939–1945 Exil in Schweden, 1946–1951 Legationssekretär in Stockholm, 1951–1953 in der Präsidentschaftskanzlei, 1953–1959 Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten im Bundeskanzleramt, 1959–1966 Außenminister, 1970–1983 Bundeskanzler. Erinnerungen: Zwischen den Zeiten. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten. Berlin 1986 S. 458–463.

6 Gemeint ist die Österreichische Volkspartei (ÖVP).

die englische Politik absolut nach wie vor auf dem Boden steht, daß die Lösung, die für die beiden Länder in Frage kommt, die EVG und im weiteren Verlauf die Europäische Politische Gemeinschaft ist. Die Erklärung, die Großbritannien über seine Haltung gegenüber einer EVG abgegeben hat⁷ – es ist das zum Teil in der deutschen Presse erwähnt worden, zum Teil nicht –, bedeutet einen völligen Bruch mit einer jahrhundertealten Tradition der englischen Außenpolitik gegenüber Europa! Während bisher Großbritannien gegenüber Europa immer Distanz gewahrt und sich zurückgehalten hat, hat es sich jetzt verpflichtet, europäische Politik – ich drücke mich jetzt etwas summarisch aus – mitzumachen, und zwar unter Umständen auch mit bewaffneter Hand mitzumachen.

Ich betone nochmals, das ist ein Bruch der englischen Außenpolitik, eine vollständige Umkehr. Man hätte erwarten können und müssen, daß in Frankreich diese Wendung der englischen Politik entsprechend gewürdigt worden wäre. Das ist aber nicht der Fall gewesen. Man hat in der französischen Öffentlichkeit und in der französischen Presse diese ganze britische Erklärung, die das Ergebnis sehr langer und sehr sorgfältiger Überlegungen gewesen ist, einfach in Stücke zerrissen und zerkleinert. Und die Mißstimmung in Großbritannien wegen dieses Verhaltens der Franzosen ist außerordentlich groß.

Ich darf Sie daran erinnern, daß kurze Zeit danach die Erklärung Eisenhowers kam.⁸ Auch dieser Erklärung Eisenhowers ist nach meiner Meinung weder von der deutschen Presse noch insbesondere aber von der französischen Presse das Gewicht beigelegt worden, das sie tatsächlich verdient. Sie verdient namentlich auch unsere besondere Beachtung, weil in einem der Punkte dieser Eisenhowerschen Erklärung uns zugesichert ist, daß die Länder der EVG auch mit herangezogen werden zu Fragen der großen Politik, die sie indirekt berühren. Es würde sich also uns Deutschen in der Bundesrepublik da ein Weg zeigen, daß wir auch an politischen Entwicklungen beteiligt werden, die nicht direkt, aber indirekt unser ganzes Geschick bestimmen, an denen wir z.Z. völlig unbeteiligt sind.

Es ist, wenn man einmal in Ruhe die Lage auf der Erde heutzutage überlegt, für uns Deutsche ein erschreckender Zustand, daß – obgleich die Bundesrepublik sich einer relativ großen Freiheit erfreut – doch Entwicklungen in anderen Erdteilen vor sich gehen, die für das Leben unseres Volkes entscheidend sein können, ohne daß wir in der Lage sind, auch nur das geringste dazu zu äußern. Dieser Punkt in der Eisenhowerschen Erklärung ist, soweit ich die deutsche Presse daraufhin

⁷ Im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Vertrags über die Zusammenarbeit Großbritanniens mit der EVG am 13. April 1954 in Paris wurde eine Erklärung über „Die gemeinsame Politik bei der militärischen Assoziierung zwischen den Streitkräften Großbritanniens und der EVG“ sowie eine einseitige britische Erklärung über die Partnerschaft mit der EVG abgegeben (Wortlaut in AdG 1954 S. 4476–4478; vgl. Donald Cameron WATT: Die konservative Regierung und die EVG. In: MILITÄRGESCHICHTE seit 1945 S. 81–99, hier S. 98).

⁸ Text der Botschaft an die EVG-Länder vom 16. April in AdG 1954 S. 4478f.

durchgesehen habe, völlig übersehen worden. Es ist eigentlich erschütternd, wie wenig sich die deutsche Öffentlichkeit, die deutsche Presse, aber auch die einzelnen Deutschen Gedanken darüber machen, in welcher außerordentlich gefährlicher Lage sich das deutsche Volk während dieser ganzen Zeit befindet. Die Deutschen tun so, als hätten sie alles lange hinter sich. Sie leben, soweit sie irgend können, vergnügt und fröhlich dahin. Sie gehen in Gott weiß was für mondäne Orte und geben für Dinge, die vielleicht erwünscht, aber nicht notwendig sind, einen Haufen Geld aus und meinen, der Boden stehe fest unter ihren Füßen. In Wirklichkeit steht der Boden absolut nicht fest unter unseren Füßen! Ich denke gar nicht an die Atombombe oder die anderen Bomben, die noch dahinter kommen, sondern ich denke an politische und in deren Folge an wirtschaftliche Entwicklungen, wie sie jeden Tag eintreten können. Ich weiß nicht, ob die Deutschen sich darüber klar sind, daß, wenn eine große politische Baisse, eine politische Unruhe in der Welt kommt, dann eine wirtschaftliche Depression die Folge sein wird und daß von dieser wirtschaftlichen Depression die deutsche Wirtschaft mit am allerstärksten betroffen werden wird, weil sie am anfälligsten ist. Die Menschen in Deutschland machen sich gar nicht klar, daß wir ein so kapitalschwaches Land sind, daß unsere Wirtschaft von den schwersten Katastrophen heimgesucht wird, wenn eine längere wirtschaftliche Depression einmal kommen wird. Und die kann jeden Augenblick kommen infolge der politischen Entwicklung.

Nehmen Sie z.B. mal an, die EVG wird nicht von Frankreich ratifiziert werden, wer weiß, welche wirtschaftlichen Unruhen dann in Europa und in der Welt Platz greifen werden. Wer weiß, was dann alles kommen wird. Aber alles das gleitet an uns spurlos vorüber. Wir freuen uns des Daseins. Ich habe nichts dagegen, daß man sich seines Daseins erfreut, aber man muß sich auch der Verantwortung gegenüber seiner Familie, seinem Volk und überhaupt gegenüber dem Staat bewußt sein. In der Hinsicht haben wir – vielleicht auch andere Völker, aber wir sind in erster Linie verantwortlich für das deutsche Volk – wirklich noch eine ganz große Änderung in unserem Denken vorzunehmen.

Meine Damen und Herren! Die EVG! Ich glaube, kein Mensch in der Welt würde heute in der Lage sein, mit einigermaßen Gewißheit zu sagen, wie Frankreich letzten Endes bei der Frage der Ratifizierung oder Nichtratifizierung sich entscheiden wird. Ich bin der Auffassung, daß Frankreich, wenn es durch die Umstände und durch die ganze Konstellation genötigt wird, sich zu entscheiden: Willst du die EVG oder willst du sie nicht? – wenn es also so gezwungen wäre, die Verantwortung für ein Scheitern des ganzen europäischen Gedankens zu übernehmen, daß es dann ratifizieren würde.

Aber was sollen wir uns mit Einzelheiten aufhalten, was soll ich Ihnen alle die Einzelheiten erzählen, jeder von uns weiß ja doch, wie man in Frankreich immer wieder den Versuch macht, diese Entscheidung so lange wie möglich hinauszuschieben. Was das bedeutet, das wissen wir alle. Das bedeutet mit jedem Tag eine Stärkung Sowjetrußlands. Darüber muß man sich völlig klar sein, daß Sowjetrußland, solange es hoffen kann, schließlich die Zusammenfassung Europas verhindern – wenn auch

indirekt – zu können, es nicht bereit sein wird, ernstliche Verhandlungen zu einer allgemeinen Entspannung auf der Erde herbeizuführen.

Nun zur Situation Sowjetrußlands. Ich darf Sie daran erinnern, daß wir wiederholt ausgesprochen haben, daß auch die Bäume Sowjetrußlands nicht in den Himmel wachsen und daß auf die Dauer auch ein diktatorisch geführter asiatischer Staat, der mit 150 Völkerschaften zu tun hat, nicht durchhalten kann, alle nur mit Gewalt zu regieren, wenn es nicht letzten Endes doch den Leuten einmal bessergeht. Nun haben wir – auch das ist in der deutschen Presse kaum, jedenfalls viel zuwenig hervorgehoben worden – zum ersten Mal den absoluten Beweis dafür, daß Sowjetrußland in einem Engpaß ist. Während bisher die Industrie in Sowjetrußland jede Arbeitskraft aus der Landwirtschaft wegholen durfte, der Landwirtschaft es aber verboten war, Arbeitskräfte aus der Industrie wegzuholen, ist es jetzt zum ersten Mal durch eine allgemeine Verordnung in Sowjetrußland gestattet, daß die landwirtschaftlichen Betriebe aus den industriellen Betrieben Arbeitskräfte wegholen. Das ist insbesondere deshalb geschehen, weil Sowjetrußland jetzt Anstalten dafür trifft, ein Gebiet, das so groß ist wie die gesamte landwirtschaftliche Fläche der Bundesrepublik, zu kolonisieren.⁹ Es ist bisher ein absolut unfruchtbares Gebiet. Ich glaube, das ist ein ganz klarer Beweis dafür, daß es eben Sowjetrußland nicht möglich ist, unentwegt weiter in dieser eklatanten Weise zu rüsten und gleichzeitig die Bedürfnisse seiner Bevölkerung so zu befriedigen, daß die Leute ruhig bleiben.

Ich darf nochmals wiederholen, es lohnt sich, darüber einmal nachzudenken, wie groß dieser Wechsel ist. Bisher durfte die Industrie jeden Mann aus der Landwirtschaft wegholen, aber die Landwirtschaft durfte keinen wegholen aus der Industrie. Jetzt darf die Landwirtschaft die Leute aus der Industrie wegholen und die Industrie darf keine Leute mehr aus der Landwirtschaft wegholen. Ich halte das für ein klares Anzeichen dafür, daß, wenn die freien Völker auf dem bisher eingeschlagenen Wege weiterschreiten, sie schließlich doch mit Sowjetrußland zu einer Verständigung kommen können und kommen werden.

Ich möchte hieran anschließend einige Ausführungen über die innenpolitische Lage und über die Lage unserer Partei machen, und zwar im Hinblick darauf, daß wir im Jahre 1954 fünf Landtagswahlen haben werden, beginnend in Nordrhein-Westfalen am 27. Juni und endigend in Berlin im Dezember.¹⁰ Diese Landtagswahlen, insbesondere die in Nordrhein-Westfalen, werden von der Sozialdemokratie – und zwar taktisch völlig richtig – dazu benutzt, um der deutschen Bevölkerung und dem Ausland den Nachweis zu erbringen, daß die Bundestagswahl vom 6. September vorigen Jahres nur etwas Vorübergehendes gewesen sei und daß die CDU/CSU nicht die Position halten könnte, die sie damals errungen hat, sondern daß in Wirklichkeit

9 Beschluß des ZK der KPdSU vom 2. März 1954 über Steigerung der Agrarproduktion und über Erschließung von Neu- und Brachland (AdG 1954 S. 4422).

10 Vgl. Nr. 1 Anm. 25.

die Sozialdemokratie doch noch entscheidend sei. Das ist von Rednern der Sozialdemokratie sehr oft ausgesprochen worden. Daher ist die Landtagswahl am 27. Juni in Nordrhein-Westfalen ein politisches Ereignis allerersten Ranges. Zweifellos wird diese Landtagswahl auch einen starken Einfluß auf die folgenden vier Landtagswahlen ausüben. Sie alle wissen, und zwar ebenso wie ich, daß es einen verhältnismäßig großen Prozentsatz von Wählern gibt, sagen wir etwa 20 %, die ohne besondere Überlegungen nun immer mit dem Strom der Entwicklung gehen wollen und die, wenn sie sehen, daß vielleicht die CDU zurückgeht und die Sozialdemokratie steigen wird, dann wieder sozialdemokratisch wählen.

Wenn es wirklich der Sozialdemokratie gelingen sollte, in Nordrhein-Westfalen einen sichtbaren Erfolg über die CDU zu erringen, dann wird zweifellos das auf die kommenden Wahlen in Hessen, in Bayern, in Berlin und in Schleswig-Holstein seine Wirkungen ausüben. Nun werden ja die Landtagswahlen leider Gottes zum allergeringsten Teil ausgetragen aufgrund der Tätigkeit, die der betreffende Landtag oder die betreffende Landesregierung in den zurückliegenden vier Jahren ausgeübt hat, sondern diese ganzen Landtagswahlen – wir haben es schon einmal erlebt, und wir werden es diesmal wieder erleben – werden letzten Endes gekämpft um die Fragen der Bundespolitik.

Sie werden wohl alle diese vortreffliche Analyse gelesen haben, die unsere Bundesgeschäftsstelle über die Bundestagswahlen in Nordrhein-Westfalen und über die demoskopischen Untersuchungen, die im Zusammenhang damit angestellt worden sind, herausgegeben hat.¹¹ Es ist eigentlich für die Bevölkerung von Nordrhein-Westfalen, das gilt aber genauso gut für alle anderen Länder – abgesehen von Bayern natürlich, Herr Schäffer – beschämend, wenn von den befragten 2.000 Leuten in Nordrhein-Westfalen ausgerechnet nur 4 % gewußt haben, daß der Landtag in Düsseldorf tagt. Was Bonn ist, wo der Bundestag tagt, was hier gemacht wird, das beschäftigt und interessiert die Leute, und das ist für ihre Stimmabgabe entscheidend. Aber wenn eine Bevölkerung wie die von Nordrhein-Westfalen, von der man doch im großen und ganzen – ich gehöre ja auch dazu – sagen kann, daß sie nicht gerade zu den Ungewecktesten gehört, nur zu 4 % weiß, daß der Landtag in Düsseldorf tagt, dann ist das doch geradezu erschreckend. Eigentlich müßte das sehr föderalistisch gesinnten Tendenzen einen starken Stoß geben. Aber diese föderalistisch gesinnten Tendenzen – ich komme noch darauf zurück – bekommen noch weitere Stöße.

Meine Freunde! Etwas kann jeden von uns mit einer außerordentlich großen Sorge erfüllen. Wir werden darauf sehr achten müssen; das ist das Sich-Wiederzeigen

11 Analyse der Wahlergebnisse in NW (o.D.) sowie der demoskopischen Untersuchung vom 26. März 1954 (Nachtrag vom 29. März) in ACDP VII-003-046/2. Verteiler: Bundeskanzler, Bundestagspräsident, geschäftsführender Vorstand, Fraktionsvorsitzender und -geschäftsführer, Bundesminister Franz Josef Strauß, alle Landesvorsitzenden und die Landesgeschäftsführer Hans Schreiber und Josef Blank.

eines konfessionellen Zwiespalts. Wir wollen vor dieser Tatsache nicht die Augen verschließen. Wir wollen uns auch ruhig zugestehen, sowohl Katholiken wie Protestanten, daß die Schuld auf beiden Seiten liegt. Sie wissen, ich bin Katholik, und ich scheue mich nicht zu erklären, daß gerade auch in katholischen Kreisen – noch lange nicht in allen, aber in katholischen Kreisen – Ideen entwickelt werden, die wir nicht ertragen können. Ich rechne dazu – und führe das an erster Stelle an – die plötzlich aufgetauchte Frage, man solle die bürgerliche Ehe und die kirchlich geschlossene Ehe gleichstellen.¹² Ich weiß ganz genau, daß der Gedanke, die Entwicklung, die im Jahre 1876 ihren Abschluß gefunden hat, nun von neuem wieder in den Tageskampf zu bringen, ausgegangen ist von einer namhaften katholischen Seite.¹³ Aber lange nicht von allen führenden katholischen Geistlichen wird diese Annahme geteilt, doch derjenige, der das gemacht hat, hat keine Ahnung davon, wie es in Wirklichkeit in der Welt aussieht und worum es sich handelt.

Von der FDP und von der SPD – von der FDP vorzugsweise, von der SPD klüger und mehr im Untergrund – wird der Versuch, den konfessionellen Zwiespalt wieder aufzureißen und dadurch unsere Partei ins Mark zu treffen, natürlich auf jede Weise unterstützt, weil sie hoffen, uns dadurch kleinzukriegen und selber zu wachsen. Daher wird auch die Schulfrage immer wieder hineingeworfen, obgleich sie in den meisten Ländern schon entschieden ist und wir, Evangelische und Katholiken, uns früher daraufhin verständigt haben, daß das Elternrecht entscheidend ist. Wir sprechen nicht von katholischen und nicht von evangelischen Schulen, sondern das Elternrecht soll entscheiden.

Soweit ich die Dinge beobachten kann, ist es so, daß die evangelischen Deutschen dort, wo sie in der Minderheit sind, evangelische Schulen wünschen – was ich durchaus verstehe –, daß sie aber dort, wo sie in der Mehrheit sind, keine katholischen Schulen wünschen. Umgekehrt wird auf katholischer Seite auch der Bogen oft überspannt. Diese Schulfrage dürfen wir nicht wieder hochkommen lassen. Es handelt sich darum, ob die Eltern bestimmen sollen oder der Staat. Daraufhin haben wir uns geeinigt. Bei dieser Einigung müssen wir unter allen Umständen bleiben.

Ich bin Ihnen hier eine gewisse Rechenschaft darüber schuldig, warum ich dafür gesorgt habe, daß der Bundespräsident einen evangelischen Mann zum Botschafter

12 Die Auseinandersetzungen entzündeten sich am Entwurf eines Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Personenstandsgesetzes (BT-Drs. 224); vgl. dazu die Ausführungen Wuermelings vor dem Bundestag am 2. April 1954 (Sten.Ber. 2.WP Bd.19 S. 767). Richtigstellung Wuermelings zu den teilweise falschen Zeitungsmeldungen über seine Äußerungen in UiD vom 20. März 1954.

13 Gemeint ist Prälat Wilhelm Johannes Böhler, der die katholischen Interessen in Bonn vertrat. Vgl. Alfons KUPPER: Die Sorge um das Gleichberechtigungsgesetz. In: In Memoriam Wilhelm Böhler. Erinnerungen und Begegnungen. Hrsg. von Bernhard BERGMANN und Josef STEINBERG. Köln 1965 S. 118–129, insbes. S. 125f.; Burkhard van SCHEWICK: Wilhelm Böhler (1891–1958). In: ZEITGESCHICHTE 4 (1980) S. 197–207.

am Vatikan ernannt hat.¹⁴ Sie wissen, daß Herr von Brentano¹⁵ am Quirinal katholisch ist. Es schien mir untunlich zu sein, daß nun, wenn jetzt zwei deutsche Botschafter in Rom tätig sind, einer am Quirinal und einer am Vatikan, beide katholisch sind, obgleich ich von katholischer Seite, von einer großen Organisation, deren führender Mann hier ist, sehr dringend darum gebeten worden bin, nun endlich dafür zu sorgen, daß auch einmal ein Katholik Botschafter am Vatikan wird. Ich habe nachher, als ich dem nicht nachgekommen bin aus guten Gründen, auch eine entsprechende Quittung davon bekommen.

Aber ich möchte unseren evangelischen Freunden hier in diesem Raum folgendes sagen: Kein einziger katholischer Bischof hat mir gegenüber in irgendeiner Weise sein Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht, daß kein Katholik dort Botschafter geworden ist. Als ich auf meiner Rückkehr von der Türkei und von Griechenland 24 Stunden in Rom war¹⁶, haben mich die Prostaatssekretäre Montini¹⁷ und Tardini¹⁸ im Hotel besucht, und ich habe die Herren gefragt: Ist bezüglich der Botschafterfrage noch etwas zu sagen? Worauf beide Herren mir gesagt haben: Nein!

Diese Entscheidung, die ich getroffen habe, ist ohne Widerspruch akzeptiert worden. Selbstverständlich – das möchte ich meinen katholischen Parteiliebenden sagen, aber ich stimme darin auch überein mit unseren evangelischen Freunden – bedeutet eine derartige Entscheidung nicht die Aufstellung eines Prinzips. Davon kann gar keine Rede sein. Es kann ein evangelischer Mann Botschafter am Vatikan sein, und es kann auch ein katholischer Mann Botschafter am Vatikan sein. Aber ein Prinzip wird nicht aufgestellt. Für mich war entscheidend in erster Linie die Frage, die ich eben erwähnt habe, daß Herr von Brentano schon in Rom ist, in zweiter Linie – ich scheue mich nicht, das zu sagen –, daß gerade auf diesen Punkt von der evangelischen Seite ein überspitztes – das ist schlechtes Deutsch –, ein übertriebenes Gewicht gelegt worden ist. Und ich wollte hier die ganze Sache etwas zur Ruhe bringen. Aber ich bitte Sie alle miteinander, überall dort, wo Sie merken, daß jemand versucht, die konfessionelle Zwietracht wieder anzuschüren, mit aller Energie dagegen vorzugehen. Einmal muß das deutsche Volk diese Sache überwinden, und es muß die

14 Dr. Wolfgang Jaenicke (1881–1968), 1945–1950 Staatskommissar bzw. -sekretär (1947) für das Flüchtlingswesen und der DPs in Bayern, 1952–1954 Botschafter in Pakistan, 1954–1957 am Hl. Stuhl. – Kritik an seiner Ernennung war u.a. von Süsterhenn geübt worden (s.u. S. 156 f.).

15 Clemens von Brentano (1886–1965), 1950–1957 Generalkonsul in Rom bzw. Botschafter für Italien; Bruder von Heinrich von Brentano. – Zu den Besetzungen der Botschafterposten vgl. HERDER-KORRESPONDENZ 8.Jg. 1953/54 S. 302.

16 Adenauer weilte vom 10. bis 18. März 1954 in Griechenland, vom 18. bis 26. März in der Türkei. Am 26./27. März konferierte er in Rom mit italienischen Politikern (AdG 1954 S. 4421f., 4444; TERMINKALENDER).

17 Giovanni Battista Montini (1897–1978), 1952–1954 Prostaatssekretär für die Ordentlichen Angelegenheiten, 1954–1963 Erzbischof von Mailand, 1963 Papst (Paul VI.).

18 Domenico Tardini (1888–1961), 1953 Prostaatssekretär (mit der Führung des Amtes des Kardinal-Staatssekretärs betraut), 1958 Kardinal und Staatssekretär.

Einheit unserer Partei, in der sich evangelische und katholische Christen verbunden haben, unter allen Umständen gewahrt bleiben!

Ein anderer Umstand, meine Freunde, der mich parteipolitisch mit Sorge erfüllt, sind die Gegensätze, die sich gerade in den letzten Wochen so stark gezeigt haben zwischen Nordrhein-Westfalen und der Bundesregierung.¹⁹ Nordrhein-Westfalen ist unser wichtigstes Land. Das wird jeder verstehen, der die wirtschaftliche Struktur Deutschlands kennt. Nordrhein-Westfalen ist auch dasjenige Land, das die meisten Einnahmen hat; aber – ich will hier kein Urteil fällen – ich möchte doch zweierlei nachdrücklich betonen:

Kein Land kann existieren, wenn der Bund nicht existiert, und kein Land und die Wirtschaft keines Landes bleiben am Leben, wenn der Bund finanziell Not leidet oder wenn gar die Währung des Bundes schwanken sollte. Wer es mit seinem Lande gut meint, der muß auch daran denken, daß kein Land existieren kann, ohne daß es dem Bund gutgeht, und daß wir dem Bund eben das geben müssen, was er braucht, um leben zu können.

Das Grundgesetz – ich habe ja selbst mit daran gearbeitet – ist in vielen Punkten schlecht. Wir alle im Parlamentarischen Rat wußten das; wir sind gezwungen worden dazu, ein Grundgesetz zu machen, namentlich auch auf finanziellem Gebiete, das schlecht ist und das dem Bund wirklich keine Kraft gibt. Wir sind dazu gezwungen worden von den Franzosen mit Hilfe der Amerikaner. Wir mußten es tun. Wir mußten das kleinere Übel wählen. Wir mußten wieder zu einer Staatsbildung kommen, obwohl das Grundgesetz so schlecht war.

Es sollten dann alle, die in den Ländern irgendwelche Entscheidungen zu treffen haben, sich darüber klar sein, daß sie auch dem Bund gegenüber Verpflichtungen haben und daß sie auch die Verpflichtungen, die sie gegen sich selbst haben, nicht erfüllen können, wenn der Bund finanziell nicht in Ordnung ist.

Was ein solcher Konflikt parteipolitisch bedeutet, wie er jetzt doch besteht zwischen dem Land, das die eigentliche Domäne der CDU ist, und einer Bundesregierung und einem Bundesfinanzminister, einer Bundesregierung, die doch geführt wird von der gleichen Partei, und einem Bundesfinanzminister, der doch – wenn auch mit einem kleinen anderen Buchstaben – derselben Partei angehört, das bitte ich Sie, insbesondere bei dem jetzt entbrennenden Landtagswahlkampf, einmal zu überlegen. Wenn ich mir vorstelle, sagen wir im Lande X – ich will keine Länder nennen – wäre eine sozialdemokratische Mehrheit in der Regierung und hier wäre eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung und ein sozialdemokratischer Bundesfinanzminister, dann wollte ich mal sehen, meine verehrten Damen und Herren, was dem Lande passieren

¹⁹ Bei den Auseinandersetzungen ging es um den Anteil von Bund bzw. Land an der Einkommen- und Körperschaftsteuer; Bundesfinanzminister Schäffer hatte am 5. Februar 1954 im Bundestag eine Erhöhung des Bundesanteils auf 42 % gefordert (vgl. Sten.Ber. 2.WP Bd.18 S.394; Protokoll des Landtages von NW vom 26. März 1954 Sten.Ber. S. 4010ff.; vgl. dazu auch PROTOKOLLE 1 S. 384 Anm. 134).

würde, das da nicht so wollte wie der sozialdemokratische Parteivorstand. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Ich glaube, wir werden uns sehr bemühen müssen, hier die Organisation – nicht die äußere –, das innere Zusammengehörigkeitsgefühl unserer Partei, doch mehr zu straffen, als das bisher möglich war.

Noch in anderer Hinsicht – ich glaube, man muß über diese Dinge sehr offen sprechen – können die Vorgänge in Nordrhein-Westfalen uns ernste Sorgen machen, uns allen miteinander, weil der Ausgang der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen – lassen Sie mich es nochmals wiederholen – seine Wirkungen ausüben wird auf die anderen Landtagswahlen. Wenn die Landtagswahlen des Jahres 1954 ein starkes Absinken der CDU zeigen werden, dann wird das außenpolitisch von außerordentlich großer Bedeutung sein; denn, meine Freunde, das ganze Ansehen und der ganze Einfluß der Bundesrepublik im Ausland beruhen auf der Wahl vom 6. September 1953. Darauf beruht der Einfluß, und sonst haben wir nichts, und sonst sind wir nichts, als daß wir damals eine geschlossene große Mehrheit aufgebracht haben, die erklärt hat, wir gehen auf diese Weise mit dem Westen.

Wenn diese Landtagswahl wirklich ergeben sollte, daß ein Rutsch zur sozialdemokratischen Auffassung hin stattfindet, dann behalten diejenigen Stimmen im Ausland recht, die sagen, der Deutsche ist ein unzuverlässiger Partner. Es ist richtig, werden sie sagen, bisher ist diese Politik gemacht worden, aber sobald er irgendwie etwas zu Kräften gekommen ist, geht er wieder seine eigenen Wege. Darum sind diese ganzen Wahlen – lassen Sie mich das immer wieder betonen – auch für das Ansehen, den Einfluß und die Bedeutung Deutschlands im Ausland von außerordentlich großer Bedeutung.

Ich weiß, daß der Herr Kollege Johnen nachher sprechen und vielleicht nicht mit allem einverstanden sein wird, was ich sage. Ich würde an seiner Stelle, wenn ich in seiner Haut steckte, auch nicht damit einverstanden sein; aber nun muß ich aus meiner Haut sprechen und nicht aus der Haut des Herrn Kollegen Johnen heraus.

Meine Herren von Nordrhein-Westfalen, ich halte es, wenn nicht eine andere Wahlpolitik in Nordrhein-Westfalen eingeschlagen wird, für durchaus möglich, daß diese Wahl des 27. Juni eine Regierung schafft, die aus SPD und FDP besteht. Bisher war die Regierung in Nordrhein-Westfalen auf sehr schmaler Basis. Sie war angewiesen auf die Stimmen des Zentrums.²⁰ Man hat geglaubt, man müsse das Zentrum dort am Leben erhalten. Ich habe mir erlaubt, anderer Ansicht zu sein. Ich war dagegen. Wir haben die Erfahrung gemacht bei den Verhandlungen vor der Bundestagswahl, daß das Zentrum ein höchst unsicherer Kompagnon ist, daß es keine Versprechen hält, die es gibt. Davon abgesehen glaube ich, daß es viel klarere Verhältnisse in Deutschland geben wird, wenn man sich nicht bemüht, das Zentrum künstlich zu konservieren.

20 Bei den Landtagswahlen vom 18. Juni 1950 hatte das Zentrum 7,5 % der Stimmen und 16 Mandate errungen. Zusammen mit den 93 Mandaten der CDU (36,9 % der Stimmen) ergab dies eine knappe absolute Mehrheit (bei insgesamt 215 Mandaten).

Ich glaube nicht, daß die Zusammensetzung der Regierung in Nordrhein-Westfalen, CDU und Zentrum, auf die evangelischen Teile unserer Partei einen besonders guten Eindruck gemacht hat, (*Ehlers*: Keineswegs!) besonders dann nicht, wenn das Zentrum in Nordrhein-Westfalen dadurch am Leben gehalten wird, daß man ihm ein Mandat verspricht, während es ohne dieses Versprechen restlos zugrunde gegangen wäre, weil es die 5 % nicht bekommen hätte.²¹

Ich selbst habe den Fehler mitgemacht bei der Bundestagswahl. Ich schäme mich jetzt noch, daß ich in Oberhausen für den Herrn Brockmann geredet habe auf Wunsch meiner Parteifreunde. Es war eben eine so große Versammlung. (*Zuruf*: Aber nicht für Herrn Brockmann! – *Heiterkeit*.) Weniger für Herrn Brockmann. Da haben Sie recht. Und was ist der Erfolg davon gewesen? Herr Brockmann, der sich verpflichtet hatte, als Hospitant der CDU beizutreten, ist einmal seit der Zeit überhaupt nur im Bundestag gewesen.

Ich wiederhole: Ich halte es gar nicht für so unmöglich, daß in Nordrhein-Westfalen diese Wahl – wenn die Konstellation ungünstig für uns werden sollte in außenpolitischer Hinsicht und daraus eine wirtschaftliche Depression folgt – darin endet, daß eine Regierung mit der SPD und der FDP kommen wird. Ich habe darüber mit Herrn Johnen und Herrn Ministerpräsident Arnold in aller Offenheit vorige Woche gesprochen.²² Es ist mir erklärt worden, man halte das für ganz ausgeschlossen, daß die SPD so etwas tun würde.

Meine Damen und Herren! So leichtgläubig bin ich nicht. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Die Entscheidung über eine solche Regierung fällt nicht in Düsseldorf, die Entscheidung fällt in Bonn. Die wird gefällt durch den Parteivorstand in Bonn. Ich glaube, der sozialdemokratische Parteivorstand würde schon bereit sein, alles zu geben, wenn es ihm gelänge, die CDU aus der Regierung herauszubekommen. Das wäre nicht nur ein Schlag gegen die Bundesregierung, sondern natürlich auch für die CDU von sehr, sehr schwerer Bedeutung.

Das Ergebnis der bisherigen Politik dort ist doch so, daß das Abkommen – Wuppertal, Solingen und Remscheid gehören hier mit hinein²³ –, das sowohl bei der letzten Bundestagswahl wie bei der letzten Landtagswahl bestanden hat, wonach die Mandate aufgeteilt wurden zwischen FDP und CDU, von der FDP gekündigt worden ist. In Ostwestfalen werden sich wahrscheinlich ähnliche Wirkungen ergeben. Dort wird die FDP nicht für die CDU-Kandidaten stimmen. Dann werden dort restlos Sozialdemokraten gewählt werden. Die FDP verliert dabei nichts; denn die FDP bekommt ihre Stimmen angerechnet über die Landesliste. Aber die CDU verliert

21 Vgl. Nr. 1 Anm. 99.

22 Am 23. April 1954 (TERMINKALENDER).

23 Im Wahlkreis Wuppertal I hatte die CDU bei den Bundestagswahlen 1949 und 1953 auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtet; dafür verzichtete die FDP auf die Aufstellung eines Kandidaten im Wahlkreis Wuppertal II. Gewählt wurde Carl Wirths (FDP) bzw. Eugen Huth (CDU). In Remscheid-Solingen bestand eine derartige Abmachung nicht.

dann Stimmen. Die für uns abgegebenen Stimmen kommen uns über die Landesliste nicht mehr zu, weil wir entsprechende Direktmandate haben. Wir büßen glatt diese Mandate ein, weil es anscheinend nicht möglich war, zwischen CDU und FDP in irgendeiner Weise etwas herbeizuführen, das diesen Schaden abgewehrt hätte.

In Hessen ist das möglich gewesen. Lassen Sie mich das einflechten. Wir sind es Herrn Dr. Fay schuldig, ihm ausdrücklich dafür zu danken, gegenüber dem sozialdemokratischen Druck ein derartiges Abkommen herbeigeführt zu haben, das sich sogar auf die kulturellen Fragen erstreckt.

Ich muß diese Dinge – vielleicht sind sie noch zu reparieren – in aller Deutlichkeit und Offenheit hier aussprechen. Es würde sehr schlimm sein, wenn etwa in Nordrhein-Westfalen dieselbe Entwicklung eintreten sollte wie in Belgien.²⁴ In Belgien hat die Christlich-Soziale Partei eine Wahlniederlage aus zwei Gründen erhalten, das ist wenigstens meine Meinung: Einmal halte ich es für ein Übel, das wir, wenn irgend möglich, vermeiden sollten, daß nämlich eine Partei allein die Regierung bildet. Wenn eine Regierung von einer Partei allein gebildet wird, dann tritt zweierlei ein: Einmal konzentriert sich die Gesamtbevölkerung mit ihren Vorwürfen gegen diese eine Partei; sie ist dann an allem schuld. Zweitens – jetzt komme ich zu dem zweiten Grund, warum die christlich-soziale Regierung in Belgien gestürzt worden ist – ist die Gefahr der Uneinigkeit ganz groß. Wie die Menschen nun einmal sind, brauchen sie, um einig zu werden, einen gewissen Druck von der anderen Seite. Deswegen ist es ganz gut, auch innerhalb einer Koalition, wenn verschiedene Fraktionen darin sind, die einmal lästig werden. Die ärgern uns dann wieder zusammen. Wenn man diesen Ärger nicht bekommt, dann wird man hoffärtig, man schlägt über die Stränge und geht eben auseinander.

Man hat auch in Belgien nicht geglaubt, daß die Sozialdemokraten und die Liberalen zusammengehen würden. Wer die belgischen Liberalen einigermaßen kennt, wer weiß, wie stark das Großkapital und die Schwerindustrie darinstecken, der wird überrascht sein. Was hat man ihnen geboten? In rohen Ziffern hatten die Liberalen in einer solchen Regierungskoalition ein Recht auf zwei Minister. Und man hat ihnen sechs Minister gegeben. Dann sind die Liberalen mitgegangen. Wenn ein bekanntes Blatt der Christlich-Sozialen Partei Belgiens schreibt: Wir werden jetzt durch ständig neue Anträge, die sie genehmigen müssen aus sozialen Gründen, die sie aber nicht erfüllen können, diese Koalition so in die Enge treiben, daß sie schließlich auseinandergeht, dann muß ich sagen, ist das die dümmste Politik, die man treiben kann. Denn wenn man sich nicht selbst aufgibt, hofft man doch, einmal wieder Erbe zu werden und in die Regierung zu kommen, sonst hat man einen großen Scherbenhaufen und unbezahlte Wechsel, die man selbst unterschrieben hat, die man auch einlösen muß.

24 Bei den Wahlen am 11. April 1954 verloren die Christlichsozialen ihre absolute Mehrheit (41,14 statt 47,68 % im Parlament, 41,79 statt 47,79 % im Senat). Die Regierung van Houtte trat am 12. April zurück; am 22. April wurde eine neue Regierung aus Sozialisten und Liberalen gebildet (AdG 1954 S. 4470, 4486).

Man sollte niemals sagen, daß es unmöglich sei, daß diese Parteien eine Regierung zusammen bilden können. Ich möchte unsere Freunde aus Nordrhein-Westfalen auf Baden-Württemberg hinweisen. Dort haben Sie das Beispiel gesehen. In der FDP – auch in der FDP von Nordrhein-Westfalen – sind ebenfalls Leute, die unter allen Umständen an die Macht kommen wollen, lieber mit der CDU als mit der SPD, aber wenn es nicht anders geht, auch mit der SPD.

Es bedeutet doch schon – lassen Sie mich das in aller Offenheit an meine Freunde in Nordrhein-Westfalen sagen – ein großes Selbstbewußtsein anzunehmen, daß man die absolute Mehrheit bekommen wird im zukünftigen Landtag. Wahlen, meine Damen und Herren, bringen immer Überraschungen. Ich betone nochmals, es kommt sehr darauf an, wie gerade die politische Atmosphäre z.Z. des Wahltages ist. Ich würde mich niemals darauf stützen, daß ich sage, wir bekommen eine Mehrheit, wenn sie auch nicht groß ist. Das wäre mir ein zu großes Risiko. Dann schließen sich die anderen zusammen, und man sitzt nachher daneben.

In der nächsten Zeit wird uns die Steuerfrage sehr beschäftigen. Ich habe eben die Finanzreform sehr kurz gestreift, indem ich auf die Gegensätze hingewiesen habe, die sich zwischen Herrn Schäffer und der Regierung von Nordrhein-Westfalen aufgetan haben. Die Steuerreform, die Herr Schäffer mit Zustimmung des Kabinetts eingebracht hat²⁵, bedeutet in Wirklichkeit eine große Tat! Es ist gar nicht zu verstehen, daß die gesamte Öffentlichkeit diese Vorlage in so schmachvoller Weise zerrissen hat, auch CDU-Leute und CDU-Zeitungen. Selbstverständlich kann man daran kritisieren, auch wahrscheinlich mit Recht, und es wird sich auch noch manches ändern lassen und wird auch geändert werden, aber nun nach dem Spruch zu handeln: Das Scheusal in die Wolfsschlucht, das ist alles Schwindel, was man da gemacht hat! – das ist erstens nicht wahr und zweitens parteipolitisch gesehen eine Dummheit größten Ausmaßes.

Nach unserer Auffassung sollte gerade diese Steuerreform für die Landtagswahl von Nordrhein-Westfalen mit das Paradestück werden. Und was hat man daraus gemacht, unnötigerweise gemacht? Ich war damals in der Türkei, als die Zeitungen das brachten. Ich habe mir an den Kopf gegriffen und gesagt, wie ist so etwas möglich? Verstehen die Leute gar nicht die Situation? Niemand anders als der Geheimrat Vocke²⁶, der doch wirklich ein sehr kühler Beurteiler ist, hat in einer Rede, die er am vergangenen Freitag, glaube ich, in Frankfurt gehalten hat, der Vorlage des Kollegen Schäffer ein außerordentlich starkes Lob gependet.

Wir müssen entschieden in der Propaganda und in der Agitation das, was geschehen ist, wieder auszumerzen und zu verbessern suchen. Ich habe eben schon

25 Die Gesetzentwürfe über eine Steuer- und Finanzreform waren dem Bundesrat am 11. bzw. 18. März 1954 zugeleitet worden. Vgl. dazu die Ausführungen des Bundesfinanzministers am 11. März vor dem Bundestag (Sten.Ber. 2.WP Bd.18 S. 628–641).

26 Dr. Wilhelm Vocke (1886–1973), 1946–1948 stv. Leiter der Reichsbankstelle für die britische Zone, 1948–1957 Präsident des Direktoriums der Bank Deutscher Länder bzw. der Deutschen Bundesbank (Erinnerungen: Memoiren. Stuttgart 1973). – Zu seiner Rede vgl. FAZ vom 24. April „Die Steuerreform nicht zerreden“.

gesagt, im Bundestag wird ganz bestimmt manche Änderung vorgenommen werden, insbesondere auch bezüglich der mittelständischen Einkommen. (*Zurufe: Sehr gut!*) Ich glaube, das wird Herr Schäffer noch schlucken. Vielleicht hat er es innerlich schon geschluckt, ich weiß nicht, ich genieße in dem Maße nicht sein Vertrauen, (*Heiterkeit*) daß ich das sagen kann. Ich gehöre nicht zur CSU! Aber dann wird er es jedenfalls schlucken müssen. Da wird noch etwas geschehen müssen, insbesondere nach der Stimmung im Bundestag. Aber alles in allem genommen betone ich nochmals: Es ist eine große Tat, die da geleistet wird.

Man sollte auch bei der kommenden Wahlagitation niemals vergessen, daß wir Herrn Schäffer, der mir namentlich in den letzten Wochen viele Scherereien gemacht hat, doch verdanken, daß unsere Währung zu dem geworden ist, was sie ist, und daß es uns jetzt nicht möglich ist, zu recht erheblichen Steuernachlässen zu kommen.

Ein Gebiet, auf dem wir noch etwas Großes leisten müssen – nicht vor den Landtagswahlen, das wird nicht möglich sein –, ist das Gebiet der Sozialreform. Das ist alles so etwas mehr zufällig gewachsen. Es ist gekommen durch die Not der Verhältnisse und alle diese Dinge. Die Renten, die Unterstützung der Arbeitslosen, die Fürsorgesätze usw. hängen im Grunde genommen auf das engste damit zusammen. Ich hoffe sehr, daß es uns gelingen wird – das würde eine große Tat dieses Bundestages und dieser Bundesregierung sein –, noch rechtzeitig vor den nächsten Bundestagswahlen wirklich etwas Neues, etwas Geordnetes zu bringen und eine Sozialreform zu beschließen, die den Menschen eine gewisse Sicherheit für ihr Alter und für Krankheiten gleichmäßig gibt. Das ist ein großes Ziel, das wir unter allen Umständen erreichen müssen.

Lassen Sie mich ein Wort über den Stand der Wirtschaft sagen. Vor kurzem erschollen die schrecklichsten Unkenrufe aus Nordrhein-Westfalen – diesmal nicht von der Regierung, sondern von der Schwerindustrie – über die mangelnde Beschäftigung. Es sind auch eine Reihe von vorübergehenden Einschränkungen erfolgt. Aber man hat das alles der Montanunion zur Last gelegt. Die Sozialdemokratie hat selbstverständlich sofort eine entsprechende Anfrage im Bundestag gestellt. Sie wird am Donnerstag beantwortet werden.²⁷ Die an der Montanunion teilnehmenden Länder leiden in bezug auf Stahlproduktion und -absatz und Kohlenproduktion und -absatz mehr als die Bundesrepublik. Diese vorübergehende Flaute ist schon wieder vorbei. Die Beschäftigung steigt wieder an, und alle Aussichten sind gut für die Wirtschaft unter der einen Voraussetzung, daß politisch nichts passiert. Wenn politisch nichts passiert, dann wird auch die Landtagswahl von Nordrhein-Westfalen in einem guten wirtschaftlichen Klima erfolgen, so daß wir da Aussicht haben, gut abzuschneiden.

Ich möchte noch etwas sagen, was sich auf das konfessionelle Gebiet bezieht. Es ist in der deutschen Öffentlichkeit viel zuwenig bekannt, daß der Papst²⁸ – ich glaube,

27 BT-Drs. 455 – Sten.Ber. 2.WP Bd.19 S. 1062ff.

28 Pius XII. (1876–1958), Papst seit 2. März 1939. Ansprache am 6. Dezember 1953 anlässlich des V. Nationalkongresses des Verbandes katholischer Juristen Italiens in HERDER-KORRESPONDENZ 8.Jg. 1953/54 S. 173–176.

im Dezember oder November des vergangenen Jahres – vor einer Versammlung von Juristen ausdrücklich den Standpunkt abgelehnt hat, daß der Staat die Religion bestimmen müsse. Das bezog sich – ich drücke mich kurz aus – auf gewisse Theorien in Spanien. Ich möchte das hier deswegen sagen, weil gerade die Vorgänge in Spanien vielfach auf deutscher evangelischer Seite mit Recht als sehr unangenehm empfunden worden sind. Sie sind aber nicht dem Papst oder dem Vatikan zur Last zu legen, sondern zur Last zu legen der spanischen Geisteshaltung.

Lassen Sie mich nun etwas über meine Reise nach Griechenland und der Türkei sagen. Die Aufnahme, die ich sowohl in Griechenland wie auch in der Türkei gefunden habe, war geradezu überwältigend. Ich dachte, ich wäre in einer der letzten Wahlversammlungen vor dem 6. September, etwa in München, wo es auch so ähnlich gewesen ist, Herr Schäffer, wo alles mit schwarz-rot-goldenen Fähnchen da war. Es war ganz überwältigend. Und das war um so ergreifender, als gerade Griechenland unter dem Krieg außerordentlich schwer gelitten hat; allein auf der Insel Santorin, wo ich gewesen bin, sind im Krieg von 8.000 Menschen 2.000 an Hunger und den darauf folgenden Krankheiten gestorben.

Nun zur Türkei! Damit Sie es nicht falsch verstehen, es ist richtig, bei einer Vorführung auf der Kriegsakademie in Ankara wurde zum Abschied dem deutschen Bundeskanzler ein dreifach donnerndes Sieg-Heil dargebracht. Man muß das, ohne mit der Wimper zu zucken, ertragen! (*Lebhafte Heiterkeit.*) In Griechenland und in der Türkei war ein stärkerer europäischer Sinn vorhanden als in manchen Ländern Westeuropas und auch eine viel klügere politische Einstellung. Zwischen Griechenland und der Türkei waren jahrhundertalte Kämpfe. Der letzte Krieg zwischen Griechenland und der Türkei war im Jahre 1922. Die Griechen waren damals bei Smyrna gelandet unter dem Schutz der britischen Flotte. Die Briten, die Amerikaner und die Franzosen wollten damals Kleinasien griechisch haben. Die Griechen sind von Kemal Pascha²⁹ zurückgeschlagen worden; sie waren ungefähr bis in die Nähe von Ankara gekommen. Sämtliche Griechen mußten Kleinasien verlassen, über zwei Millionen Menschen. Sie können jetzt noch in der Umgebung von Athen sehen, wie Griechen von damals in Behelfshütten untergebracht sind.

Zwischen Jugoslawien und Griechenland haben die bittersten kommunistischen Kämpfe getobt, und trotzdem, diese drei Länder haben sich in einer politischen Klugheit – ich betone das nochmals –, die über die Klugheit mancher westeuropäischer Länder weit hinausreicht, gesagt, gegenüber der gemeinsamen Gefahr, die uns allen von Sowjetrußland her droht, gibt es nur eins: daß wir einen Pakt schließen und zusammenhalten.³⁰

29 Mustafa Kemal Pascha, Beiname Atatürk (1881–1938), türkischer Politiker; formte als Staatspräsident mit diktatorischen Vollmachten die Türkei zu einem modernen Nationalstaat westeuropäischer Prägung.

30 Freundschaftsvertrag vom 28. Februar 1953 mit Zusatzabkommen vom 7. November 1953 (Europa-Archiv 1953 S. 5563; AdG 1953 S. 3890).

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang weiter sagen: Es gibt auch einen Pakt der mohammedanischen Staaten, zunächst zwischen der Türkei und Pakistan.³¹ Wenn die Inder jetzt so unangenehm werden in mancher Beziehung, so kommt das zum großen Teil aus dem Bündnis zwischen Pakistan und der Türkei und aus der Waffenhilfe, die Pakistan von den Amerikanern bekommt.

Es ist so, daß in der großen Politik Pakistan eine viel größere Rolle spielt als Indien. Und Indien möchte jetzt auch eine Rolle spielen. Aber die Türken und die Leute in Pakistan rechnen damit, daß die ganzen arabischen Staaten hinzukommen. Der Irak und der Iran haben schon ihre Bereitschaft dazu erklärt. In Ägypten tut sich wegen der allgemeinen Ruhe wohl z.Z. noch nichts; das muß abgewartet werden. Aber wenn sich die arabischen Staaten auch noch zusammenschließen, dann ist das von Griechenland über Jugoslawien bis nach Pakistan eine Strecke von 3.000 km, die in einem großen Paktsystem zusammengefaßt wird.

Nicht nur wegen der politischen Reife der Türken und der Griechen sage ich das, sondern auch deswegen, weil sich da nach meiner Überzeugung – und das habe ich auf dieser Reise gelernt – für eine deutsche Außenpolitik in Zukunft ein weites und gutes Feld noch öffnet, wo Deutschland wirklich auch außenpolitisch einmal eine Rolle wird spielen können. Darüber in der Öffentlichkeit zu sprechen, hat keinen Zweck. Meine Reise dorthin ist sowieso in manchen europäischen Ländern etwas scheel betrachtet worden, wenn man auch dazu geschwiegen hat. Amerika stoßen wir dadurch nicht vor den Kopf. Aber in diesen Ländern liegt nach meiner Auffassung die Zukunft unserer außenpolitischen Macht. Wir können nur alle hoffen, daß nichts passiert in der Welt, daß es ruhig bleibt und daß eine allmähliche Entspannung doch eintritt. Bis dahin müssen wir still sein und Geduld haben.

Ich habe noch eins vergessen; verzeihen Sie, wenn ich nochmals darauf zurückkomme. Ich sehe gerade meinen Freund Altmeier mir gegenüber sitzen. Ich möchte jetzt über die Saar auch einiges sagen. Ich weiß nicht, was aus den Verhandlungen über die Saar mit den Franzosen werden wird. Ich weiß es nicht! Frankreich ist z.Z. auch von politischen Sorgen um den Sturz oder Nichtsturz der Regierung Laniel³², um die Lage in Indochina usw. so in Anspruch genommen, daß die Leute gar keinen freien Kopf mehr haben für Fragen wie das Saarproblem. Aber über eines müssen wir uns völlig klar sein. Wenn bezüglich der Saarfrage nichts erfolgt, d.h., wenn die Dinge an der Saar so bleiben, wie sie jetzt sind, und wenn Frankreich oder irgendwelche frankophilen Gruppen im Saargebiet den Einfluß, den sie jetzt haben, noch drei, fünf oder zehn Jahre lang behalten, dann begehen wir nach meiner Meinung den größten

31 Der Vertrag vom 2. April 1954 sah gegenseitige Hilfe auf dem Gebiet der Verteidigung, der Wirtschaft und der Kultur vor (Europa-Archiv 1954 S. 6901; AdG 1954 S. 4448).

32 Joseph Laniel (1889–1975), französischer Politiker; 1946 Mitgründer und ab 1947 Präsident der Republikanischen Freiheitspartei, 1951–1952 Staatsminister für Post und Telefon, 1953–1954 Ministerpräsident. – Wegen des Vertrags über die Zusammenarbeit Großbritanniens mit der EVG und wegen der Terminfestsetzung der EVG-Debatte war es am 18. April zu einer Regierungskrise gekommen (L'ANNÉE POLITIQUE 1954 S. 23f.; AdG 1954 S. 4483).

Frevel an der deutschen Saarbevölkerung, den wir überhaupt begehen können. Man muß die Dinge real sehen. Man muß nicht sagen, das ist mein Recht. Was habe ich von meinem Recht, wenn ich es nicht durchsetzen kann? Dann habe ich gar nichts davon! Man muß die Dinge real sehen und versuchen – und das muß das Bestreben unserer Saarpolitik sein –, den Deutschen an der Saar möglichst große politische und wirtschaftliche Freiheiten zu verschaffen, und nicht um einer sozialdemokratischen Theorie willen – die nur aufgestellt worden ist aus rein parteitaktischen Gründen – nun die Deutschen an der Saar in dieser Abhängigkeit von Frankreich belassen.

Ich weiß nicht, ob es Ihnen bekannt ist, daß in spätestens 30 Jahren das ganze Saargebiet ausgekohlt ist. Dann hört es mit der Eisenindustrie auch mehr oder weniger auf. Dann ist das Ganze ein armes landwirtschaftliches Gebiet. Sie müssen sich einmal die Frage vorlegen, um die wir in Europa bangen müssen, ob es uns wirklich gelingt, Europa zu schaffen und damit das deutsche Volk wieder zu vereinigen und ihm damit Sicherheit zu geben, oder ob wir sagen: Das ist unser Recht an der Saar, und – mag die Welt zugrunde gehen – wir halten an unserem Recht fest. Das ist eine Frage, die sich jeder selbst stellen soll.

Ich stehe auf dem Standpunkt, wenn die drei Voraussetzungen erfüllt sind, die ich in unserer Fraktion neulich einmal³³ genannt habe, dann können wir ruhig in die Einzelverhandlungen hineingehen. Diese drei Voraussetzungen für die Saarlösung sind folgende:

1. Die Saarbevölkerung muß der Lösung frei zustimmen, in freier Abstimmung.
2. Eine Europäisierung der Saar gibt es nicht, ohne daß ein Europa geschaffen wird.
3. Wir müssen dieselbe wirtschaftliche Position da bekommen, die die Franzosen jetzt haben.

Die deutschesten Saarländer sagen, wenn jetzt etwa unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu Frankreich völlig auf den Kopf gestellt würden, dann wären wir erledigt; dann würde Gott weiß was bei uns passieren. Also, man muß die Dinge wirklich nüchtern sehen, man muß sie sehen, wie sie sind.

Die Saarfrage ist eine ernste Frage. Es gibt noch ernstere Fragen, das sage ich ganz freimütig, aber wenn die Sache so steht, haben wir Aussicht, durch ein stures Verharren auf dem Rechtsstandpunkt alles kaputtzumachen in Europa, auch die Wiedervereinigung, auch dem deutschen Volke auf die Dauer die Freiheit nehmen zu lassen durch Sowjetrußland und damit auch der Saar keine Freiheit zu verschaffen. Oder haben wir die Möglichkeit, trotz unseres Rechtsanspruchs, im Wege von Verhandlungen den Deutschen an der Saar ein möglichst freies politisches, menschliches und wirtschaftliches Leben zu verschaffen und gleichzeitig Europa zu schaffen? Dann ist für mich die Wahl nicht schwer, und ich weiß, was ich dann zu tun habe, vor allem dann, wenn ich weiß, daß ich damit richtigliege. Und ich weiß genau, daß ich im Sinne der großen Mehrzahl der Leute an der Saar selbst handele.

³³ Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dieser Zeit nicht erhalten.

Man soll diese Fragen nicht dramatisieren; sie werden jetzt im Bundestag wieder zur Sprache kommen. Die Sozialdemokraten werden alle Register ziehen durch Herausstellen der nationalen Frage und Gott weiß was. Lassen [Sie] sie es ruhig tun, mir ist es völlig gleichgültig, solange ich weiß, daß die große Mehrheit meiner Fraktion, meiner Partei, so denkt, wie ich denke. Und ich denke, glaube ich, vernünftig und real dabei.

Ich möchte Ihnen noch etwas anderes sagen. Das Saarterritorium, das Gebiet der Saar, ist ausersehen als Sitz all der zentralen europäischen Einrichtungen. Nun eine Frage: Wenn kein Krieg gewesen und die Saar nicht besetzt wäre von den Franzosen, wenn sie ganz frei wäre und zu uns gehörte wie irgendein anderes Land, und man würde nun sagen: Seid ihr Deutsche bereit, ein Stück Land Europa zu geben, damit auf diesem Gebiet – das zu keinem Nationalstaat dann gehört – die europäischen Zentralen errichtet werden? Ich glaube, dann würde jeder von uns sagen, jawohl, wir sind dazu bereit, vorausgesetzt, daß die Leute dort es selbst wollen. Ich bitte Sie, sich diesen Gesichtspunkt einmal zu überlegen.

Wohin sollen denn die Zentralbehörden kommen? Sollen sie nach Frankreich? Jeder von Ihnen wird sagen, das geht nicht, dann werden sie französisch infiltriert. Mit Recht wird man das sagen. Sollen wir sagen, sie sollen nach Brüssel? Ich glaube, dagegen würden wir auch [sein]. Aber wenn sie auf dieses Gebiet kommen, das doch deutsch ist – und die Saar denkt deutsch, und die Menschen sind deutsch –, dann ist das letzten Endes ein großer Vorteil auf die Dauer für Gesamtdeutschland.

Ich denke, es wird darüber noch gesprochen werden. Deswegen möchte ich damit schließen. Ich hoffe, daß eine sehr ausgiebige Diskussion sich jetzt entfalten wird und daß wir uns zum Schluß darüber verständigen, wie wir die Diskussion morgen auf dem Parteiausschuß gestalten werden. (*Lebhafter Beifall.*)

Süsterhenn: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zu der Frage Stellung nehmen, die der Herr Bundeskanzler im Zusammenhang mit der Zusammenarbeit der Konfessionen innerhalb der CDU angeschnitten hat, und zwar auch das nur zur Frage des Vatikan-Botschafters. Der Herr Bundeskanzler hat ausgeführt, daß sich auch in diesem Saal derjenige Vertreter einer großen katholischen Organisation befindet, die in dieser Hinsicht mit dem Herrn Bundeskanzler Verhandlungen geführt bzw. Vorstellungen bei ihm erhoben habe.

Ich möchte bekennen, daß ich der Vertreter dieser katholischen Organisation gewesen bin, und zwar mit noch einem anderen Herrn oder einer Dame als Vertreter des politischen Arbeitskreises der katholischen Verbände Deutschlands. Ich glaube, die Frage des Vatikan-Botschafters hätte man, nachdem die Botschaft nunmehr besetzt ist, auf sich beruhen lassen können. Nachdem aber die Frage angeschnitten und immerhin gegenüber dieser großen katholischen Organisation im Kreise des Parteivorstandes, auch hinsichtlich der Form, so etwas wie ein Vorwurf erhoben worden ist, halte ich mich doch für verpflichtet, im Namen der 4,5 Millionen Katholiken, die mit ihren Verbänden dieser Organisation angeschlossen sind und die immerhin einen erheblichen

Kern der CDU-Wähler darzustellen scheinen, ein kurzes Wort der Berichtigung [zu] sagen.

Es ist vom politischen Arbeitskreis der katholischen Verbände niemals die Forderung erhoben worden, daß der Botschafter beim Vatikan unter allen Umständen ein Katholik sein müsse, sondern es ist von dieser Organisation dem Herrn Bundeskanzler mündlich und schriftlich erklärt worden, daß deutscher Botschafter beim Vatikan sowohl ein Katholik als auch ein Protestant sein könne, allein schon deshalb, weil das durch Art. 3 GG ausdrücklich vorgeschrieben sei und nach diesem Artikel niemand wegen seiner Konfession von der Bekleidung eines öffentlichen Amtes ausgeschlossen werden könne. Aber nachdem von sehr prominenter evangelischer und liberaler Seite in der breitesten Öffentlichkeit Jahre hindurch der Standpunkt vertreten worden ist, es existiere eine sogenannte deutsche Tradition, wonach der deutsche Botschafter beim Vatikan ein Mitglied der evangelischen Kirche sein müsse, nachdem weiterhin in aller Öffentlichkeit die Behauptung aufgestellt worden ist, ein Katholik besitze nicht die notwendige innere Unabhängigkeit, um als deutscher Botschafter beim Vatikan fungieren zu können, da war eine Situation gegeben, in der die katholischen Verbände glaubten, nicht schweigen zu dürfen und dem Herrn Bundeskanzler mitteilen zu sollen, daß die große Gefahr bestünde, daß diese falschen Thesen, die zweifellos vom Herrn Bundeskanzler nicht geteilt werden, nach außen hin sozusagen ihre Bestätigung erfahren würden, wenn – nachdem dieser Programmpunkt in der Öffentlichkeit von evangelischer Seite und von liberaler Seite vertreten worden war – nun ein evangelischer Botschafter ernannt werden würde.

Gegenüber dieser Haltung und gegen diese nach unserer Überzeugung falschen und verfassungswidrigen Grundsätze haben wir als der politische Arbeitskreis der katholischen Verbände protestiert, und ich glaube, mit gutem Recht protestiert. Wenn der Herr Bundeskanzler darauf hingewiesen hat, daß noch von keinem deutschen Bischof ihm gegenüber ein ähnlicher Protest zum Ausdruck gebracht worden sei, so darf ich sagen, daß auch der katholische Laie politisch insoweit mündig ist, daß er nicht erst auf den Befehl seiner Bischöfe zu warten braucht, sondern als katholischer Staatsbürger und als katholischer Wähler das Recht und die Pflicht hat, seiner Überzeugung im Rahmen der CDU und außerhalb der CDU Ausdruck zu geben. Im übrigen stimmt es nicht, daß die Bischöfe sich zu diesem Thema niemals geäußert haben, sondern bereits auf der Limburger Bischofskonferenz – ich glaube, sie war im Jahre 1952³⁴ – ist dieser Protest in aller Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen.

Wenn der Herr Bundeskanzler darauf hingewiesen hat, daß er bei seinem letzten Besuch in Rom – nachdem bereits die Ernennung des evangelischen Botschafters erfolgt war und der Vatikan sein Agreement erteilt hatte – den beiden Herren

34 Vermutlich die Fuldaer Bischofskonferenz vom 11. bis 13. August 1952. Die Bischöfe veröffentlichten im Oktober eine Stellungnahme „Aufgaben und Grenzen der Staatsgewalt“, in der sie die Eigenverantwortlichkeit der Staatsbürger im Staat deutlich hervorheben (vgl. HERDER-KORRESPONDENZ 8.Jg. 1953/54 S. 176–181).

Prostaatssekretären Tardini und Montini die Frage vorgelegt hat, ob noch etwas in der Sache zu bemerken sei, und diese ihm erklärt haben: nein, – so hat das mit der Haltung und der Einstellung der deutschen Katholiken in der innerpolitischen Situation nicht das geringste zu tun. Ich darf darauf hinweisen, daß es auch in der Geschichte des sogenannten politischen Katholizismus ähnliche Ereignisse gegeben hat. Ich erinnere an die berühmte Rede von Windthorst³⁵ in Köln, wo damals katholische Politiker eine durchaus vom Vatikan abweichende Haltung in einer rein politisch-staatsbürgerlichen Frage vertreten haben. Ich glaube, dieses Recht nehmen die deutschen Katholiken, auch bei all ihrer kirchlichen Ehrfurcht, die sie gegenüber dem Vatikan aufbringen, auch heute noch in vollem Umfange als katholische Laien für sich in Anspruch.

Ich hätte das Thema nicht angeschnitten, wenn es nicht vom Herrn Bundeskanzler angeschnitten worden wäre. Ich möchte aber, um jegliches Mißverständnis auszuräumen, erklären: *causa finita, bona locuta!* (*Adenauer*: bona mit zwei n! – *Heiterkeit.*) Ob ich auch hier das bona mit zwei n anerkennen würde, wage ich im Augenblick nicht zu entscheiden.

Was die Frage der konfessionellen Schwierigkeit und die Diskussion über die Zivilehe und die kirchliche Ehe angeht, so stehe ich auf demselben Standpunkt, den der Herr Bundeskanzler vertreten und den erfreulicherweise der Herr Bundesminister Dr. Wüermeling im Bundestag mit der gebührenden Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht hat.³⁶ Im übrigen glaube ich, daß es bei beiderseitigem guten Willen durchaus möglich ist, allen berechtigten Interessen gerecht zu werden, auch den Interessen, die sich an das häßliche, aber unvermeidliche Wort Parität anknüpfen. Wir müssen den Versuch machen, daß der katholische Volksteil lernt, für den evangelischen, und der evangelische Volksteil lernt, für den katholischen zu sorgen aus der Erkenntnis heraus, daß es uns primär daran gelegen ist, daß überhaupt ein Mann, der aus christlicher Glaubenshaltung heraus Politik oder Verwaltung betreibt, in den entsprechenden Posten hineinkommt, und daß nicht über derartige konfessionelle Schwierigkeiten andere, die alles andere als Christen sind, den tertius gaudens letzten Endes darstellen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Minister Stooß³⁷.

Stooß: Ich habe heute zum ersten Male Gelegenheit, diesem Gremium und seinen Beratungen beizuwohnen, und zwar in Vertretung von Herrn Kultusminister

35 Ludwig Windthorst (1812–1891), katholischer Politiker (Zentrum). Gemeint ist die sog. Gürzenich-Rede vom 6. Februar 1887 (Ausgewählte Reden. Osnabrück 1901 S. 300–314; Margaret Lavinia ANDERSON: Windthorst. A Political Biography. Oxford 1981, dt. Windthorst. Zentrumspolitiker und Gegenspieler Bismarcks. Düsseldorf 1988 S. 361 f.

36 Vgl. Anm. 12 sowie HERDER-KORRESPONDENZ 8.Jg. 1953/54 S. 305f.

37 Heinrich Stooß (1896–1971), 1926–1933 MdL Württemberg (Bauern- und Weingärtnerbund), 1945 Mitgründer CDU, stv. Vorsitzender der CDU Nordwürttemberg, 1946 Vorläufige Volksvertretung bzw. Verfassunggebende Landesversammlung Württemberg-Baden, 1946–1961 MdL Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg, 1961–1969 MdB, 1946–1951 Landwirtschaftsminister in Württemberg-Baden, 1952–1968 Präsident des Bauernverbands Württemberg-Baden.

Simpfendorfer. Ich bin dankbar für die Ausführungen, die der Herr Bundeskanzler gemacht hat, und darf meinerseits einige Worte zu dem konfessionellen Zwiespalt, der sich bereits da und dort unter dem Begriff „fortschreitende Klerikalisierung“ zeigt, sagen. Mich beschäftigen diese Dinge als evangelischen Mann seit langer Zeit sehr stark. Ich darf noch bemerken, daß ich von der Bauernschaft komme. In der Tat ist es so, daß sich auch im berufsständischen Raum einige Dinge gezeigt haben, die zu einer gewissen Beunruhigung beim evangelischen Bevölkerungsteil der Bauernschaft geführt haben.

Es ist verschiedentlich davon gesprochen worden, daß wir zu einer konfessionell ausgerichteten Landjugendbewegung kommen müssen. Ich glaube, es war die Fuldaer Bischofskonferenz, die auch nach dieser Richtung gewisse Beschlüsse gefaßt hat. Ich darf weiter an die Ausführungen des Bischofs Keller³⁸ von Münster erinnern, daß wir überhaupt zu einer katholischen Landjugendbewegung kommen müssen. Diese Dinge haben in evangelischen Bauernkreisen zu einer großen Besorgnis und Beunruhigung geführt. Ich möchte dringend darum bitten, daß man in Parteikreisen alles daransetzt, daß solche Dinge zum Stillstand oder zum Verschwinden kommen; denn sie sind nicht dazu angetan, das Verhältnis zwischen evangelischen und katholischen Christen auf der politischen Ebene zu fördern.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß die Lösung, die wir in der CDU gefunden haben, die einzige ist. Es muß also alles unterbunden werden, was dazu führen könnte, daß weitere Konflikte oder gar Spaltungen auftreten. Zu was das in Deutschland führen würde, davon kann man sich keine Vorstellungen machen. Wir konnten in evangelischen Kreisen – das möchte ich offen aussprechen – nach der Wahl vom 6. September verschiedentlich feststellen, daß man Befürchtungen dieser Art hatte. Man muß sich darüber klar sein, daß nach dieser Wahl evangelische Kreise aufmerksamer die Dinge verfolgt haben, als sie es vor der Wahl getan haben.

Deshalb ist es mir ein großes Anliegen, Sie darum zu bitten, daß man in katholischen Kreisen alles daransetzt, daß die Gefühle der evangelischen Menschen nicht verletzt werden, wobei ich ohne weiteres zugebe, daß auch in unserem Lager Fehler gemacht werden und Verstöße vorkommen und daß man vielfach auch die Lage völlig falsch sieht.

Wir müssen alles daransetzen, um diese politische Bewegung, die wir mit der Christlich-Demokratischen Union geschaffen haben, unter allen Umständen zu erhalten, wenn es nicht in Deutschland drunter und drüber gehen soll.

38 Dr. Michael Keller (1896–1961), 1921 Priesterweihe, 1947 Bischof. – Die Ausführungen von Stooß beziehen sich vermutlich auf den Fastenhirtenbrief des Bischofs von Münster, der sich, ausgehend von den Kämpfen um die Gemeinschaftsschule und dem Bildungsanspruch des Deutschen Bauernverbands, mit den „Gefahren des Interkonfessionalismus“ auseinandersetzt (vgl. HERDER-KORRESPONDENZ 7.Jg. 1952/53 S. 146, 8.Jg. 1953/54 S. 99, 301f.). – Der „Bund der Deutschen Landjugend christlichen Bekenntnisses“ ist 1949 gegründet worden.

Ich möchte nun noch einige Worte zur Steuerreform sagen. Ich habe in der letzten Zeit in Versammlungen Schwierigkeiten gehabt, weil ich mich für den Herrn Bundesfinanzminister eingesetzt und auch das erklärt habe, was heute gesagt worden ist. Solange dieser Mann an der Spitze der deutschen Bundesfinanzpolitik steht, habe ich keine Befürchtung für unsere Währung. Ich möchte wünschen, daß der Konflikt, der sich aufgetan hat, wieder beseitigt wird. Ich habe keinen Zweifel daran, daß wir zu irgendeiner Kompromißlösung kommen.

Noch ein Wort zur Sozialreform. Als bäuerlicher Mensch bin ich der Auffassung, daß wir zu gewissen Reformen auf diesem Gebiete kommen müssen. Vielleicht geht meine Meinung nach anderer Richtung als die des Herrn Bundeskanzlers oder auch anderer hier anwesenden Herren. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß unsere heutige Sozialgesetzgebung in manchen Dingen überspitzt ist und sich tatsächlich Reformen gefallen lassen muß, und zwar nicht nur im Geben, sondern auch im Nehmen.

Auch zum bevorstehenden Familienlastenausgleich möchte ich vom Landvolk aus sagen, daß man sich diese Frage zehnmal gründlich überlegen muß. Heute hat man in Kreisen der Landwirtschaft für die vorgesehenen Maßnahmen kein besonderes Verständnis. Die Landwirtschaft wird sich mit allen Mitteln dagegen wenden, daß sie durch diesen Ausgleich zu stark belastet wird. (*Adenauer*: Die Landwirtschaft müßte doch eigentlich ein sehr großes Interesse an diesem Ausgleich haben!) Ja, Herr Bundeskanzler, in gewissem Sinne schon, aber ich möchte die Frage nicht weiter vertiefen, wir werden uns in anderen Kreisen noch darüber aussprechen können.

Adenauer: Das Wort hat Herr Johnen.

Johnen: Die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers bezüglich der Wichtigkeit der Wahlen in den einzelnen Ländern, insbesondere in Nordrhein-Westfalen, werden von uns durchaus geteilt. Noch vor der Rücksprache, die ich mit dem Herrn Bundeskanzler hatte, habe ich in meinem Fraktionsvorstand die gleichen Gründe vorgetragen, die hier wiederholt worden sind, nur mit der These, daß bei uns der Akzent auf die Innenpolitik und nicht zu sehr auf die Außenpolitik gelegt wird. Ich bin deshalb auch mit Ihnen der Meinung, daß eine gewisse Gefahr oder Möglichkeit zu einer Koalition FDP/SPD nach der Wahl bestehen kann. Die Meinungen sind bei uns geteilt. Es gibt eine Gruppe, die geradezu schwört, daß die FDP das nicht tun würde; es gibt eine andere Gruppe, die umgekehrt sagt, die SPD tut es nicht. Nach meinen Erfahrungen halte ich es für möglich, daß es geschieht. Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß es bei der SPD vielleicht befehlsgemäß geschieht, daß aber bei der FDP ehrgeizige Absichten damit verbunden sein können.

Der Herr Bundeskanzler hat gesagt, daß er zum ersten Teil anderer Meinung ist als ich. Es mag manchmal reizvoll sein, anderer Meinung als der Bundeskanzler zu sein. In diesem Augenblick ist es schädlich, wenn man unmittelbar vor der Wahl in grundlegenden Dingen verschiedener Ansicht ist. Hier muß ich auf die einzelnen Dinge, die er hinsichtlich Nordrhein-Westfalen angeschnitten hat, kurz eingehen.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen ein Wahlrecht, das einer Partei die errungenen Mehrmandate in der direkten Wahl beläßt ohne Anrechnung auf die Verhältnisquote. Wir haben in Nordrhein-Westfalen 15 Mehrmandate der CDU.³⁹ Davon waren 7 unecht und 8 echt, d.h. 7 Mandate sind errungen worden durch schriftliche Vereinbarung mit der FDP; 8 waren echt.

Ich habe in meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Fraktion vor etwa einhalb Jahren meinem Vorstand die Frage vorgelegt, ob das Wahlrecht geändert werden müsse. Alle Experten kamen zu dem Ergebnis, nicht daran zu rütteln; denn bei der Situation des Landtages könne es nur noch schwerer werden. Wir haben also geschwiegen. Aber die Opposition hat dann vor einigen Monaten die Frage aufgegriffen. Nun stehen wir vor folgender Situation: Die FDP beantragte, die sogenannten Mehrmandate zu streichen. Die SPD stellte den Antrag, das Land in 100 Wahlkreise aufzuteilen, so daß wir zunächst 100 Abgeordnete hätten. Der Antrag wurde einmal von dem Abg. Kühn⁴⁰ gestellt; er ist aber dann in seiner Fraktion zerschlagen worden. Dann kam der Antrag Menzel⁴¹, 100 Wahlkreise, aber dann 50 : 50. Das hätte für uns bedeutet, daß bei einer Neuordnung von Nordrhein-Westfalen die SPD sich genau errechnet hatte, was für sie dabei herauskam. Das Zentrum beantragte, die 5%-Klausel zu streichen.⁴²

Nun wurde ich von einer Abordnung der FDP, d.h. von Herrn Middelhaue⁴³, zu einer Rücksprache gebeten. Er erschien mit den Herren Steuer⁴⁴ und Altenhain⁴⁵. Mir wurde gesagt: Wir haben mit dem Zentrum verhandelt oder das Zentrum hat mit uns verhandelt (ich lasse das als eine Streitfrage dahingestellt). Die haben mir

39 Dazu Erhard H. M. LANGE: Vom Wahlrechtsstreit zur Regierungskrise. Die Wahlrechtsentwicklung Nordrhein-Westfalens bis 1956. Köln 1980. – Vgl. Anm. 40.

40 Heinz Kühn (geb. 1912), 1948–1954 und 1962–1979 MdL Nordrhein-Westfalen (SPD), 1953–1963 MdB, 1966–1978 Ministerpräsident von NW, 1979–1984 MdEP. 1983–1987 Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung (Erinnerungen: Aufbau und Bewährung. Die Jahre 1945–1978. Hamburg 1981). – Zu Kühns Einlassungen vgl. LT NW Sten.Ber. 102. Sitzung vom 10. März 1954 S. 3775, 3783, 3785. – Die sog. Mehrmandate kommen dadurch zustande, daß die Parteien, die mehr Direktmandate erhalten, als ihnen nach der Gesamtstimmzahl zustehen würden, diese Sitze behalten.

41 Dr. Walter Menzel (1901–1963), 1946–1954 MdL Nordrhein-Westfalen (SPD), 1949–1963 MdB. Vgl. PROTOKOLLE I S. 174 Anm. 12. – Gesetzentwurf der SPD vom 1. Februar 1954 (LT-Drs. 1435).

42 Gesetzentwurf des Zentrums vom 26. Januar 1954 (LT-Drs. 1432) zur Änderung des § 35, hier 5%-Klausel.

43 Dr. Friedrich Middelhaue – vgl. Nr. 1 Anm. 19.

44 Lothar Steuer (1893–1957), vor 1933 DNVP, 1945 Mitgründer und Vorstandsmitglied der Nationalen Rechten, 1950–1957 MdL Nordrhein-Westfalen (FDP, zunächst als Hospitant), 1954 Vizepräsident des Landtages.

45 Gustav Altenhain (1891–1968), 1918–1933 Mitglied der DDP, 1945 FDP, 1946–1958 MdL Nordrhein-Westfalen.

gesagt: Wir sind uns einig geworden. Daraufhin habe ich das einzige getan, was man tun konnte. Ich habe ihnen erklärt, nachdem Sie einig sind – SPD, FDP und Zentrum –, also die Mehrheit haben, weiß ich nicht, warum wir noch diskutieren müssen. Ich habe Herrn Middelhaue gesagt, ich finde es geradezu reizend, daß Sie für das Zentrum sorgen. Daß Sie ausgerechnet der Advokat des Zentrums sind, berührt mich sonderbar. Herr Middelhaue hat, allerdings unter Protest der beiden anderen, vorgetragen, er stände auf dem Standpunkt, daß das Zentrum so tatkräftig und wirkungsvoll in Nordrhein-Westfalen mitarbeiten könne, daß man eine Lösung suchen müsse, damit das Zentrum erhalten bliebe. Er hat weiter als seine persönliche Ansicht vorgetragen, er hielte es für richtig, wenn die Kommunisten im Landtag wären. Nachdem sie im Bundestag ausgeschaltet seien, müßten sie eine Plattform haben, um öffentlich das zu sagen, was sie meinten.

Ich habe mir erlaubt, anderer Meinung zu sein. Es hat keinen Sinn, die einzelnen Verhandlungen, die wochenlang hin und her gepflogen worden sind, hier darzutun. Hier unterscheide ich mich von der Ansicht des Herrn Bundeskanzlers. Ich habe den Herrn Bundeskanzler unterrichtet. Wir haben auch eine anderthalbe Besprechung gehabt, wenn ich diejenige von Paderborn als halb bezeichne, wo er den Standpunkt vertreten hat, das wichtigste sei die Beibehaltung der 5%-Klausel, notfalls müsse man dafür mit den Mehrmandaten bezahlen. Ich persönlich stand auf dem Standpunkt, daß es meine Pflicht als Vorsitzender der Fraktion sei, zu versuchen, beides zu retten, sowohl die 5%-Klausel als auch die Mehrmandate.⁴⁶

Ich darf offen sagen, daß mir der Herr Bundeskanzler den weisen Rat gegeben hat, dem ich zu folgen versprochen habe. Es ist mir aber nicht immer gelungen. Ich möchte nicht zu klug sein, sondern ehrlich. Ich bin ehrlich geblieben. Ob ich klug war, das weiß ich nicht. (*Heiterkeit.*) Es ist dann zu dem Ergebnis gekommen, daß wir die Möglichkeit der Mehrmandate gerettet haben. Bei der 5%-Klausel haben wir, wenn Sie wollen, eine kleine Schwächung zugegeben, indem diejenige Partei zur Wirkung kommt, die ein Direktmandat oder in einem Wahlkreis $33 \frac{1}{3}$ % erringt. Zu dieser kleinen Schwächung glaubten wir aus folgendem Grund berechtigt zu sein: Ich weiß positiv, und es ist nicht bestritten, daß die FDP und die SPD im Höhepunkt der Verhandlungen dem Zentrum gesagt haben, bis zu 20 % zu gehen. Das haben wir abgelehnt. Wir konnten es aber tun, da es in Nordrhein und in Westfalen eine Reihe von Wahlkreisen – auf die letzte Landtagswahl gemünzt – gibt, wo wir ein Direktmandat erzielt haben, und zwar mit einer Höhe bis zu 35 %. Deshalb glaubten wir, durchaus berechtigt zu sein, auf $33 \frac{1}{3}$ % gehen zu können, haben aber ganz klar 20 % abgelehnt. Das Zentrum hat seinen Antrag auf Wegfall der 5%-Klausel zurückgezogen.

46 Unterlagen zu den Verhandlungen in ACDP III-002-260. – Landeswahlordnung vom 8. April 1954 in GV NW vom 14. April 1954 S. 95, Änderung vom 6. Mai 1954 in GV NW vom 12. Mai 1954 S. 129.

Wir haben dadurch natürlich auf der anderen Seite eine Verärgerung – das ist ganz klar – sowohl bei einzelnen Herren der FDP als auch bei der SPD hervorgerufen. Es besteht ganz klar die Frage, man hätte das Ganze vermeiden und das Zentrum schon im voraus sterben lassen können, wenn man mit der FDP zu einer Verständigung gekommen wäre. Die einzige Verständigung, die theoretisch möglich gewesen wäre, war eine klare Koalitionsvereinbarung. Ich halte persönlich nicht einmal für sicher, daß zu diesem Preis eine Verständigung erfolgt wäre. Das wäre aber auch für uns bei der Situation der CDU in Nordrhein und in Westfalen nicht möglich gewesen, weil dort starke Gruppen vertreten sind, die es ablehnen, vor der Wahl echte Koalitionsvereinbarungen zu treffen. Ich persönlich vertrete selbst den Standpunkt, ohne so unklug zu sein, um einen Standpunkt zum Dogma zu erheben, daß eine große Partei wie die CDU – ich sehe von dem Sonderfall Bund damals ab – allein in den Wahlkampf gehen soll, so daß man ehrlich sagen kann, ich habe keine Vereinbarung getroffen. Der Herr Middelhaue hat mir zugemutet, ich müsse dafür sorgen, daß die CDU seinem Antrag auf Streichung der Mehrmandate zustimme, weil sonst die FDP in die unangenehme Lage komme, mit der KP und SPD zusammen stimmen zu müssen. Es sei auch undemokratisch, hat Herr Middelhaue vorgetragen, daß man als Partei die absolute Mehrheit erstrebe. (*Lebhafte Heiterkeit.* – *Adenauer:* Das tut doch jede Partei! – *Anhaltende Heiterkeit.*) Allmählich geht einem das Latein zu Ende. Ich habe lediglich dem Herrn Middelhaue gesagt, stellen Sie ihre Propaganda ein, Sie sind auch auf dem Wege zu 50 %. Wann wollen Sie aufhören, mit 47? Hören Sie lieber jetzt auf, und unterstützen Sie die CDU. Was will man sonst anders sagen?

Nun hat der Herr Bundeskanzler gesagt, daß es in Nordrhein-Westfalen Leute gäbe, die des Glaubens seien, die absolute Mehrheit zu erringen. Zu diesen Leuten gehöre ich. Diese These ist von mir bewußt aufgestellt worden, und zwar aus folgendem Grund: 1. ist es möglich, jedenfalls ist es nicht unmöglich, und 2. hat sich vor der Bundestagswahl in unseren Reihen ein Schock ergeben.

Mit diesem Ausgang der Wahl hat man nicht gerechnet. Im Augenblick denke ich nicht an die Stimmung unter der Bevölkerung, sondern an diejenige der maßgebenden CDU-Leute. Hinunter bis zur Ortsgruppe hatte man eine gewisse Angst vor dem Ausgang der Wahl. Dieser Angst muß man begegnen. Ich bin dafür, daß wir vor die Wähler treten und sagen: Gebt uns die absolute Mehrheit in der CDU. Was hat die Bundestagswahl für einen Sinn gehabt, Adenauer zu wählen, wenn ihr dieses Ergebnis durch die Landtagswahl wieder kaputtmacht?

Ich bin durchaus optimistisch. Wenn alle unsere verantwortlichen Parteiinstanzen einschließlich unserer Helfer ihre Pflicht tun, so halte ich es nicht für unmöglich, die absolute Mehrheit zu bekommen. Ich vertrete auch den Standpunkt, daß man diese Mehrheit, wenn man kann, auch erringen sollte. Das hat absolut nichts damit zu tun, welche Koalition man nachher eingeht, oder ob man nachher auf den verwegenen Gedanken kommt, allein zu regieren.

Meine Herren! Es stimmt, der Landesverband Nordrhein-Westfalen hat einen Wahlkreis in Essen insofern zur Verfügung gestellt, als wir dort keinen Kandidaten

aufstellen. Ich glaube, Essen-Borbeck-Karnap heißt er⁴⁷; es ist ein Wahlkreis, den wir nicht gehabt haben, sondern der durch die Zersplitterung von CDU und Zentrum an die SPD gegangen ist. Diesen Wahlkreis können wir schaffen, wenn wir zusammengehen. Er ist aber nicht zu schaffen mit der CDU und der FDP. Die Bevölkerung dort setzt sich überwiegend aus Arbeiterkreisen zusammen, wo sehr wenige FDP-Leute sind. Warum sollten wir jetzt nicht um großer Aufgaben willen, nämlich das Wahlgesetz zu retten, einen Wahlkreis zur Verfügung stellen, d.h. dort keinen Kandidaten aufstellen, den wir allein doch niemals bekommen würden.

Ich habe noch einen anderen Grund. Ich bitte unsere lieben Freunde, es mir nicht für übelzunehmen, wenn ich folgendes in aller Offenheit sage: Wir haben für jeden Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen die katholischen Organisationen und, wenn Sie wollen, auch einen Teil der katholischen Geistlichkeit nötig. Unsere Wahlergebnisse sind zum Teil darauf zurückzuführen. Ich bitte Sie, vor allem hierbei an die alten Leute zu denken, die genauso wahlberechtigt sind wie die jungen. Die katholischen Männer und Frauen, vor allem wenn sie älteren Datums sind, hören auf das Wort des katholischen Pfarrers vielleicht mehr, als wir es glauben wollen. Die Kirche hat – ich meine die katholischen Organisationen und die politisch hervortretenden Geistlichen, die ich kurz als Kirche bezeichne – immer wieder erklärt: Wir können gar keinen Wahlauf Ruf machen, wenn CDU und Zentrum, also die beiden christlichen Parteien, gegeneinanderstehen. Nunmehr haben wir gesichert, daß die Kirche, und zwar in dem Sinne, wie ich es eben sagte, sich mit derselben Kraft am Wahlkampf beteiligt, wie das auch bei der Bundestagswahl geschehen ist. Auch dieser Standpunkt ist schon etwas wert. Ob das Zentrum in Essen das Direktmandat oder die $33\frac{1}{3}\%$ erringen wird, das weiß ich nicht. Aber wenn es so ist, wieviel Zentrumsleute wir dann in den Landtag bekommen, wage ich nicht zu sagen. Ich persönlich halte die Zahl für sehr klein; koalitionsmäßig spielt diese Zahl absolut keine Rolle. (*Adenauer*: Dann hätte ich es erst recht nicht getan!) Entschuldigen Sie mal, diese Vereinbarung hat uns geholfen, daß uns das Wahlrecht hilft und daß sich die katholische Kirche restlos für uns im Wahlkampf einsetzen wird. Ich vertrete immer noch den Standpunkt, daß das, was wir getan haben, richtig war.

Meine Herren! Nun etwas anderes. Wir haben damals mit der FDP örtliche Vereinbarungen getroffen. Das betrifft vor allen Dingen die Gebiete Wuppertal, Solingen und den ostwestfälischen Raum. Die FDP – ich bitte, das festzuhalten – hatte bereits vor unserem Wahlrecht beschlossen, mit der CDU keine Vereinbarung zu treffen. Ich bitte, das ganz genau festzuhalten. Die FDP lehnte das als selbstverständlich ab. Was will die FDP? Die FDP will unter allen Umständen in die Regierung, aber nicht mit einer so starken CDU, sondern sie hofft, durch die Schwächung der CDU selber stark zu werden, um dadurch in der Regierung auch eine starke Position zu bekommen.

47 Kandidat in Essen-Borbeck-Karnap war der Zentrumspolitiker und Justizminister Dr. Rudolf Amelunxen (vgl. Nr. 8 Anm. 21). Bei der Landtagswahl 1950 hatte die CDU 34,1 %, das Zentrum 10,6 % und die SPD 37,7 % errungen.

Der Herr Bundeskanzler hat sich bereit erklärt, für die Gebiete Wuppertal usw. seine Hilfe zur Verfügung zu stellen. Wir sind ihm dafür sehr dankbar. Es liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß in Wuppertal keiner von uns zum Zuge kommt, während eine starke Richtung, z.B. der Oberbürgermeister Schmeißing⁴⁸, in Wuppertal der Ansicht ist, wenn wir allein gingen, könnten wir drei Mandate erringen. Die Ansichten hierüber sind also durchaus geteilt. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es möglich wäre, mit der FDP wieder zu einer örtlichen Vereinbarung zu kommen. Zum zweiten ist es sicherer.

Über den ostwestfälischen Raum können die Westfalen etwas sagen. Wie ich es sehe – ich weiß nicht, ob es richtig ist –, ist es uns bei der letzten Landtagswahl trotz Unterstützung der FDP nur in zwei Wahlkreisen gelungen durchzukommen. Wehking und Blank heißen die Leute.⁴⁹ Es ist also nur ein kleiner Sieg mit der FDP.

Einige Kollegen haben den Vorschlag gemacht, das Wahlrecht bei uns zu ändern, um in Ostwestfalen evangelische Kandidaten durchzubringen. Das wäre nur zu erreichen gewesen bei einer klaren Listenwahl. Aber eine grundlegende Änderung der CDU-Anschauung unmittelbar vor der dritten Lesung des Wahlrechts ist praktisch unmöglich. Vielleicht kann Herr Blank oder Herr Wehking über die schwierigen Verhältnisse in Ostwestfalen etwas sagen.

Der Herr Bundeskanzler hat über das Verhältnis von Bund und Nordrhein-Westfalen gesprochen. Ich selber bin erst vor Ostern aus dem Urlaub zurückgekommen und habe über diese Kämpfe nur in der ausländischen Presse gelesen. Ich habe in der ersten Vorstandssitzung meiner Fraktion folgendes erklärt: Diese Disharmonie – so will ich sie einmal nennen – zwischen Bund und Ländern ist unmöglich. Die Wähler haben für diesen Kampf absolut kein Verständnis. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Ich lasse dabei vollkommen die Frage offen, ob der Herr Schäffer der Sündenbock ist oder ob die Länder die Sündenböcke sind. Ich unterscheide aber zwischen der Finanzregelung Bund und Länder und zwischen der Steuerreform bezüglich der Steuerzahler. Das muß man unterscheiden. Nun hat der Herr Bundeskanzler bereits den Wunsch des Mittelstandes vorgetragen, daß dort Unebenheiten ausgebügelt werden müssen. Ich halte das für eine Selbstverständlichkeit. Auf der anderen Seite wage ich zu sagen, es müßte doch drei ernste Männer im Bund und in den Ländern geben, die es fertigbrächten, innerhalb von drei Tagen diese Disharmonie zu beseitigen. (*Schäffer*: Sicherlich, wenn es drei sind!) Es braucht nicht immer der Bundesfinanzminister dabeizusein. In Wirklichkeit dreht es sich gar nicht um eine so ungeheure Summe. Ich bin davon überzeugt, daß eine Einigung herbeigeführt werden kann. Wir haben als CDU-Leute ein peinliches Gefühl, daß es nicht möglich gewesen ist, hier eine solche

48 In der Vorlage: Schmissen. – Heinrich Schmeißing (1905–1982), 1951–1956 Oberbürgermeister von Wuppertal (CDU), ab 1958 Stadtkämmerer und -direktor (1967).

49 Sinn unklar. Bei der letzten Landtagswahl waren weder Josef noch Theo Blank Kandidat, bei der Bundestagswahl 1953 errang Heinrich Wehking nicht ein Direktmandat, sondern gelangte über die Landesliste ins Parlament.

Einigung herbeizuführen, ohne dieses öffentliche Tamtam zu machen. Ich gebe Ihnen recht, für die Wahl war das nicht schön gewesen, und wir werden einige Arbeit haben, das wieder auszubügeln. Der Herr Bundeskanzler hat angedeutet, daß ein großer Teil der Wähler sich erst in der letzten Minute entscheidet. Ich darf daher die Bundesregierung und die Bundestagsfraktion herzlich bitten, uns zu helfen, und zwar nicht nur im Rednereinsatz – ich halte es für selbstverständlich, daß Absagen kommen –, (*Heiterkeit*) sondern auch zu versuchen, daß auf der Bundesebene möglichst wenig Pannen passieren, die den Wähler in den Ländern zu sehr beeinflussen.

Adenauer: Seien Sie nicht böse, wenn ich noch einmal das Wort zu den Ereignissen in Nordrhein-Westfalen ergreife. Ich will nicht kritisieren, sondern ich tue es, um hier eventuell noch zu retten, was zu retten ist; denn ich sehe im Gegensatz zum Herrn Johnen eine große Gefahr darin, wie nun die politischen Dinge geworden sind. Über die finanzielle Frage wird noch Herr Schäffer sprechen.

Herr Kollege Johnen sagt: Wir haben unser altes Wahlrecht gerettet mit sieben oder acht unechten Mandaten. Er hat das damit bezahlt, daß er aller Wahrscheinlichkeit nach das Zentrum gerettet hat. Es kommt nicht darauf an, daß Herr Johnen sehr geschickt zu retuschieren versucht, ob er ein Mandat, das er nicht gehabt hat, verschenkt hat, das ist ganz gleichgültig, sondern es kommt darauf an, daß Sie dem Zentrum die Chance gegeben haben, diese Landtagswahlen weiter zu überleben.

Das Zentrum hatte in Nordrhein-Westfalen bei der Bundestagswahl 1953 noch 2,7 % der Wähler. Wenn Sie nun daran denken, wieviel Prozent es früher gehabt hat, dann können Sie mit Sicherheit annehmen, daß das Zentrum in Nordrhein-Westfalen, wenn es nicht diese Hilfe bekäme, verschwunden wäre. Es würde keine Landtagsabgeordneten mehr bekommen. Damit wäre das Zentrum in Nordrhein-Westfalen erledigt. Das ist eine sehr wichtige politische Frage, und zwar nicht nur für Nordrhein-Westfalen, sondern weit darüber hinaus, meine verehrten Parteifreunde. Ich bin daher der Auffassung, man hätte sich sehr wohl die Frage vorlegen müssen: Ist denn das ein guter Handel – anders kann ich es nicht nennen – gewesen, daß ich dem Zentrum das Dasein rette, wenn dafür dieses Landtagswahlrecht gerettet wird, was nach den Ausführungen des Herrn Johnen vielleicht eine Mehrheit bringen wird.

Lassen Sie mich nun hier zu den Parteien etwas sagen. Die SPD hat überhaupt keine Grundsätze mehr; sie hat kein Programm mehr, und doch sage ich Ihnen, die SPD ist durch ihre Organisation, durch die Gewerkschaften, die hinter ihr stehen, eine so einflußreiche und machtvolle Partei.

Die FDP hat auch kein einheitliches Programm. Sie ist zusammengesetzt aus allen möglichen Leuten. Aber das muß auch einmal ausgesprochen werden, die FDP hat durch ihr einfaches Bestehen verhindert, daß rechts von der FDP keine nennenswerte nationalistische Partei entstanden ist. Ich habe diese Leute, die Träger einer solchen Entwicklung sein können, viel lieber in der FDP – wenn sie die auch ein bißchen durcheinanderbringen, aber sie können schließlich gehalten werden –, als wenn sie nun nicht mehr in der FDP sind. Das ist mir doch viel lieber, als wenn sie – das sage ich nicht ohne Grund – mit Unterstützung finanziell starker Länder und wirtschaftlicher

Kreise eine nationalistische Partei aufmachen. Deswegen habe ich ein Interesse daran, daß die FDP bestehenbleibt, weil sie die Gesamtheit dieser nationalistischen Kräfte bindet, indem sie diese Leute innerhalb der FDP sich tummeln läßt. Lassen Sie sie doch tummeln; sie dürfen nur nicht zuviel Unfug machen.

Nun, Herr Johnen und Herr Albers und wer sonst noch aus Nordrhein-Westfalen da ist, Sie müssen mit folgender Möglichkeit rechnen: Keine von den drei Parteien kann für sich eine Mehrheit bekommen. Es sind die verschiedenen Kombinationen möglich: CDU-FDP, CDU-SPD, FDP-SPD. Nun frage ich Sie, was ist nun das wünschenswerte? Herr Middelhaue hat Herrn Arnold, Herrn Johnen und mir erklärt, daß seine Fraktion bereit sei, nach der Wahl Herrn Arnold zum Ministerpräsidenten zu wählen. (*Zuruf*: Sehr richtig.) Das ist die Koalition, von der eben Herr Johnen gesprochen hat. Er hat hinzugefügt, natürlich erwarten wir, daß auch einer von uns genommen wird. Wahrscheinlich meint er sich selbst. (*Heiterkeit*.) Es ist nun einmal so, meine Herren, man muß die Dinge nehmen, wie sie sind. Sie kennen nicht die Vorgänge bei der letzten Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Da hat die FDP auch Herrn Arnold gewählt. Dann hat Herr Arnold nachher erklärt, ich bin nicht in der Lage, einen FDP-Mann zum Minister zu ernennen. In Nordrhein-Westfalen ernennt der gewählte Ministerpräsident die Minister. Herr Arnold wird doch weiter Ministerpräsident bleiben wollen. Ich nehme auch an, Herr Johnen, daß Sie damit einverstanden sind. Wenn nun der Herr Middelhaue namens seiner Fraktion erklärt hat: Wir sind bereit, Herrn Arnold zu wählen, nehmen aber an, daß auch einer von uns berücksichtigt wird, dann war die Sache doch fertig, und die ganze Mißstimmung war nicht nötig. Sie hatten dann die Sicherheit, die Sie jetzt nicht haben, daß eine Koalition zwischen FDP und SPD nicht kommen würde.

Sie hätten noch etwas anderes gehabt. Die FDP spielt sich jetzt als die Hüterin der kulturellen Freiheit auf. Das ist gekommen durch die verschiedenen Reden, die gehalten worden sind. Das ist gekommen durch die Geschichte mit der Zivilehe. Weite Kreise von Leuten, die uns gewählt haben, sind in einer innerlichen Besorgnis, es würde tatsächlich – lassen Sie mich den Ausdruck gebrauchen – durch einen Klerikalismus die kulturelle und religiöse Freiheit eingeengt. Auf diesem Roß zieht die FDP jetzt in den Wahlkampf hinein. Und ich sage Ihnen, Herr Johnen, sie wird damit Erfolg haben. (*Zurufe*: Jawohl!) Sie werden damit rechnen müssen, daß die FDP einen Stimmenzuwachs bekommen wird. Wie groß, kann kein Mensch sagen, aber sie wird ihn bekommen. Sie wird natürlich nicht so stark wie die CDU, aber sie wird aus dem Wahlkampf mit einem Erfolg hervorgehen. Das ist sehr wahrscheinlich. Ich würde also da – nehmen Sie mir es nicht für übel – doch so klug sein und beizeiten dafür sorgen, daß diese Entwicklung abgefangen wird. Ich würde jetzt noch an Ihrer Stelle den Versuch machen, mit der FDP darüber einig zu werden, daß sie Herrn Arnold zum Ministerpräsidenten wählt, sie aber auch einen Minister bekommt, dafür aber ihre kulturellen Geschichten aufhört; denn die würden uns schaden. Das wäre nach meiner Meinung eine gute Politik. Ich bitte Sie sehr herzlich, Herr Johnen, nehmen Sie die Sache nicht so leicht. Sie haben eben selbst zitiert, was ich Ihnen

gesagt habe, man müsse auch ehrlich sein. Ich habe auch gesagt, man kann auch zu klug sein. Ich finde, meine Freunde, in der Politik zu klug sein zu wollen, das macht sich nicht bezahlt. Damit fällt man nachher herein; denn so klug sind die anderen auch.

Daher bitte ich Sie nochmals sehr herzlich – ich würde es sehr begrüßen, wenn auch die übrigen Herren sich einmal dazu äußerten, weil es sich um eine Sache handelt, die an Bedeutung weit über Nordrhein-Westfalen hinausgeht –, die Sache auf irgendeine Weise in Ordnung zu bringen. Wenn ich Ihnen dabei helfen kann, stehe ich mit Vergnügen zur Verfügung. Was ich aber aus der Geschichte heraus haben möchte, ist, daß das Pferd „Klerikalismus“ in den Wahlkampf gebracht wird. Das möchte ich heraus haben; das ist häßlich und gehört nicht in den Wahlkampf, und wenn ich es vermeiden kann, dann tue ich es. Ich bitte Sie nochmals herzlich, Herr Johnen, doch einmal zu überlegen, daß man nicht spekulieren, sondern den sicheren Weg gehen soll. Wenn Sie Herrn Arnold zum Ministerpräsidenten gesichert haben, dann können Sie ganz zufrieden sein.[!]

Johnen: Sie befinden sich im Irrtum, wenn Sie alles das als bar unterstellen, was Ihnen Herr Middelhauve zuträgt. Der Herr Middelhauve ist in Nordrhein-Westfalen nicht die FDP. Sie irren auch, wenn Sie meinen – wir sind nicht klug, aber auch nicht zu dumm –, daß irgendeine Tür zugeschlagen würde. Ich darf Ihnen ehrlich sagen, das ist eine Flügeltür, nicht eine einfache, sie bleibt offen. Ich bin nicht zu dumm, mich jetzt schon in Koalitionsvereinbarungen festzulegen. Glauben Sie mir, da befinden Sie sich, Herr Bundeskanzler, nach meiner subjektiven Überzeugung im Irrtum. Glauben Sie nicht, daß durch eine Vereinbarung, die meinerwegen Herr Middelhauve und ich jetzt treffen, die ein anderer einlösen muß, der Einwand des Klerikalismus und die ganze Kulturgeschichte auch nur um ein kleines Atömchen weniger wäre. Darf ich daran erinnern, daß sich im Bundestagswahlkampf, der gemeinsam geführt wurde, die FDP weitgehend nicht an gemeinsame Parolen gehalten hat. Das wird zwar die offizielle Leitung empfehlen, aber man wird es nicht tun. Sie brauchen keine Sorge zu haben, Herr Bundeskanzler, bei uns wird die Tür nicht zugeschlagen. Das wissen die positiven Kräfte in der FDP ganz genau. Ich bin nicht davon überzeugt, daß das auf den Wahlkampf irgendeinen Einfluß hat.

Ehlers: Ich bin sehr glücklich darüber, daß wir heute dazu kommen, über diese Dinge ausführlich zu sprechen; denn ich hatte bisher immer das Gefühl, daß der Parteivorstand bestimmte Routinesitzungen abgehalten hat, in denen die Dinge so etwas vorbereitet herunterliefen nach dem Bericht des Herrn Bundeskanzlers, und man an die Problematik manchmal nicht so ganz herankam. Vielleicht ist es zweckmäßig, nachmittags zu tagen und nicht erst ein gutes Frühstück einzunehmen. Das ist notwendig für die Zukunft; es ist eine heilsame Erfahrung, weil man hinterher nicht mehr entsprechend lebendig ist.

Aber diese Auseinandersetzung scheint mir wirklich dringend nötig zu sein; denn, Herr Bundeskanzler, es ist nicht so, daß wir noch verhindern könnten, daß das Pferd „Klerikalismus“ im Wahlkampf aufzieht, sondern es ist bereits im Wahlkampf,

und zwar in sämtlichen Wahlkämpfen in den fünf Ländern, die in diesem Jahr Landtagswahlen haben. Wir können es daraus nicht mehr verjagen, sondern wir müssen damit fertig werden und dafür sorgen, daß die Leute, die dieses Pferd reiten, im Ziel die Nase nicht vorne haben.

Ich bin keineswegs davon überzeugt, daß das unmöglich ist. Wir müssen uns nur auf die Dinge rechtzeitig einstellen. Wir müssen uns darüber klar sein, was zu tun ist. Es ist gar kein Zweifel, daß hier bestimmte Dinge durcheinandergingen. Ich habe mit etwas Aufmerksamkeit, verehrter Herr Süsterhenn, gehört, daß Sie zweimal hintereinander die Worte Evangelische und Liberale sehr dicht zusammen genannt haben. (*Süsterhenn*: Aber getrennt!) Aber doch immerhin betont dicht zusammen! Es ist tatsächlich so, daß die Auseinandersetzung, die uns heute aufgetragen ist, die ist, daß wir vor der evangelischen Öffentlichkeit deutlich machen, daß Evangelische und Liberale nicht identisch sind.

Ich habe alles Verständnis dafür, daß aus der Situation im Anfang des Jahrhunderts viele unserer katholischen Freunde geneigt sind, den Protestantismus unter einem liberalen Vorzeichen zu sehen. Dafür hat es damals einigen Anlaß gegeben, vielleicht gibt es auch heute noch einigen Anlaß, aber das, was uns aufgetragen ist, ist gerade das Sichtbarmachen, daß hier zwei Dinge nebeneinandergehen und daß man das, was wir als evangelisches Anliegen in der CDU vertreten, nicht mehr mit dem Wort „liberal“ beschreiben kann. (*Süsterhenn*: Einverstanden!) Das ist im übrigen auch die Frontstellung, die wir gegenüber dem Liberalismus der FDP einzunehmen haben; denn dort wird ebenso wie beim Sozialismus der Versuch gemacht, so zu tun, als ob die Vertretung liberaler Forderungen – die unter dem Begriff Freiheit und Toleranz zusammengefaßt werden – das einzige protestantisch-evangelische Anliegen sei. Es ist kein Zweifel, daß es eine bestimmte Zahl von Menschen im evangelischen Raum gibt, bis hin zu den Leuten, die Bischöfe sind, die darauf hereinfließen, die mindestens diese Vokabeln in gleicher Weise benutzen.

Dagegen sich zu wehren, scheint mir unsere entschiedene Aufgabe zu sein. Ich darf am Rande daran erinnern, daß es wirklich das ernsteste Anliegen der Evangelischen Arbeitskreise in der CDU ist, daß wir diese Scheidung deutlich machen. Ich glaube auch, Herr Johnen, daß Sie das als eine Forderung empfinden, was wir noch am 12. und 13. Juni bei dieser großen Tagung der Evangelischen Arbeitskreise in Wuppertal zu diesen Dingen gesagt haben⁵⁰, um gerade in Nordrhein-Westfalen noch ein sehr deutliches Zeichen aufzurichten.

Ich glaube, daß die Flutwelle, die vom Liberalismus, d.h. insbesondere von der FDP, gekommen ist, schon etwas im Abklingen ist. Taktisch ist der Vorstoß von dieser Seite zu früh erfolgt. Ich bin nicht immer der Meinung gewesen, daß das,

⁵⁰ Muß wohl heißen: sagen werden. – Entschließungen und Presseberichte der Bundestagung in Wuppertal vom 11. bis 13. Juni 1954 in ACDP IV-001-008/3. Mit dem Liberalismus und dem Unterschied von „klerikal“ und „christlich“ befaßte sich Professor D. Dr. Martin Redeker in seinem Referat „Die evangelische Verantwortung in der Demokratie“.

was der verehrte Kollege Wuermeling formuliert hat, glücklich formuliert war. Ich habe aber immer den Standpunkt vertreten, daß sein Anliegen ein höchst wichtiges Anliegen ist, das wir zu vertreten haben. Ich bin im Grunde sehr glücklich darüber, daß er manchmal so ungeschickt – verzeihen Sie den Ausdruck, Herr Wuermeling – vom taktischen Standpunkt aus formuliert hat, weil es die anderen zu früh aus ihrer Position herausbrachte und sie zu einem Angriff veranlaßt hat.

Sie haben die Dinge zum Teil im Bundestag erlebt. Ich bin der Auffassung, daß die Debatte, die im Februar anfang und über die Familienfragen zum Klerikalismus ging, von unserer Seite taktisch nicht so furchtbar geschickt gegangen ist. Ich habe die für die FDP unverzeihliche Frechheit besessen, ein Wort zu sagen, das mir den Haß und die Bannflüche von Herrn Dehler von seiner Amerikareise her zugezogen hat.⁵¹ Das muß man gelegentlich mal tun.

Ich darf auf der anderen Seite eine dringende Bitte aussprechen. Der Herr Bundeskanzler hat es nicht getan. Ich glaube aber, mich von seiner Meinung nicht zu weit zu entfernen dabei, gerade weil die Dinge im evangelischen Raum so kritisch sind und weil auch an sich vernünftige Leute, wie etwa der Landesbischof Lilje oder der Landesbischof Meiser⁵², die uns gegenüber im Grund gutwillig sind, manchmal Formulierungen gebrauchen, die uns nicht hilfreich sind. Wir erbitten in diesen Dingen auch von unseren katholischen Freunden ein so großes Maß von Zurückhaltung, wie es nur irgend mit ihrer inneren Haltung zu vereinbaren ist. Es ist nicht so, daß die katholischen Bischöfe – das machen manchmal übrigens nicht die Bischöfe, sondern die Generalvikare – immer die taktische Klugheit besessen haben, die in solchen Fragen zweckmäßig ist, ob sie in Münster bei der Vorbereitung von Kandidaturen und Zentrumserwägungen oder in Würzburg sitzen. Es wäre sehr gut, wenn dort die Zurückhaltung gewahrt werden könnte.

Ich darf einige Punkte aneinanderreihen, die ich erwähne, weil sie die Lage erschweren. Ich fange an mit meinem eigenen Land Niedersachsen. Die Art und Weise, wie insbesondere unter Führung des ja gar nicht unmittelbar betroffenen Bischofs von Münster die Polemik gegen das niedersächsische Schulgesetz geführt worden ist, hat uns nicht gefördert, sondern außerordentlich schwer geschadet.⁵³ (*Von Brentano*: Richtig!) Es hat niemals ein Zweifel darüber bestanden, daß es unseren Freunden der katholischen Kirche möglich wäre, 50.000 oder 60.000 Menschen in Hannover auf die Straße zu bringen, aber daß sie es getan haben, hat einfach Befürchtungen auch bei gutwilligen Leuten hervorgerufen, die wir besser vermieden hätten.⁵⁴ Es geht nicht darum, daß ich das Schulgesetz verteidige. Sie wissen, daß ich sehr stark dazu

51 Dehler war vom 17. April bis 2. Mai 1954 in den USA. Dehler hatte vor seiner Abreise geäußert, eine Partei könne nicht in Anspruch nehmen, die Christen auf der politischen Ebene zu vertreten (vgl. „Frankfurter Neue Presse“ vom 14. April 1954).

52 Hans Oswald Meiser (1881–1955), seit 1933 evangelischer Landesbischof von Bayern.

53 Vgl. HERDER-KORRESPONDENZ 8.Jg. 1953/54 S. 301f., 302–305, 532. Bischof Keller hatte sich aufgrund seiner Zuständigkeit für den Verwaltungsbezirk Oldenburg geäußert.

54 Am 7. März 1954 (EBD. S. 304f.).

beigetragen habe, daß gerade unmittelbar vor dieser Kundgebung noch der lutherische Schulausschuß der Hannoverschen Synode eine Erklärung⁵⁵ abgegeben hat zu dem Schulgesetz, die sich in ihrer Zielsetzung von dem, was die katholischen Bischöfe gefordert haben, gar nicht entscheidend unterscheidet. Warum es nicht gelungen ist, zu einem gemeinsamen Willen zu kommen, das ist mir schleierhaft. Wir bemühen uns noch, hier etwas weiterzukommen. Der Herr Bundeskanzler hat mit Recht gesagt, wir hätten uns niemals auf die Bekenntnisschule festgelegt. Ich glaube, das muß deutlich sein. Wir haben vom Elternrecht gesprochen, wobei man – das muß ich aussprechen – auch hier noch bestimmte Differenzen hat; insbesondere Sie, Herr Süsterhenn, haben dieses Elternrecht in Ihrer Rede in Hannover – natürlich von Ihrem Standpunkt aus immer zutreffend – mit naturrechtlichen Erwägungen begründet, obwohl Sie – genau wie ich – wissen, daß im evangelischen Teil, auch der CDU, diese naturrechtlichen Erwägungen in vollem Umfange so nicht übernommen werden können, so daß wir uns also über das Vokabularium in dieser Frage, wie wir das Elternrecht begründen wollen, noch sehr deutliche Gedanken machen müssen.

Ich habe mich im Bayerischen Rundfunk bemüht, das in anderer Weise zu tun, und glaube aus dem Echo schließen zu dürfen, daß es verstanden worden ist.⁵⁶ Was wir von evangelischer Seite in Niedersachsen beanstanden werden – ich denke an die Tagung in Celle am nächsten Sonntag⁵⁷ – wird sein, daß wir sagen, es besteht die Möglichkeit, daß der Staat unter dem Vorzeichen einer politischen Ideologie – das ist der Hintergrund des Herrn Kopf⁵⁸ und des Herrn Bojunga⁵⁹ – seine Meinung gegen den Willen der Eltern durchsetzt. Das ist nicht unsere Meinung. In der Praxis werden wir einig sein. Darum sollten wir in dieser Frage etwas anders prozedieren, als es vielleicht bisher geschehen ist.

Der bayerische Landesbischof hat einige Sorgen zum Ausdruck gebracht. Es läßt sich nicht bestreiten: Durch die Freiheit, die der Herr Landtagspräsident gebraucht, werden die Dinge über das notwendige Maß hinaus erschwert. Es ist kein Zweifel, daß auch die gutwilligen Leute bei uns immer wieder aufhorchen. Selbst der Landesbischof Meiser, der vor aller Öffentlichkeit erklärt hat, ich bin für die Bekenntnisschule,

55 Veröffentlicht in epd Nr. 32/54 vom 7. März 1954.

56 Rede am 13. April mit Korrespondenz in NL Ehlers ACDP I-369-10/1 bzw. 28; vgl. auch UiD vom 8. Mai 1954.

57 2. Mai 1954 – vgl. epd Nr. 101 vom 3. Mai 1954.

58 Hinrich Wilhelm Kopf (1893–1961), 1946–1955 und 1959–1961 Ministerpräsident von Niedersachsen. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 28 Anm. 46.

59 Dr. Helmut Bojunga (1898–1958), vor 1933 DVP, 1933–1938 Ministerialdirektor im Preußischen Kultusministerium bzw. im Reichs- und Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 1938–1953 Kurator der Universität Göttingen, 1953–1954 Staatssekretär im Niedersächsischen Kultusministerium, 1955–1958 Präsident der Klosterkammer in Hannover. – Zur Kontroverse um das niedersächsische Schulgesetz vom 14. September 1954 vgl. Erwin RATZKE: Die Stellung des Lehrerverbandes Niedersachsen (GEW) in der niedersächsischen Schulpolitik 1946–1954. Frankfurt 1981.

muß Herrn Hundhammer⁶⁰ öffentlich mahnen. Daraus jetzt Drohungen zu ziehen und Diffamierungen, die die evangelisch-lutherische Kirche nicht mitmachen kann, sollte vermieden werden. Ich wäre dankbar, wenn das gesehen werden könnte.

Das dritte, muß ich kritisch sagen, ist das, was wir in Hamburg seit der Senatsbildung erleben. Ich bin dankbar, daß Herr Samsche hier ist. Ich spüre in den evangelischen Kreisen, aber auch in den katholischen Kreisen Hamburgs, über die dortige Entwicklung eine berechtigte starke Enttäuschung darüber, wie diese Senatsbildung dazu führt, daß die FDP praktisch heute einen Einfluß hat, der dem Stimmenverhältnis in gar keiner Weise entspricht. Wenn die CDU, die die Chance hatte, diesmal einen Schulsenator zu berufen, einen Mann beruft, von dem alle evangelischen Leute in Hamburg erklären, das einzige, was man von ihm sagen könne, sei, daß er zur Kirche keinerlei Beziehungen habe, dann scheint mir das keine Rechtfertigung zu sein, in Hamburg dazu aufzurufen, CDU zu wählen.⁶¹

Ich muß das einmal so deutlich aussprechen. Wir stehen schließlich mit unserem Namen in unserer Partei und führen unsere ganze Politik in einer festgelegten inneren Verantwortung, und wenn wir dem nicht gerecht werden, sondern der Eindruck entsteht, als ob wir das eigentlich auch andersherum machen können, und in dieser Richtung keine Linie halten, dann kann man nicht verlangen, daß die Wähler uns ernst nehmen. Herr Samsche, verhindern Sie, daß der von der CDU gestellte Bürgermeister am 2. Mai auf einer Turnerkundgebung vor dem Rathaus in Hamburg ausgerechnet am Sonntag morgen um 10 Uhr zur Zeit des Hauptgottesdienstes eine Ansprache an die Turner hält. Ich habe es auch abgelehnt, vor einer Ärztetagung zu sprechen um diese Zeit. Solche Dinge dürfen wir uns nicht leisten, wenn wir CDU sein wollen. (*Bravo-Rufe.*) Herr Johnen, ich habe alles Verständnis für Taktik und weiß durchaus, in welcher schwieriger Situation Sie sind. Man wird von evangelischer Seite in Nordrhein-Westfalen zu dem, was in den letzten Jahren geschehen ist, einiges sagen können, auch zur Personalpolitik, die manchmal – entschuldigen Sie, wenn ich so formuliere – für die Leute etwas am Rande unter dem Gesichtspunkt gestanden hat, wir teilten so ein bißchen auf: Wenn die CDU einen aufstellt, ist es ein Katholik, und die Evangelischen werden mit den SPD-Kandidaten abgefunden. Ich habe mir die Besetzung der Polizeipräsidentenposten verhältnismäßig genau angesehen. Da sind diese Dinge ein bißchen fraglich geworden. Auch mit der Personalpolitik in Münster bin ich trotz Ihrer Einwände nicht einverstanden, weil in Nordrhein-Westfalen so

60 Dr. Alois Hundhammer (1900–1974), 1932–1933 MdL Bayern (Zentrum), 1945 Mitgründer der CSU, 1946–1970 MdL (1946–1951 Fraktionsvorsitzender), 1946–1950 Kultusminister, 1951–1954 Landtagspräsident, 1957–1969 Minister für Ernährung und Landwirtschaft (vgl. Bernhard ZITTEL in ZEITGESCHICHTE 5 S. 253–265, 293). – Hundhammer hatte bei einer Vorwahlveranstaltung in Herzogenaurach seine Forderung nach Konfessionsschulen und konfessioneller Lehrerbildung erneuert („Bonner Rundschau“ vom 10. April 1954); in einer Erklärung bekräftigte er seine Übereinstimmung mit den Forderungen der katholischen Bischöfe (vgl. UiD vom 15. April 1954).

61 Schulsenator war seit dem 17. März 1954 der parteilose Dr. Hans Wenke (1903–1971).

manche Dinge unter kulturpolitischen Vorzeichen viel öfter geschehen als irgendwo anders.

Wir haben dort die erstaunliche Situation, daß der völlig im Niemöllerkurs liegende Präsident der evangelischen Kirche von Westfalen⁶² erklärt, ich bin mit der Kirchenleitung für die Bekenntnisschule, und daß der auf der Niemöllerlinie liegende Oberkirchenrat Beckmann⁶³ in Düsseldorf erklärt, unsere Erfahrungen mit dem Schulgesetz in Nordrhein-Westfalen sind ausgezeichnet, d.h. also, daß die Erfahrungen, die immer zum Konfliktstoff gemacht werden, dort eine entscheidende Rolle spielen. Darum hätte man vielleicht die Voraussetzungen dafür schaffen können, daß das etwas günstiger gelaufen wäre.

Wenn man es von draußen sieht, versteht man das Abkommen mit dem Zentrum nur so, daß hier nun in einseitiger Weise zumindest eine Verstärkung der Front geschehen sollte, die nicht gut ist. Mir läge sehr viel daran, daß wir – hier ist nicht der Ort – die Voraussetzungen dafür schafften, daß bei der Kandidatenaufstellung zur Wahl in Nordrhein-Westfalen – ich interessiere mich besonders für den Wahlkreis Duisburg-Mitte⁶⁴ – wirklich das, was Herr Süsterhenn vernünftig und nüchtern von der Parität gesagt hat, beachtet wird.

Die Lage ist peinlicherweise so – das ist nicht etwas, was ich von evangelischer Seite als Forderung aufstelle, sondern was ich nur als Schwächung darstellen kann –, daß die Stimmenzahl in Ostwestfalen, in Ravensberg, Minden und Lippe, für die CDU nicht ausreicht, um Kandidaten aufzubringen, so daß unsere Kandidaten mit einem gewissen Recht sagen, wenn ihr nicht genug Leute auf die Beine bringt, dann könnt ihr euch nicht beklagen, daß ihr nicht hinreichend zum Zuge kommt. Wir müssen einfach appellieren an die Gutwilligkeit und die politische Klugheit unserer Kandidaten in Nordrhein-Westfalen, daß sie bei der Aufstellung einen Ausgleich für die Bereitschaft und für die Zusammenarbeit in diesem Lande schaffen, der es den evangelischen Leuten, die natürlich auch mit den Ressentiments umhergehen, wie es überall üblich ist, möglich macht, mitzuziehen.

Meine Damen und Herren! Es liegt hier wirklich das Entscheidende unserer ganzen künftigen Politik. Wenn es diesem sachlich unbeschreiblich primitiven und flachen Ansturm von Liberalismus und Marxismus gelänge, uns auseinanderzutreiben in dieser Situation, dann würden – das hat der Herr Bundeskanzler hinreichend gesagt – katastrophale Folgen nicht nur auf innenpolitischem, sondern auch auf außenpolitischem Gebiete eintreten.

62 D. Ernst Wilm (1901-1989), 1948–1968 Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, 1957–1973 im Rat der EKD.

63 D. Dr. Joachim Beckmann (1901–1987), 1948 Oberkirchenrat, 1958–1971 Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland.

64 In Duisburg-Altstadt wurde Hubert Wagner (SPD) direkt gewählt mit 37,8 % der gültigen Stimmen; Bernhard Kaes (CDU) kam auf 32,0 %, die Zentrumsparlei erreichte 5,9 %.

Darum haben wir die Pflicht, alles zu tun. Ich appelliere an Sie, gemeinsam daran mitzuarbeiten, daß dieser Ansturm abgewiesen wird. Ich muß sagen, wenn wir nicht bereit wären, diesen Kampf durchzufechten, und wenn wir nicht vollständig klarzumachen verstünden, um was es bei der echten christlichen Verantwortung in der katholischen und in der evangelischen Ausprägung – durchaus in ihrer Besonderheit und Unterschiedlichkeit – geht, dann würde unsere ganze bisherige politische Linie falsch gewesen sein und hätte keine innere Rechtfertigung.

Es ist nicht so, daß wir nun von den Leuten im Stich gelassen würden. Ich habe mit großer Freude gehört, daß wir noch vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen auf einer Tagung der Evangelischen Akademie eine große Kundgebung über die Zusammenarbeit der Konfessionen haben und daß auch Sie, Herr Bundeskanzler, in Bad Boll auf einer gleichen Tagung der Evangelischen Akademie vor der Wahl sprechen werden.⁶⁵

Wir haben erlebt, daß der Bischof Halfmann⁶⁶ in Holstein, der uns einige Schwierigkeiten – verehrter Herr Lübke⁶⁷ – gemacht hat, dann doch durch eine kluge und vernünftige Haltung eine große Hilfe gebracht hat. Wenn man mit den Leuten spricht, kommt man weiter. Aber wir müssen es tun. Ich bitte Sie sehr dringend, daß Sie freundlichst jede Gelegenheit benutzen – das gilt nicht nur für den Westen und Süden, sondern auch für den Norden nebst Hamburg –, um mit den verantwortlichen Leuten der Kirche Fühlung zu nehmen; denn sie sind manchmal nicht so böswillig, wie sie äußerlich erscheinen. (*Beifall.*)

Albers: Herr Bundeskanzler! Sie waren bis zum Jahre 1949 Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen⁶⁸ und haben damals Herrn Middelhaue kennengelernt. Sie wissen, daß Herr Middelhaue schon damals den Kampf gegen das Elternrecht geführt hat. Solange der Herr Middelhaue da ist, wird er für die Gemeinschaftsschule kämpfen. (*Adenauer:* Herr Middelhaue hat mir ausdrücklich erklärt, das ist jetzt Gesetz, und wir achten das Gesetz.) Ich habe das Gefühl, daß Herr Middelhaue, wenn er mit ans Regieren kommt, durch ministerielle Verfügungen den letzten Sinn dieses neuen Schulgesetzes unterbinden kann. (*Adenauer:* Den machen sie doch nicht zum Kultusminister!) Er wird nicht Kultusminister, aber weil er dabei sein wird, wird er versuchen, seine alten Ideen zum Zuge zu bringen. Der Herr Middelhaue ist auf diesem Gebiet absolut unbelehrbar.

65 Thema der gemeinsamen Veranstaltung der Evangelischen Akademie Bad Boll und der Katholischen Akademie Hohenheim am 20./21. Juni 1954 war „Die Zusammenarbeit der Konfessionen im Staat“. Adenauers Besuch fand am 21. Juni statt (TERMINKALENDER); Rede in seinem Nachlaß nicht nachweisbar.

66 D. Wilhelm Halfmann (1896–1964), seit 1946 Bischof von Holstein und Vorsitzender der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche von Schleswig-Holstein.

67 Friedrich Wilhelm Lübke (1887–1954), 1951–1954 Ministerpräsident und Vorsitzender der CDU Schleswig-Holstein. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 51 Anm. 28.

68 Adenauer hatte sein Landtagsmandat bis zu den zweiten nordrhein-westfälischen Landtagswahlen vom 18. Juni 1950 behalten.

Ich kann nur sagen, daß gerade in Nordrhein-Westfalen – dafür hat die letzte Vorstandssitzung der Partei von Nordrhein den Beweis gegeben⁶⁹ – der absolute Wille zu einer echten Gemeinschaftsarbeit zwischen evangelischen und katholischen Parteifreunden vorhanden ist und daß aus diesem Willen heraus auch bei einer Kandidatenaufstellung die Konsequenzen gezogen werden.

Ich darf aber darauf aufmerksam machen, daß auch selbst in evangelischen Parteikreisen nicht unbedingt der Wille zu einer Zusammenarbeit im Wahlkampf mit der FDP vorhanden ist. Es waren gerade am Samstag evangelische Parteifreunde, die ganz klar und eindeutig zum Ausdruck brachten, daß sie es begrüßen, wenn die bisherigen Wahlabkommen im bergischen Wahlkreis Wuppertal-Remscheid-Solingen aufgegeben würden, weil sie glaubten, daß in klarer Sicht von der CDU der Wahlkampf geführt werden müsse. (*Adenauer*: Die gehen glatt verloren!) Ich darf nur darauf aufmerksam machen, daß dies die Meinung der Parteifreunde war. (*Adenauer*: Teilen Sie die Meinung?) Ich bin der Meinung, daß die FDP nicht allzuviel erhoffen kann; denn die Erfahrung hat es bei der letzten Bundestagswahl gezeigt. Sie hat bei der letzten Wahl in Nordrhein-Westfalen verloren und nicht gewonnen. (*Adenauer*: Es handelt sich darum, ob wir Aussicht haben, allein diesen Wahlkreis zu erobern. Ich sage Ihnen, sie werden ihn nicht erobern!) Darüber gibt es die verschiedensten Meinungen. Auch in Wuppertal bestehen verschiedene Auffassungen.

Herr Bundeskanzler, Sie sprachen von der Finanz- und Steuerreform. Auch die Sozialreform muß kommen. Ich muß sagen, daß bei der Zusammensetzung der Wählerschaft wir nicht allzuviel Zeit noch übrig haben, die Sozialreform zurückzustellen. Es handelt sich hierbei in der Hauptsache um die Renten. Wir müssen vor dieser Landtagswahl noch etwas aufweisen. Ich habe nur die eine Bitte, daß es gelingen möge, dieses Gesetz in seinen Grundzügen der Öffentlichkeit zu unterbreiten. (*Adenauer*: Ausgeschlossen, das dauert noch ein ganzes Jahr. Das macht das Kabinett nicht mit! – *Zuruf*: Herr Storch⁷⁰! – *Adenauer*: Der Herr Storch will die Rentenfrage allein lösen. Das machen wir nicht mit!) Wenn das die allgemeine Auffassung des Kabinetts ist, sehe ich gerade bei den Kreisen, auf die wir in der letzten Wahl angewiesen waren, insofern eine Gefahr, als die kleinen Rentner dann nicht für uns stimmen werden. Ich muß ernstlich darauf aufmerksam machen, daß gerade hier die breitesten Wählerschichten auf gute Überlegungen und Entscheidungen von der Bundesregierung und auch von der Fraktion her für die Landtagswahlen rechnen.

Bach: Die Situation in Nordrhein-Westfalen ist wirklich sehr schwierig. Ich glaube aber, daß Sie, Herr Bundeskanzler, der Parteileitung von Nordrhein-Westfalen nicht

69 Sitzung des Landesvorstands der CDU Rheinland am 24. April 1954 in Düsseldorf; Tagesordnung: Landeswahlgesetz, Landesparteiausschuß am 30. April, Kandidatenaufstellung, Wahl der stv. Mitglieder für die Landschaftsversammlung, Verschiedenes (HStA Düsseldorf RWV 26 Nr. 271 S. 304). Protokoll nicht zu ermitteln.

70 Anton Storch (1892–1975), 1949–1965 MdB (CDU), 1949–1957 Bundesminister für Arbeit. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 33 Anm. 59.

ganz gerecht geworden sind; denn die Situation ist nicht nur durch die CDU so schwierig geworden, sondern auch durch das Verhalten der FDP. Die FDP hat, bevor sie mit uns Verhandlungen geführt hat, versucht, uns zu überspielen. Sie will einfach an die Futterkrippe. Ich will es einmal so hart ausdrücken. (*Adenauer*: Das will jede Partei!) Es ist ihr dabei jedes Mittel recht. Sie hätte es einfacher gehabt, wenn sie, bevor sie mit der SPD und dem Zentrum verhandelt hat, mit uns verhandelt hätte. Dann wäre die Situation anders geworden. Da sie aber zuerst mit diesen Parteien verhandelt hat ... (*Adenauer*: Das ist noch gar nicht bewiesen!) Herr Bundeskanzler, nach dem, was ich mir von beiden Seiten habe sagen lassen – denn die FDP ist oft zu mir gekommen –, hat sich das so herausgestellt. Ich habe der FDP zum Vorwurf gemacht, daß sie zuerst mit den anderen verhandelt hat. Sie hat dann zugegeben, daß sie zuerst mit dieser Seite verhandelt hat. Dadurch ist für uns eine unglückliche Situation entstanden, weil das Wahlrecht die Übermandate auf der einen Seite hat, auf der anderen Seite aber die Gefahr in sich birgt, daß große Gebiete, vor allem Ostwestfalen, überhaupt nicht zum Zuge kommen. Die Wähler, die bisher CDU gewählt haben, sagen, wir brauchen nicht zur Wahlurne zu gehen, denn unsere Stimmen kommen doch nicht zur Geltung. Die FDP und die SPD können jedoch sagen, bei uns kommt jede Stimme zur Geltung.

Die Situation ist bei den Wahlen für den Provinziallandtag in Westfalen⁷¹ so gewesen: Wir haben versucht, nur mit der FDP zu verhandeln. Die FDP hat im letzten Augenblick einen anderen Kandidaten für den Landsmannschaftsdirektor herausgestellt, auch einen Katholiken, aber einen Mann, der vollständig indifferent war. Wenn die SPD nicht so klug gewesen wäre, hätte sie das gemacht. Es ist im Augenblick bei der FDP einfach eine Psychose. Es wäre gut, wenn Sie sich einschalten könnten, um das Schlimmste zu verhindern. Die Situation ist im Augenblick für Nordrhein-Westfalen sehr gefährlich.

Ich halte es für möglich, daß die FDP mit der SPD eine Regierung bilden wird, wenn sie bei der Wahl die Mehrheit bekommt. Das muß verhindert werden. Zur Entgiftung der Atmosphäre muß alles getan werden.

Fay: Ich möchte als Hesse Ihnen für die kommenden Landtagswahlen einiges erzählen. Als wir darangingen, die Wahlvorbereitungen zu treffen, sind wir von dem Gedanken ausgegangen, daß die FDP, aber auch die CDU, eine schwierige Partei ist. Wir sind davon ausgegangen, daß es unsere Aufgabe ist, der Bundesregierung eine Stütze zu geben. Wir können es nur, wenn wir zusammen mit der FDP gehen. Wir haben uns vorgenommen, das große Ziel vor Augen zu halten und die kleinen Dinge

⁷¹ Nach dem Gesetz vom 1. Oktober 1953 sah die Verteilung der Sitze in der ersten Landschaftsversammlung des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe wie folgt aus: SPD 39, CDU 35, FDP 12, Zentrum 6, BHE 4, KPD 4 (vgl. Die Abgeordneten des Westfalen-Parlaments 1826–1978. Zusammengestellt von Josef HÄMIG, hrsg. von Alfred BRUNS. Münster 1978, Nachtrag 1983 EBD. 1984). – Als Vorsitzender der Landschaftsversammlung (1954–1956) wurde am 29. März Ernst Bach von der Fraktionsgemeinschaft CDU/Zentrum gewählt (Ud vom 3. April 1954).

klein sein zu lassen. Wir glauben, daß wir dieses Ziel nur erreichen, wenn wir vorher über schwierige Punkte zu einer Absprache gekommen sind.

Ein schwieriger Punkt ist die Schulfrage. Sie haben vielleicht aus der Presse entnommen, daß wir zu einer Absprache gekommen sind, aber nicht zu einer Absprache zwischen den beiden Landesvorsitzenden allein, sondern zu einer solchen, die auf der Basis der beiderseitigen Landesvorstände beruht.⁷² Es ist mir klar, daß diese Absprache nicht die hundertprozentige Zustimmung meiner Parteifreunde der CDU findet, auch nicht all derer, die der CDU nahestehen, aber es wird unsere Aufgabe sein, diesen allmählich beizubringen, daß man auch die Schulfrage, wenn man sich auf beiden Seiten vernünftig benimmt, zu einer guten Lösung führen kann.

Wir haben in Hessen insofern eine „glückliche“ Lage, als die Frage der Schulreform in der Verfassung festgelegt ist. Wir haben die Form der Gemeinschaftsschulen, nicht eine christliche Gemeinschaftsschule, sondern eine Gemeinschaftsschule. Aus dieser verfassungsrechtlichen Tatsache ergibt sich die Möglichkeit eines gemeinsamen Kampfes dahingehend, daß wir unserer farblosen Gemeinschaftsschule einmal einen christlichen Gehalt geben. Wir haben bewußt mit der FDP die Frage der Lösung der Schulreform auf vier Jahre, nämlich für die Zeit der Legislaturperiode, zurückgestellt, uns aber beiderseits versprochen, daß wir christlichen Geist in die Schule einziehen lassen wollen. Es ist vielen Leuten zuwenig und vielen Leuten zuviel. Das ist gut so. Es kommt aber darauf an, daß man Vertrauen zueinander faßt und die Behauptung aufstellt, es geht, wenn man das große Ziel vor Augen hat.

Ich kenne Herrn Middelhaue nicht, ich weiß also nicht, ob es in Nordrhein-Westfalen möglich ist. Mit den Herren Euler⁷³, Hammer⁷⁴ und Kohl⁷⁵, deren Unterschriften habe ich, bin ich einig geworden. Die Frage der Schulpolitik ist ein Teil der künftigen Politik. Wir müssen aber auch über andere Fragen, wie Agrarpolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, ebenfalls zu Teilabkommen kommen und darüber hinaus zu einem Rahmenabkommen, in das diese Teilabkommen eingebettet werden. Es ist zwischen Herrn Euler und mir schriftlich festgelegt, was wir in dem Rahmenabkommen verankern. Dieses Rahmenabkommen hat im Grundsatz schon die Billigung meines Landesvorstandes gefunden. Es wird auch, so hoffe ich zuversichtlich, die Billigung der übrigen Parteigremien finden.

In diesem Rahmenabkommen steht ganz klar, daß beide Parteien gemeinsam in Hessen die Regierung bilden wollen, daß beide Parteien nur gemeinsam mit anderen

72 Grundzüge einer Wahlvereinbarung zwischen FDP und CDU in Hessen in UiD vom 7. April 1954.

73 August-Martin Euler (1908–1966), 1946–1956 Landesvorsitzender der FDP Hessen, 1949–1958 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 133 Anm. 6.

74 Dr. Richard Hammer (1897–1969), vor 1933 DDP, 1945 FDP, 1946 MdL Hessen, 1949–1957 MdB.

75 In der Vorlage: Guhl. – Heinrich Kohl (1912–1984), 1950–1970 MdL Hessen (FDP), 1953–1970 Landrat in Frankenberg, 1962–1967 Landesvorsitzender der FDP Hessen. 1970–1976 Staatssekretär im Innenministerium.

Parteien über eine Regierungsbildung Verhandlungen führen wollen und daß sich beide Parteien versprechen, daß sie alle die Punkte, über die bereits Einigung in den Teilabkommen erfolgt ist, im Wahlkampf nicht benutzen wollen, um sich gegenseitig Wähler abzufangen.

Darüber hinaus wollen wir zur Perfektionierung dieses Punktes in Frankfurt und Kassel zwei paritätisch zusammengesetzte Schiedsausschüsse einsetzen, die Fälle von Übergriffen, Verstößen usw. gegen diese Bestimmung sofort feststellen und Mittel ergreifen, um die Dinge abzustellen. Ich verspreche mir aus der Existenz mehr Erfolg als aus der Tätigkeit. Ich bin mir darüber klar, daß es wahrscheinlich zu einer Reihe von Verstößen kommen wird; aber darauf wird es nicht ankommen, sondern darauf, daß man beiderseits den guten Willen hat, die Dinge in Ordnung zu bringen.

Sie können sagen, es ist für Sie in Hessen viel einfacher, weil Sie in der Opposition stehen. Aber so einfach ist es für uns nicht; denn die Widerstände aus unseren eigenen Reihen sind sehr groß. Als wir über das Wahlgesetz sprachen, hatten wir sehr starke Widerstände aus Kreisen der Sozialausschüsse, aus Kreisen unserer katholischen Freunde, aber auch von einigen evangelischen Freunden. Wir glauben, daß wir diese Widerstände inzwischen überwunden haben.

Sie wissen, daß wir auf dem Wiesbadener Parteitag⁷⁶ sogar den Hessenblock beschlossen haben, damit das Wahlgesetz nicht abgeändert wird. Man kann einiges erreichen. Herr Bundeskanzler, Sie werden es mir bestätigen, vor vier, fünf Monaten wäre das in Hessen unmöglich gewesen. Es ist aber nun geschafft worden. Man soll also nicht vorzeitig die Flinte ins Korn werfen. Es geht, wenn man daran mit einem klaren Ziel arbeitet. Das klare Ziel lautet: Es muß die Bundespolitik von CDU und FDP auch in den Ländern gesichert werden. Es muß weiter vom kulturpolitischen Standpunkt aus jedes Mittel angewandt werden, um ein Zusammengehen von FDP und SPD zu verhindern.

Ich weiß, daß es in der FDP sehr viele liberalisierte Liberale [!] gibt, denen es wahrscheinlich sehr willkommen wäre, wenn sie in kultureller Hinsicht mit der SPD zusammengehen könnten. Wenn wir nicht klug handeln und unvorsichtig sind, dann werden wir erreichen, daß dieser liberale Flügel der FDP die Oberhand gewinnt und die vernünftigen Leute in der FDP unterdrückt werden. Darum besteht die ganz große Gefahr – jetzt komme ich auf das zurück, was der Herr Bundestagspräsident gesagt hat –, wenn wir in der Frage der Schule nicht sehr klug sind und uns nicht abstimmen, daß eine Reihe evangelischer, aber auch katholischer Freunde zur FDP abwandert. Dann kann uns das passieren, was wir nicht wollen, daß wir den Besitzstand vom 6. September verlieren. Das kann dann die Konsequenz sein mit dem Erfolg, daß der liberale Flügel der FDP sich bei der SPD findet.

Ich habe Ihnen das erzählt, um Ihnen zu zeigen, wie wir es in Hessen machen. Ich weiß nicht, ob es auf andere Länder anwendbar ist. Aber vielleicht kann man daraus eine kleine Lehre ziehen.

76 Am 3. April 1954. Vgl. UiD vom 7. April 1954.

*Gurk*⁷⁷: Zu der Frage von Nordrhein-Westfalen möchte ich vom Standpunkt eines Außenstehenden einige Worte sagen. Sie können sich denken, daß dieses Problem auch für uns von größter Bedeutung ist, nicht zuletzt wegen der Bundespolitik. Der Herr Fay hat ein Rezept vorgetragen, das sehr gut zu sein scheint und von dem wir hoffen, daß es eine Grundlage bietet. Ich möchte, ohne ein Rezept zu geben, darauf hinweisen, daß die Lage immerhin sehr schwer werden kann, wenn Nordrhein-Westfalen nicht rechtzeitig noch vor den Wahlen Sicherungen trifft.

Wir haben die Sache schon bei der Südweststaatbildung in Stuttgart erlebt. Wir hatten von Männern, die vom Standpunkt des Südweststaates aus als CDU-Leute ein großes Verdienst hatten, mit Sicherheit erwartet, daß sie an der Regierung beteiligt würden. Sie sind aber nicht beteiligt worden. Wir sahen uns einem Block gegenüber, bestehend aus SPD, DVP und BHE, der feste und unerschütterliche Verabredungen getroffen hatte.⁷⁸ Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Teile dieses Blocks nicht vor der direkten Unwahrheit in den Verhandlungen zurückgeschreckt sind, so daß man ihnen nicht mehr glauben konnte. Ich persönlich glaube ihnen auch heute nicht mehr das, was sie sagen und versprechen. Es könnte sein, daß Sie unter Umständen auch einem solchen Block gegenüberstehen.

Daß in Stuttgart die Regierungsbildung schließlich geändert wurde, ist nicht einmal in erster Linie ein Erfolg unserer Oppositionspolitik, sondern ganz einfach die Nachwirkung der Wahl vom 6. September.

Mein Wunsch ist es also, daß Sie sich rechtzeitig vorsehen und nicht überrumpeln lassen durch Absprachen, die man ohne weiteres treffen wird. Ich möchte Ihnen versichern, daß von katholischer Seite aus ganz gewiß jeder Wunsch besteht, mit den evangelischen Freunden gut zusammenzuarbeiten. Ich weise nur darauf hin, daß auf einer großen Katholikenversammlung, die ich kürzlich mitmachen konnte, der am meisten gefeierte Mann der evangelische Landesbischof Bender⁷⁹ war.

Süsterhenn: Ich habe bestimmt nicht Evangelische und Liberale identifiziert und auch nicht identifizieren wollen, sondern ich habe auf evangelische Stimmen und auf liberale Stimmen Bezug genommen. Im übrigen nehme ich Ihre Zensur, die Sie mir wegen meiner Rede in Hannover erteilt haben, zur Kenntnis. Ich könnte da zu einer Retourkutsche verleitet werden und den von Ihnen im „Oldenburger Kirchenblatt“ veröffentlichten Artikel zur Frage des Vatikanbotschafters hier auch zensieren.⁸⁰ Ich

77 Dr. Franz Gurk (1898–1984), 1951–1968 Landesvorsitzender der CDU Nordbaden. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 62 Anm. 24.

78 Nach der Wahl vom 9. März 1952 bildete Dr. Reinhold Maier vom 25. April 1952 bis zum 7. Oktober 1953 eine Koalitionsregierung von SPD, FDP/DVP und BHE. Vgl. Uwe Dietrich ADAM: Die CDU in der Verfassungsgebenden Landesversammlung und im Landtag. In: CDU IN BADEN-WÜRTTEMBERG S. 258f.; MAIER S. 371–394; MATZ S. 398–434.

79 D. Julius Bender (1893–1966), seit 1945 Bischof der Vereinigten Evangelisch-protestantischen Landeskirche Badens.

80 „Noch einmal die Botschaft beim Vatikan“ („Oldenburger Sonntagsblatt“ vom 15. Juni 1951).

will aber darauf verzichten. (*Ehlers*: Der ist schon zwei Jahre alt!) Ja, es gibt bei uns am Rhein ein Sprichwort: „Wer schrieb, der blieb!“

Noch eins zur Frage der naturrechtlichen Begründung des Elternrechts. Herr Ehlers, wie von unseren evangelischen Freunden das Elternrecht, das wir alle vertreten – das hat der Herr Bundeskanzler festgestellt –, im einzelnen begründet und motiviert werden kann, das ist ihre Sache. Da lassen wir ihnen als Katholiken volle Freiheit. Aber sie müssen auch dem katholischen Wähler der CDU die Freiheit lassen, das Elternrecht so zu begründen, wie es sich aus dem katholischen Denken und der katholischen Weltanschauung ergibt.

Also, wenn wir, wenn auch mit verschiedener Begründung, zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen, dann sollten wir uns glücklich schätzen; aber wir müssen jedem seine Begründung und auch seine Terminologie lassen, wenn er vor seinen katholischen Glaubensgenossen oder evangelischen Glaubensgenossen spricht. Da ist eine beiderseitige Rücksichtnahme notwendig.

Wir sollten also alle so liberal sein – nachdem unser Bundeskanzler zum großen Ehrenliberalen ernannt worden ist –, jeden nach seiner Fassung selig werden zu lassen.

Ehlers: Ich will nicht auf die Artikel in den Kirchenblättern eingehen. Ich bin völlig mit Ihnen einig, ich möchte in keiner Weise beeinträchtigen, daß Sie das Elternrecht aus dem Naturrecht begründen. Bloß müssen wir beide so reden, daß weder Sie unsere Begründung übernehmen müssen noch wir Ihre Begründung übernehmen müssen. Das ist gerade der Vorwurf, der uns Evangelischen gemacht wird, daß man sagt, ihr seid ja im Grunde genommen nichts anderes als die Schleppenträger der Katholiken, ihr redet das nach, was sie vom Naturrecht reden.

Ich muß offen sagen, daß unsere Theologen, wie Karl Barth⁸¹ usw., es noch nicht geschafft haben, eine anständige Begründung des Naturrechts zu geben. Das ist ein heilloser Wirrwarr, und kein Mensch kapiert es, ich auch nicht. Wir haben es also noch nicht geschafft. Wir müssen in der Formulierung so vorsichtig sein, daß keiner Seite etwas Falsches unterschoben werden kann, was sie nach ihrer Verantwortung nicht sagen kann. (*Süsterhenn*: Einverstanden!)

*Eplée*⁸²: Ich glaube, daß in diesem Zusammenhang ein kurzes Wort zum BHE gesagt werden muß. Die Gefahr, die der BHE mit sich bringt, sollte gerade in Nordrhein-Westfalen nicht unterschätzt werden. Die letzten Wahlen haben ihm wohl kaum 3 % im Lande Nordrhein-Westfalen gegeben; auf der Bundesebene hat er 5,6 % erreicht. Ich will kein Wort darüber verlieren, ob es nicht möglich gewesen wäre, ihn auf der Bundesebene auszuschalten.

81 Dr. Karl Barth (1886–1968), evangelischer Theologe, 1925 Professor in Münster, 1930 in Bonn, 1935 in Basel.

82 Hermann A. Eplée (1908–1973), 1947–1948 Mitglied des Zonenbeirats Hamburg, 1948–1949 des Wirtschaftsrats für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, 1954–1958 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Oder-Neiße, 1953 und 1958–1961 MdB.

Wie mir bekanntgeworden ist, hat der BHE in Nordrhein-Westfalen seine Fühler zur FDP ausgestreckt und ist auch zum Teil auf Gegenliebe gestoßen, gerade was die Gebiete von Ostwestfalen betrifft. Der BHE hat eine sehr gute Ausgangsposition gewonnen. Er stellt den Bundesminister für Vertriebene, den Herrn Oberländer, der inzwischen zum Landesvorsitzenden in Nordrhein-Westfalen gewählt worden ist. Der BHE macht am 8. und 9. Mai seinen Bundesparteitag in Nordrhein-Westfalen im Hinblick auf die Wahlen. Die neuesten Umfrageergebnisse, die man zu Gesicht bekommen hat, besagen, daß sich der Prozentsatz seiner Anhänger bereits bei 5 % bewegt. Das sollte uns sehr zu denken geben, zumal Herr Oberländer sehr gerne und sehr viel spricht und sich zum Exponenten der Heimatvertriebenen oder zu ihrem Befürworter hinstellen möchte. Auf der Bundesebene sind die Bundesminister sicherlich sehr brav, oder sie tun wenigstens so, Herr Bundeskanzler. Über das, was auf Landesebene vor sich geht, ist auch Ihnen in der letzten Zeit allerhand Material zugeleitet worden. Dort reden sie einen anderen Ton. Vergessen wir nicht, daß Nordrhein-Westfalen heute zum größten Vertriebenen- und Flüchtlingsland geworden ist. Insbesondere die Sowjetzonenflüchtlinge streben in dieses Land. Bisher war es nicht so. Gerade die Probleme der Sowjetzonenflüchtlinge sind bei dieser Wahl von großer Bedeutung. Die Sowjetzonenflüchtlinge müssen also bei dieser Wahl besonders angesprochen werden. Nordrhein-Westfalen darf als größtes und wichtigstes Land im Bundesgebiet nicht von einem BHE-Minister bearbeitet werden. Das ist sehr wichtig.

Wir müssen den Vertriebenen sagen: Wählt wieder die CDU. Die CDU hat die Grundlagen im ersten Bundestag für euch geschaffen; sie hat die Gesetze für euch gemacht. Sagen Sie es dem einfachen Mann, damit er nicht zur Antwort geben kann, unsere Belange werden nur von den BHE-Leuten wahrgenommen.

Die Vertriebenen sind darum besorgt, daß dieses größte und wichtigste deutsche Bundesland keinen BHE-Minister bekommt. Wir wollen hier alles tun, was in unseren Kräften steht. Ich darf als Sprecher des Landesverbandes Oder-Neiße und damit der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge in unserer CDU zum Ausdruck bringen, daß es uns ganz fernliegt, hier nun zahlenmäßig zu sagen, das und das wollen wir. Wir sind nüchtern in der Politik geworden, die wir seit 1946 dabei sind. Wir wissen, daß wir uns nicht in einer Traumwelt bewegen. Es wird schwer sein, in den Wahlkreisen, die eine Bedeutung haben, Vertriebene zum Zuge kommen zu lassen. Ich glaube aber, daß uns die Fühlungnahme, die wir mit den Landesvorsitzenden sowohl in Nordrhein wie in Westfalen haben, einige Hoffnungen gibt, daß zum Wohle der Sache alles darangesetzt wird, [daß] wirklich bekannte und treu bewährte CDU-Leute zum Zuge kommen werden, damit wir für unsere Heimatvertriebenen und Flüchtlinge die entsprechende Propaganda machen können.

Ich richte daher den Appell an die zuständigen Herren in Nordrhein-Westfalen, besonders an Sie, Herr Bundeskanzler, Ihren ganzen Einfluß auszuüben, damit die Dinge nicht schief laufen und wir nicht den BHE im Lande Nordrhein-Westfalen bekommen. Es ist etwas schmerzhaft gewesen, immer wieder feststellen zu müssen, daß es dauernd die anderen sind, die die Früchte unserer Arbeit genießen. Herr

Bundeskanzler, würden Sie es wirklich gerne sehen, wenn immer nur andere sich an den schönen Blumen in Ihrem Garten erfreuten?

Ich habe in den letzten Tagen mit Erschrecken festgestellt, wie eine Propaganda der SPD, aber auch der oft zitierten liberalen Kreise, böse Früchte trägt. Dies habe ich in Gesprächen mit Menschen aus Nordrhein-Westfalen erfahren, die bisher treu zur CDU gestanden haben und aus dem evangelischen Lager stammen. Diese sagen, die CDU ist ganz gut, sie hat auch sehr viel getan, aber wer die CDU wählt, der wählt den Katholizismus. Man greift sich an den Kopf! Aber da mir eine gleiche Antwort aus Kreisen der verschiedenen Landesteile gegeben worden ist, macht dieses Problem uns doch große Sorge.

Der Herr Staatssekretär Lenz hat seinerzeit einen Vortrag über die demoskopischen Untersuchungen gehalten, wobei er ausführte, die beste und nachhaltigste Propaganda sei die Ansprache von Mensch zu Mensch. Vor der letzten Bundestagswahl habe ich folgenden Weg mit großem Erfolg beschritten: In einem Ort, wo ich einen Handwerksmeister kannte, habe ich zwölf Kollegen einladen lassen und mit ihnen über die Dinge gesprochen, die sich vor und hinter den Kulissen des Staates abspielen. Ich habe ihnen dabei die Bedeutung und die Arbeit unserer CDU geschildert. Diese Leute sind dann die besten Propagandisten unseres Gedankengutes geworden. Sie haben sich in diesem kleinen Kreis besonders angesprochen gefühlt. Sie sind in ihre Betriebe gegangen und haben dort ihre Ansicht verbreitet. Ich möchte dies als Anregung geben. Es ist zwar ein langwieriger und schwieriger Weg, aber er bringt bestimmt Erfolg.

Adenauer: Es sind noch zu Wort gemeldet Herr Johnen und Herr Ministerpräsident Altmeier. Dann haben wir noch den Bericht des Herrn Strickrodt und das Korreferat von Herrn Schäffer entgegenzunehmen. Dann folgt eine Aussprache. Wir haben jetzt 20 Minuten nach 6 Uhr. Soll ich für 19.30 Uhr einen kalten Imbiß bestellen? Wir sind selten so beisammen gewesen wie heute und haben kaum so ausführlich über die innen- und außenpolitische Lage gesprochen. Ich bin dafür, daß wir uns in Ruhe aussprechen sollen. – Sie sind damit einverstanden.

Johnen: Ich will zum BHE-Problem sprechen. Herr Oberländer ist Vorsitzender des BHE in Nordrhein-Westfalen geworden, nachdem er Minister geworden war. Das hat einen bestimmten Sinn. Der BHE hofft, die 5 % zu überspringen, wobei er erwartet, das sogenannte Zünglein an der Waage in Nordrhein-Westfalen zu werden. Herr Eplée hat bereits darauf hingewiesen, daß Besprechungen zwischen der FDP und dem BHE gepflogen worden sind. Das ist richtig. Diese Besprechungen sind z.Z. auf Eis gelegt, allein deshalb, weil Herr Oberländer dauernd um eine Unterredung mit mir bittet. Er hat mich telefonisch aber noch nicht erreicht. Die Besprechung muß aber, wie er mir jetzt mitteilen ließ, vor dem 1. Mai erfolgen wegen des Parteitages am 7. oder 8. Mai; denn er muß noch eine Woche Zeit haben, um seine Besprechungen mit Herrn Middelhaue zu Ende zu führen.

Nun entsteht die Frage, wie soll die CDU in Nordrhein-Westfalen sich zu den Bitten des Herrn Oberländer verhalten? Nach dem, was ich weiß, wird Herr Oberländer folgenden Vorschlag machen, daß irgendwo in Nordrhein oder Westfalen

in bestimmten Wahlkreisen die CDU keinen Kandidaten aufstellt, sondern einen BHE-Kandidaten. Der BHE verpflichtet sich dann, in anderen Wahlbezirken (*Zuruf*: Wo er keine Wähler hat!) diesen zu empfehlen, CDU zu wählen. Wie verhält man sich? Für die CDU wäre das klar, wenn man auch bei der FDP darüber klar wäre. Das ist aber nicht der Fall.

Herr Bundestagspräsident Dr. Ehlers, wegen Ihrer Sorge um die evangelischen Kandidaten habe ich bereits vor Wochen mündlich, aber auch durch Rundschreiben unserer Kreisparteien gebeten, folgendes zu beachten:

- a) evangelische Kandidaten,
- b) Vertriebene und
- c) Frauen.

Wir werden eine Landesausschußsitzung noch einberufen. Es wird schwierig, die Vertriebenen unterzubringen. Sie haben es angedeutet, man muß Vertriebene aufstellen, aber man darf dadurch nicht den Wahlkreis gefährden. Hier liegt das Problem.

Adenauer: Herr Eplée hat gesagt, daß Nordrhein-Westfalen das Land sei mit den meisten Vertriebenen. Man darf die Gefahr, die dort heraufzieht, wahrhaftig nicht zu geringachten. Sie haben dann in Zukunft CDU, eventuell den BHE, Sie haben das Zentrum, die FDP und die SPD. Die CDU wird, das kann man, glaube ich, annehmen, die stärkste Fraktion sein. Sie laufen also Gefahr, daß sich die anderen zusammenschließen gegen den Stärksten.

Deshalb halte ich es für sehr viel klüger, wenn die stärkste Fraktion sich beizeiten sichert. Sie brauchen keine gemeinsamen Kandidaten aufzustellen, abgesehen von Elberfeld-Barmen, vielleicht auch noch Ravensberg, Minden usw. Dann haben Sie nachher nicht nötig, etwa dem BHE oder dem Zentrum einen wahnsinnig teuren Preis zu zahlen, um eine Mehrheit zu bekommen. Sie laufen dann auch nicht Gefahr, daß schließlich die ganze Kohorte gegen Sie ist.

Deswegen möchte ich Sie bitten, nachdem Sie das mit dem BHE gesagt haben, überprüfen Sie noch einmal die ganze Situation. Ich versichere Ihnen noch einmal, wenn ich von der Parteileitung – ich glaube, Herr von Brentano wird so denken wie ich – und von der Fraktion her irgendwie helfen kann, so bin ich sehr gerne dazu bereit.

Herrn Middelhaue kenne ich genau. Ich weiß, daß er etwas labil ist in dem, was er sagt, aber Herr Johnen, wenn er dem Herrn Arnold und Ihnen und mir sagt, und jedem getrennt sagt, wir sind bereit, Herrn Arnold zum Ministerpräsidenten zu wählen, denn Herr Arnold hat sich in der Zwischenzeit ein Ansehen bei uns erworben, dann haben Sie doch etwas Sicheres. Er hat nicht gesagt, ich, Middelhaue, sondern wir als FDP-Fraktion sind bereit. Obgleich noch gewisse Hindernisse von früher bestehen – Sie kennen die Vorgänge von damals –, darüber sehen wir hinweg.

Deswegen würde ich Sie bitten, auch nach dem, was Herr Fay gesagt hat und was die Meinung der meisten Herren hier im Saal ist, daß Sie die ganze Situation noch einmal überprüfen. Der Stärkste ist am mächtigsten allein, das ist ein böses Wort, ein

Wort, das uns in der Vergangenheit – ich meine jetzt Deutschland – außerordentlich viel Schaden zugefügt hat.

Können wir damit das Thema Nordrhein-Westfalen verlassen? Dann hat Herr Ministerpräsident Altmeier das Wort.

Altmeier: Der Herr Johnen hat gesagt, das Verhältnis zwischen Bund und Ländern ist schlecht. Ich bin mit Kollege Lübke hier. Lieber wäre es mir gewesen, wenn Herr Arnold und Herr Müller⁸³ noch hiergewesen wären. Man wird nachher bei der Frage der Steuerreform noch das eine oder andere zu sagen haben. Ich möchte aber gerade bei diesem Punkt abschließend auf eins hinweisen, was mir betont schlecht zu sein scheint.

Eben ist gesprochen worden von der Debatte über die Zivilehe, die sich in der Öffentlichkeit breitgemacht hat. Darf ich darauf hinweisen, daß diese Frage ausgelöst worden ist, Herr Bundeskanzler, durch das Personenstandsgesetz.⁸⁴ Dieses Personenstandsgesetz ist über Nacht auf den Tisch geflattert und hat in der Öffentlichkeit zu Auseinandersetzungen geführt, bei denen sich auch die Kirchen gemeldet haben. (*Adenauer:* Herr Altmeier, das stimmt nicht. Sie sind nicht genau im Bilde. Diese Gedanken sind ganz anders!) Ich spreche vom Standpunkt des Bundesrates. Da sind die Dinge auf den Tisch geflattert, ohne daß vorher eine Erörterung stattgefunden hat.

Nun zur Frage der Finanzgesetze. Auf der Tagesordnung steht, daß Herr Strickrodt ein Referat darüber hält. Da wir aber wissen, daß monatelang vorher ein von ihm geführter Parteiausschuß diese Frage behandelt hat⁸⁵, wäre es richtiger gewesen, wenn dieses Referat des Herrn Strickrodt vor fünf oder sechs Wochen gehalten worden wäre, ehe wir in die Bundesratsverhandlungen gegangen sind, wo z.B. das Finanzverfassungsgesetz auf der Tagesordnung stand.

Der Bundesrat soll zu dieser Frage in 14 Tagen eine abschließende Stellung beziehen, nachdem vorher diese Vorlage im Bundesfinanzministerium sicherlich ein halbes Jahr oder noch länger behandelt worden ist. Infolgedessen habe ich ganz generell die Bitte vorzutragen, daß unsere Minister, soweit sie der CDU angehören, bei solch wichtigen Fragen wie die des Finanzverfassungsgesetzes, wo es um föderalistische Grundsätze geht, so rechtzeitig unterrichtet werden, daß solche Dinge vermieden werden können, die unvermeidlich eintreten müssen, wenn wir innerhalb von 14 Tagen im Bundesrat dazu Stellung nehmen sollen. Hierbei sitzen dann die Finanzminister, die zum Teil der anderen Couleur angehören, dabei. In letzter Minute kommen dann solche Auseinandersetzungen, wie wir sie diesmal bei den Finanzdingen zu unserem schmerzlichen Bedauern erlebt haben. Es ist zweifellos nicht richtig, wenn in der

83 Dr. Gebhard Müller (geb. 1900), 1947–1958 MdL Württemberg-Hohenzollern bzw. Baden-Württemberg (CDU), 1947–1955 Vorsitzender der CDU Württemberg-Hohenzollern, 1953–1958 Ministerpräsident von Baden-Württemberg. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 12 Anm. 46.

84 Vgl. Anm. 12.

85 Strickrodt (vgl. Nr. 2 Anm. 38) war Vorsitzender des Unterausschusses Finanzen und Steuern, Geld und Kredit im Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik der CDU (Materialien in NL Strickrodt ACDP I-085-014).

Öffentlichkeit in diesen Fragen nur von finanzstarken Ländern auf der einen Seite und von finanzschwachen Ländern auf der anderen Seite gesprochen wird.

Die Frage der Steuerreform hat im Bundesrat eine fast hundertprozentige Zustimmung erfahren. In der Frage des Länderfinanzausgleichs war eine Meinung der finanzstarken gegen die finanzschwachen Länder festzustellen.

Zur Saar! Wir haben uns schon oft im Laufe der Jahre dankenswerterweise mit dem Herrn Bundeskanzler darüber unterhalten können. Ich darf feststellen, daß die Frage der Saar, soweit es sich um die Grundsätze handelt, eigentlich zum ersten Mal hier im Bundesparteivorstand zur Erörterung gestellt worden ist. Deshalb bin ich dafür sehr dankbar.

Sie werden Verständnis dafür haben, daß wir von Rheinland-Pfalz zu dieser Frage als die unmittelbar beteiligten Nachbarn eine besondere Einstellung haben. Daß wir sie real sehen, dürfen Sie glauben. Aber selbst auf die Gefahr hin, daß Herr Gerstenmaier noch einmal von nationalen Phrasen schreibt, mit denen man diese Frage nicht lösen könne, muß ich sagen, daß es auch eine Frage des Herzens ist und daß mit dieser Frage, je näher man den Leuten an der Saar beheimatet ist, doch allerletzte Gefühle angesprochen werden.

Zum Saargebiet gehören ja auch über 100 Gemeinden, die 1945 nicht zu ihm gehörten, sondern die durch ein klares Besatzungsdiktat im Jahre 1946/47 zu diesem heutigen Saargebiet oder Saarland – wie Hoffmann⁸⁶ es nennt – hinzugeschlagen worden sind. Alle diese Dinge, die nun heute zur Saarfrage geführt haben, die haben wir seit 1945 aus erster Hand immer wieder erlebt. Wir stehen auf dem Standpunkt, wenn es in den übrigen Gebieten, in dem linksrheinischen Gebiet, das damals französisch besetzt war, nur Hoffmänner gegeben hätte, dann würde die Frage heute in der deutschen Bundesrepublik nicht Saargebiet, sondern wahrscheinlich linkes Rheinufer lauten! Deshalb sind wir der Auffassung, daß wir eben nicht den – wie soll ich sagen – gottgegebenen heutigen Zustand hinnehmen sollen, als wenn er nur noch durch eine sogenannte vorläufige Europäisierung abgetan werden könnte.

Die Saarpolitik Frankreichs ist ja seit Jahrhunderten die gleiche geblieben, wenn sie auch einmal so und einmal so unter verschiedenen Gesichtspunkten behandelt worden ist. Nach dem Versailler Vertrag war es bekanntlich die These von den 150.000 Saarfranzosen, die Herr Clemenceau⁸⁷ aufgestellt hat, die damals dazu führen sollte, daß das Saargebiet zu Frankreich käme. Das ist aber gottlob danebengegangen.

Wenn Frankreich heute von einer sogenannten vorläufigen Europäisierung spricht, dann meint es eben in seiner Sicht damit nichts anderes als endlich und zuletzt die Abtrennung des Saargebietes von Deutschland unter anderen Gesichtspunkten. Wir

86 Johannes Hoffmann (1890–1967), 1947–1955 Ministerpräsident des Saarlandes. Vgl. PROTOKOLLE I S. 67 Anm. 35.

87 Georges Benjamin Clemenceau (1841–1929), französischer Politiker; seit 1876 Führer der Radikalsozialisten, 1906–1909 und 1917–1920 Ministerpräsident.

möchten sagen, daß wir in dieser Frage wirklich nicht stur denken, Herr Bundeskanzler, und daß wir auch der Auffassung sind, daß dieser derzeitige De-facto-Zustand an der Saar schlecht ist. Er ist entstanden aus einem Diktat.

Wir sind selbstverständlich immer bereit, dafür einzutreten, daß eine bessere Regelung Platz greift. Insofern gehen wir mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, absolut einig, daß die deutsche Politik Wege gehen muß, um den heutigen De-facto-Zustand an der Saar, der betont schlecht ist und der sicher zu den angedeuteten Enderfolgen führen würde, wenn er noch einige Jahre fortgesetzt wird, zu beenden.

Wenn wir in der Öffentlichkeit – ich habe das in der letzten Zeit mehrfach getan – zur Saarfrage Stellung genommen haben, dann haben wir uns nicht schlechthin gegen eine Saarregelung gewandt, sondern nur gegen jene Pläne, die in der Öffentlichkeit bekannt sind, die die Saarfrage so oder so regeln sollen.

Da ist zunächst der Van-Naters-Plan⁸⁸. Da sind die zwölf Punkte, die der Herr Bidault⁸⁹ aufgestellt hat, oder der Plan, den man als verbesserten Van-Naters-Plan betrachten kann, der in 30 Punkten Stellung nimmt zum Naters-Plan, nämlich dieser Bericht des Allgemeinen Ausschusses des Europarates⁹⁰. Diese Pläne sind in der Öffentlichkeit bekannt. Zu diesen Plänen heißt es Stellung zu nehmen. Diese Pläne sind schlecht; sie sind nach unserer Auffassung – ich darf das für die gesamte CDU von Rheinland-Pfalz sagen – unmöglich. Sie passen sicherlich, soweit es sich um die vorläufige Europäisierung handelt, in die Pläne des Herrn Hoffmann.

Die zwölf Punkte des Herrn Bidault sprechen zwar auch noch von einer vorläufigen Europäisierung, aber sie sagen an einer sehr wichtigen Stelle, ich glaube, im Punkt zwölf – das steht auch im Naters-Plan und auch in dem Bericht des Ausschusses des Europarates –, daß Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten sich verpflichten, was sie betrifft, in einem künftigen Friedensvertrag den endgültigen Charakter dieses Status, nämlich diese vorläufige Regelung, anzuerkennen. Das halten wir für unmöglich. Wir sind der Auffassung, daß unter solchen Aspekten eine vorläufige Europäisierung de facto und de jure nichts anderes bedeuten würde als die Abtretung des Saargebietes von Deutschland.

Deshalb ist es nach unserer Auffassung erforderlich, daß die CDU, die sich bisher wenig mit dieser Frage beschäftigt hat, einmal prüfen muß, ob sie diese

88 Dr. Marinus van der Goes van Naters (geb. 1900), niederländischer sozialdemokratischer Politiker; 1951 Vizepräsident der Beratenden Versammlung des Europarats, 1952 Mitglied der Gemeinsamen Versammlung der EGKS. N. war am 18. September 1952 zum Berichterstatter über die „Frage der künftigen Stellung der Saar“ gewählt worden. Zum sog. Van-Naters-Plan vgl. SCHMIDT 2 S. 512, 569–585.

89 Georges Bidault (1899–1983), französischer Politiker; 1953–1954 Außenminister. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 320 Anm. 52. – Die dreizehn Punkte (nicht zwölf) waren der deutschen Regierung am 9. März zugeleitet worden (vgl. AdG 1954 S. 4421; SCHMIDT 2 S. 517f.; SCHNEIDER S. 225f.).

90 Der Allgemeine Ausschuß der Beratenden Versammlung des Europarats hatte am 6. Februar 1954 den Van-Naters-Plan in einigen Punkten geändert (vgl. AdG 1954 S. 4420f.; SCHMIDT 2 S. 573f.).

vorläufige Europäisierung aus den von mir eingangs erwähnten Gründen vertreten kann. Das zweite ist die Frage, ob denn diese sogenannte vorläufige Europäisierung, die, wie der Herr Bundeskanzler sagt, nur im Zuge des endgültigen Status der EVG kommen kann, hierin das einzige Hindernis hat. Da bin ich der Auffassung, daß das nicht der Fall ist, sondern daß es in der Auseinandersetzung mit Frankreich wegen der EVG schließlich noch ganz andere Punkte gibt, die um das Saargebiet herumgehen. (*Adenauer*: Welche anderen Punkte?) Z.B. die Frage der Armee, die Frage der deutschen Soldaten. Das sind zweifellos Punkte, die in der französischen Öffentlichkeit mehr gegen die EVG angewendet und benutzt werden als die Frage der Saar. Es gibt eine außerordentlich große Zahl von Leuten in Frankreich – ich habe mit vielen gesprochen, Herr Bundeskanzler –, die wissen kaum, wo die Saar ist. (*Adenauer*: Sie haben recht, die einen sind absolut dagegen, weil sie keinen Deutschen wiederbewaffnen wollen, und die anderen sagen, wir können nur dafür stimmen, wenn die Saarfrage geregelt wird.) Ich habe die Frage gestellt, ist die Saar tatsächlich, wie wir das in der Öffentlichkeit hören, das Hindernis, um die EVG in Frankreich zustande zu bringen? Es ist auf die Alternative hingewiesen worden: Wenn wir mit Frankreich nicht zur Einigung kommen über die Saar, dann scheitert die EVG. Herr Bundeskanzler, das ist richtig. Deshalb müssen wir, wie Sie sagen, realpolitisch denken. Aber dieses Denken dürfen wir auch von der anderen Seite erwarten. Wenn die Franzosen gar kein anderes Hindernis mit Deutschland haben und die EVG soll nur an der Frage der Saar scheitern, dann haben diese es sehr unehrlich gemeint. (*Adenauer*: Lieber Herr Altmeier, dann sind wir doch zusammen im Wurstkessel, die Franzosen und wir. Was habe ich denn davon!) Das müssen die Franzosen auch sagen! (*Adenauer*: Aber was habe ich denn davon?) Herr Hallstein hat uns vor zwei Jahren schon in einem Gespräch diese sogenannte vorläufige Europäisierung als die einzige Möglichkeit dargestellt, um die Einigung mit Frankreich herbeizuführen. Es entsteht dann die weitere Frage, wer macht denn die Frage der Saar, so wie wir sie z.Z. sehen, von den politischen Parteien in Deutschland überhaupt mit? Wir hören doch von der FDP bei jeder Gelegenheit, daß sie es ablehnt. (*Adenauer*: Verzeihen Sie, der Herr Dehler hat mir gesagt, wenn die Sache so steht: Saar oder Europäisierung, dann bin ich für Europäisierung.) Wenn wir in die Presse schauen, stellen wir immer wieder fest, daß die Parteien das nicht vorhaben. Ich habe gestern eine Entschließung nach dieser Seite gelesen, die sehr deutlich war. Dasselbe trifft für die DP zu, gar nicht zu sprechen von der SPD. Ich habe dem Herrn Bundeskanzler unsere Stellungnahme der Landesregierung zu dem Van-Naters-Plan zugehen lassen.⁹¹ Das habe ich bewußt getan. Wenn wir keine Stellung bezogen hätten, dann hätte es die FDP allein gemacht.

91 „Stellungnahme der Landesregierung von Rheinland-Pfalz zu den Vorschlägen das europäische Statut des Saargebiets betreffend in der Fassung des Berichts der Kommission für Allgemeine Angelegenheiten (6. Sitzung vom 7. Februar 1954)“ – LHA Koblenz Best. 860 Nr. 1056 S. 135–167. – „Alternativvorschlag zur Saarfrage“ des Saarausschusses der FDP-Bundestagsfraktion vom 17. November 1953 in fdk vom 19. November 1953; vgl. auch SCHMIDT 2 S. 592f. sowie S. 781–784.

Ich bin im Besitz eines Entwurfs, der als ziemlich maßgebend gelten kann, wie z.B. heute schon die Wahlen in Nordrhein-Westfalen auch unter dem Gesichtspunkt der Saar vorbereitet werden sollen. Was ich vorlese, ist kein Märchen, sondern es steht in diesem Entwurf, der an den entscheidenden Stellen schwarz umrandert ist. Dieser Entwurf soll durch die SPD in die Wahl hineingestreut werden. Dort heißt es:

„Wer CDU wählt, verrät die Saar. Wer die Saar verrät, gibt Oder und Neiße preis. Verzicht auf Saar oder Oder-Neiße ist Separatismus und Verewigung der Teilung Deutschlands. Daher wählt keiner CDU!“

Also gerade unter dem Gesichtspunkt der bevorstehenden Wahlen muß auf die Saarfrage in den nächsten Monaten ausdrücklich hingewiesen werden. Es kann in diesem Augenblick nicht meine Aufgabe sein, zu den Einzelheiten der vorliegenden Pläne Stellung zu nehmen. Ich wollte nur die Frage einmal aufwerfen und der Auffassung Ausdruck verleihen, daß wir in dieser Frage doch auch als Partei die Verpflichtung haben, eine Stellung zu beziehen, die uns nicht sehr bitter bei den kommenden Wahlen aufstoßen könnte.

Wir möchten die Saarfrage sehr real sehen. Wir haben alles Verständnis für die Schwierigkeiten mannigfachster Art, die einer Regelung entgegenstehen. Aber wir meinen, noch so große Schwierigkeiten im Augenblick – die Zeit ist sehr schnelllebig, und heute sind viele Dinge anders zu sehen als vor zwei oder drei Jahren – können die CDU nicht von der Verpflichtung entbinden, gerade die Frage der Saar auch in der geschichtlichen Verantwortung zu sehen. Wir müssen uns fragen, was sagen unsere Leute in Deutschland in zwei, drei oder fünf Jahren.

Ich komme oft mit den Leuten zusammen. Man kann sich schlecht auf die Auffassung der Saarbevölkerung berufen. Es kommt ganz darauf an, wie der Betreffende spricht. Wir wissen, daß die wirtschaftlichen Bindungen und Verbindungen gerade für die breite Masse der Saarbevölkerung höchst bedrückend sind, auch insofern, als sie zum großen Teil als Hüttenarbeiter, als Kohlenbergleute in den unter der französischen Oberhoheit stehenden Hütten und Bergwerken tätig sind.

Wir von Rheinland-Pfalz sind der Auffassung, daß wir bei aller realen Betrachtung der Saarfrage auf der einen Seite aufgeschlossen sein sollten für jede gute Regelung, die eine Verbesserung der derzeitigen Situation bedeutet, daß wir aber auf der anderen Seite nicht so schnell eine Verpflichtung eingehen dürfen, die unserer Partei schon in absehbarer Zeit sehr schlecht gedankt würde, die uns zweifellos bei der Haltung aller anderen politischen Parteien im entscheidenden Moment die Vorwürfe einbringen würde, daß ausgerechnet wir von der CDU die Saar verraten hätten.

Wir haben die willkürliche Grenze. Unsere Bevölkerung ist durch Familien- und Blutsbande usw. miteinander verknüpft. Wir kennen diese Fragen etwas besser und möchten bei aller realen Betrachtung unsere warnende Stimme erheben und die dringende Bitte aussprechen, daß die CDU nur einer Saarregelung zustimmt, die auch die Zustimmung der anderen findet, damit wir nicht allein mit dem Odium belastet werden, hier versagt zu haben.

Adenauer: Herr Dr. von Brentano hat das Wort.

Von Brentano: Ich habe für das, was Herr Altmeier gesagt hat, volles Verständnis. Die Sorge, die aus seinen Worten klang, ist gerade aus der besonderen Situation des Landes Rheinland-Pfalz durchaus verständlich. Aber ich glaube, wir sollten uns zunächst nicht mit historischen Reminiszenzen beschäftigen. Es ist gesagt worden, die Saarpolitik Frankreichs sei die gleiche geblieben wie früher. Ich glaube, wir sitzen ein wenig im Glaskasten. Auch unsere Politik war immer die gleiche. Wenn wir Kriege gewonnen haben oder nur die Aussicht hatten, Kriege zu gewinnen, dann wollten wir auch annectieren.

Das war der sinnlose Zustand im europäischen Kontinent, daß wir in regelmäßigen Abständen im Herzen Europas diese Kriege geführt haben mit höchst wechselndem Erfolg. Es ist gar kein Zweifel – ich glaube, das kann man auch sagen im Namen vieler vernünftiger und anständiger Franzosen –, daß das, was Frankreich im Überschwang des vermeintlich errungenen Sieges nach dem Jahre 1945 im Saargebiet getan hat, sehr wenig glücklich war, daß das, von heute aus gesehen, sehr wenig europäische Gesinnung zeigte, daß das der beste Weg war, um durch einseitige Akte die Voraussetzungen für neue Spannungen zu schaffen.

Aber wir müssen eines sehen. Frankreich hat diese Fehler begangen und damit Fakten geschaffen. Hier steht nun, wenn ich mich so ausdrücken darf, der Anspruch gegen den Besitz. Die Besitzlage spricht für Frankreich, auch wenn sie verkehrt ist, der Rechtsanspruch steht bei uns. Aber wir sind uns darüber im klaren, daß es nur zwei Wege gibt, einen Rechtsanspruch zu verfolgen, einmal den der Verhandlung und zweitens den der Gewalt. Daß der zweite Weg für uns nicht in Frage kommt, das ist so selbstverständlich, daß ich darüber nicht zu sprechen brauche. Ich habe schon einmal im Scherz gesagt, wir könnten höchstens unseren Freund Schröder bitten, mit dem Grenzschutz ins Saargebiet einzumarschieren.

Wir sind darauf angewiesen, im Wege einer Verhandlung einen Zustand zu ändern, den wir für unerträglich halten. Wenn wir den Zustand ändern wollen, müssen wir uns aber klar sein, daß das nur gelingt, wenn wir uns mit den Gesprächspartnern in irgendeiner Weise auf einer mittleren Linie einigen. Mir liegt daran, aus zwei Gründen diesen Zustand zu ändern. Den einen Grund hat der Herr Bundeskanzler heute genannt. Es liegt mir erstens daran, daß es im Interesse der 800.000 (*Kaiser*: 960.000!) oder 900.000 Menschen an der Saar einfach notwendig ist, daß die dortigen Zustände geändert werden, die durch das sehr unselige Regime von Hoffmann eingeführt worden sind. Sie dürfen versichert sein, Herr Altmeier, daß niemand von uns daran denkt, etwa durch solche Verhandlungen nun Herrn Hoffmann eine nachträgliche Rechtfertigung zu verleihen oder seinen Besitzstand zu stärken. Im Interesse dieser Menschen müssen wir etwas tun; denn mit jedem Tag, mit dem diese Zustände anhalten, wird die Lage schwerer und wird sie auch schwerer zu ändern sein.

Zweitens liegt mir daran, diesen Zustand der Spannung zwischen Deutschland und Frankreich zu beseitigen, weil die gesamte Politik der europäischen Zusammenarbeit davon abhängt, ob es gelingt, zwischen Deutschland und Frankreich die Atmosphäre einer Verständigung, einer Freundschaft, einer Partnerschaft und eines Vertrauens zu

schaffen. Wenn das nicht gelingt, dann brauchen wir über die weitere europäische Politik nicht mehr zu reden; denn ohne diese Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland wird sie keine Stunde mehr fortgesetzt werden können.

Ich hatte vor einigen Tagen ein Gespräch mit englischen Politikern. Auch dort ist mit wünschenswerter Deutlichkeit gesagt worden, daß man erkennt – nicht im Zusammenhang mit dem Saarproblem –, daß die gesamte Europapolitik davon abhängt, ob es gelingt, das deutsch-französische Verhältnis so zu entspannen, daß eine dauerhafte, solide und unerschütterliche Freundschaft geschaffen wird. Es geht dabei nicht nur darum – da möchte ich dem widersprechen, was Sie sagten, Herr Altmeier –, die psychologischen Voraussetzungen für die Ratifizierung der EVG als Verteidigungsgemeinschaft zu schaffen. Die EVG ist nur eine Etappe, ein Teilstück zu einer europäischen Zusammenarbeit, und der militärische Gehalt dieser EVG scheint mir viel weniger wichtig zu sein als der politische Gehalt. Ich sehe in der EVG eine Fortsetzung des Weges, den wir mit der Montanunion beschritten haben und der hoffentlich mit einer Europäischen Politischen Gemeinschaft enden wird.

Wenn wir diese Entspannung zwischen Frankreich und Deutschland schaffen wollen, wenn wir über den Rechtsanspruch, den wir haben, mit dem reden, der den Besitzstand hat, dann müssen wir uns irgendwie in der Mitte treffen. Wenn wir den Standpunkt vertreten würden, für uns gibt es nur eine Lösung der Saarfrage: das Saargebiet muß zurück zu Deutschland, dann wären die Verhandlungen mit Frankreich sinnlos. Auf dieser Basis würden wir uns mit Frankreich niemals verständigen. Dann wäre, ich wiederhole es, die gesamte Führung unserer Politik bezüglich der europäischen Verständigung und Integration sinnlos geworden.

Vergessen Sie bitte nicht, daß wir, so meine ich wenigstens, diese Politik der europäischen Verständigung nicht um ihrer selbst willen führen, sondern letzten Endes darum, weil wir wissen, daß nur ein solches geeintes Europa mit einiger Aussicht auf Erfolg sich behaupten kann im Kampf gegen den expansiven Totalitarismus des Ostens; aber auch deswegen, weil wir wissen, wenn es uns nicht gelingt, in Europa wirklich dauerhafte friedliche Verhältnisse zu schaffen, daß dann auch das Interesse der Umwelt an uns verlorengeht.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika nicht bereit sein werden, Soldaten und Geld in Europa zu investieren, um Europa die Möglichkeit zu geben, seine Kleinkriege der letzten Jahrzehnte und Jahrhunderte mit Unterstützung des amerikanischen Steuerzahlers fortzusetzen.

Es ist eine Lebensfrage für uns, diese Verständigung herbeizuführen. Sie kostet Opfer. Das zu verschweigen wäre sinnlos. Das kostet Opfer für beide Seiten, für den, der etwas will, und für den, der etwas geben soll, gleichgültig, wie sich der andere den Besitz verschafft, den wir ihm bestreiten.

Sie sagen, der Naters-Plan sei unannehmbar. Ich gebe Ihnen offen zu, daß auch für mich dieser Naters-Plan in der ersten Form nicht als akzeptabel erschien. Ich bin aber nicht der Meinung, daß die Form, die dieser Plan als Grundsatzregelung angenommen hat – nachdem der Allgemeine Ausschuß des Europarates ihn diskutiert

hat – noch so ist, daß wir sagen müssen, als Verhandlungsgrundlage – mehr ist bisher nicht gesagt worden – sei dieser Plan inakzeptabel. Ich glaube sogar, daß hier der Beratende Ausschuß des Europarates und der Berichterstatter Goes van Naters sich wirklich große und verdienstvolle Mühe gegeben haben, um ein sehr heikles Problem anzupacken.

Ich glaube, daß die Stellungnahme Frankreichs gegenüber diesem Plan mindestens so ablehnend ist wie die, die Sie vorgetragen haben. Das scheint mir zu beweisen, daß die Bestimmung nicht das ist, was manchmal in sie hineininterpretiert wird, nämlich der Versuch, die derzeitigen Zustände an der Saar eben mit dem falschen Namen Europäisierung nachträglich und für immer zu legalisieren. Der Herr Bundeskanzler hat in der Fraktion neulich diese Forderungen aufgestellt, die er vorhin wiederholt hat. Ich glaube, daß sind die Ausgangspunkte, über die wir uns verständigen müßten.

Daß wir verschieden darüber denken mögen, ist klar. Der Ausgangspunkt ist der, daß wir zunächst sagen, das Wort Europäisierung darf nicht als camouflage benutzt werden; eine Europäisierung, die nicht mehr und nicht weniger bedeuten würde als die Aufrechterhaltung des Status quo, wäre für mich inakzeptabel. Ich habe das wiederholt mit Zustimmung der gesamten Fraktion gesagt, als ich auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers im Bundestag geantwortet habe.⁹² Deswegen betone auch ich, eine Lösung setzt voraus, daß wirklich eine echte europäische Gemeinschaft geschaffen wird, in der das Saargebiet als echtes europäisches Territorium der Verwaltung und der Kontrolle einer europäischen Gemeinschaft – auch der parlamentarischen Kontrolle – unterliegt, und zwar mit der Möglichkeit der absoluten Selbstverwaltung, weil ich insbesondere Wert darauf lege, daß in den Verträgen sehr deutlich zum Ausdruck kommt, daß die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und den Menschen an der Saar in keiner Weise unterbunden, sondern mehr gestützt werden als bei der heutigen Trennung.

Es muß zum Ausdruck kommen, daß die Menschen im Saargebiet dem deutschen Volks- und Kulturkreis angehören. Es gibt keine Franzosen an der Saar! Mittlerweile hat sich das in Frankreich herumgesprochen. Ich verlange selbstverständlich auch eine völlig freie Willensentscheidung der saarländischen Bevölkerung, wobei ich auch in der gestrigen Erklärung des Ministerpräsidenten Hoffmann⁹³ zwar einen bemerkenswerten Fortschritt sehe, der mich aber noch in keiner Weise befriedigt; denn ich verlange die Vorbereitung der politischen Betätigung nicht nur für eine Volksabstimmung, sondern auch für eine Parlamentswahl im saarländischen Raum.

Drittens verlange ich auch – wenn auch unter Schonung der wirtschaftlichen Zustände, wie sie nun einmal geschaffen sind –, daß die einseitigen französisch-saarländischen Konventionen abgebaut werden und daß das Saargebiet als ein echtes europäisches Territorium uns ebenso zugänglich ist wie den anderen auch.

⁹² Am 28. Oktober 1953 – Sten.Ber. 2.WP Bd.18 S. 33.

⁹³ Druck des Interviews mit Hoffmann in SVZ vom 27. April 1954, der sich darin für ein Referendum und für die Zulassung aller Parteien aussprach.

Herr Altmeier, auch darin stimme ich mit Ihnen überein, wir können keine Lösung vereinbaren, die eine endgültige wäre. Ich würde auch die Formulierung, wie sie einmal vorgesehen war, aber an der man in Frankreich schon lange nicht mehr festhält, für inakzeptabel halten, daß etwa andere sich in einem solchen Vertrag verpflichten, den vorläufigen Zustand als einen endgültigen zu erklären, daneben noch von der Bundesrepublik zu verlangen, von einer solchen Verpflichtung – wenn auch ohne eigene Verpflichtung – zustimmend Kenntnis zu nehmen. Eine solche Regelung würde ich auch ablehnen.

Wir haben Vorbilder, wie diese Frage beantwortet werden kann, in dem Briefwechsel zwischen Schuman⁹⁴ und Adenauer bei der Unterzeichnung des Montan-Vertrages. Wir haben ein Vorbild im Art. 7 Satz 3 des Deutschland-Vertrages in der Darstellung, die der französische Außenminister Bidault auf der Berliner Viererkonferenz gegeben hat, die wir uns ohne jede Einschränkung zu eigen machen können.⁹⁵ Diese Auslegung geht so weit, daß er deswegen in seinem eigenen Lande angegriffen worden ist.

Wenn sich diese Voraussetzungen erfüllen ließen, könnten wir eine solche Entscheidung wirklich vor der Gegenwart und vor der Zukunft, insbesondere auch vor der deutschen Öffentlichkeit, verantworten. Sie haben mit Recht gesagt, wir allein werden die Verantwortung dafür nicht übernehmen. Da stimme ich Ihnen restlos zu. Ich würde es auch nicht zulassen, daß wir etwa eine solche Entscheidung allein treffen, um dann allein den nationalistischen Vorwürfen ausgesetzt zu sein. Ich bin aber der Meinung – und da unterscheide ich mich von Ihnen –, daß wir mit einer solchen Lösung, wenn wir sie rechtzeitig treffen können, eher die Wahlen gewinnen als verlieren würden. Ich hätte vor einem solchen Plakat, wie Sie es angeführt haben, keine Sorge. Ich bin davon überzeugt, wenn wir über diese Dinge nüchtern mit dem deutschen Volk sprechen und sagen, was möglich und was unmöglich ist und was von uns verlangt wird um der EVG und um unserer eigenen Zukunft willen, daß es dann dafür Verständnis haben wird.

Sie sagen, wir sind für die Menschen im Saargebiet die Verantwortung schuldig. Das gebe ich zu. Aber wir sind unserem ganzen deutschen Volk Verantwortung schuldig. Und niemand von uns könnte die Verantwortung dafür tragen, daß in unserem hartnäckigen Widerstand gegen eine akzeptable Lösung die europäische Politik scheitern würde mit allen Konsequenzen; denn was nützt es uns, wenn wir den Rechtsanspruch aufrechterhielten, und die europäische Lösung Deutschlands, Frankreichs und des Saargebietes würde vom Kreml verwirklicht! Dann ist es zu spät,

94 Robert Schuman (1886–1963), französischer Politiker; 1948–1952 Außenminister. Der Vertrag über die Gründung der EGKS wurde am 18. April 1951 unterzeichnet (vgl. PROTOKOLLE 1 S. 34 Anm. 63, S. 35 Anm. 69); Briefwechsel Schuman-Adenauer in ADENAUER: Erinnerungen 1 S. 429f.

95 Bidault hatte am 10. Februar 1954 u.a. erklärt, der sowjetische Deutschlandplan konsolidiere die deutsche Teilung für die Dauer von 50 Jahren, ein Truppenabzug erhöhe die Kriegsgefahr, die Einheit Europas sei nur schrittweise zu erreichen, die EVG sei ein Element der Sicherheit usf. (vgl. AdG 1954 S. 4374f.). – Text des Art. 7 Satz 3 vgl. Nr. 5 Anm. 43.

um darüber nachzudenken, daß wir vielleicht eine geschichtliche Stunde versäumt haben.

Sie sagen mit Recht, wer sagt uns denn, ob das die letzte Bedingung ist, die Frankreich stellt. Niemand kann uns das sagen. Ich gebe zu, daß die französische Haltung gegenüber den Verträgen von Bonn und Paris⁹⁶ mich mit zunehmendem Maße mit Sorge erfüllt. Schon die Tatsache, daß man dort die beiden von Frankreich gewünschten und in großzügiger Weise von England und Amerika abgegebenen Erklärungen zum EVG-Vertrag doch in einer Weise behandelt hat, daß die beiden, die die Erklärung abgegeben haben, darüber mit Recht sehr verstimmt sind, zeigt, daß es zumindest weite Kreise in Frankreich gibt, die unter allen Umständen entschlossen sind, gegen diese Verträge überhaupt Widerstand zu leisten. Die Nationalisten der rechten Seite und die Kommunisten der linken Seite in Frankreich sind eine sehr widernatürliche Ehe eingegangen. Ich kann nur wiederholen, ich habe mich an die schlechtesten Zeiten der deutschen Vergangenheit zurückerinnert, als ich im französischen Parlament erlebte, wie Sprecher der kommunistischen Linken und der extremen Rechten sich gegenseitig ihr Wohlwollen versicherten und dabei erklärten haben, daß sie für die Gloriette der französischen Republik die einzigen seien im Kampf gegen die EVG. Das sind sehr starke Kräfte. Sie sind unterstützt worden von Juin⁹⁷, von dem bisherigen Präsidenten Auriol⁹⁸, dem bisherigen Kammerpräsidenten Herriot⁹⁹ und dem früheren Ministerpräsidenten Daladier¹⁰⁰. Noch andere Männer haben das unterstützt.

Ich habe keinen Zweifel, daß es trotz der Widerstände aus realen Gesichtspunkten in Frankreich gelingen muß, mit einer Mehrheit diese Verträge durchzubringen; denn es gibt auch für Frankreich keine andere Lösung. Wir sollten uns davor hüten, auch nur den Vorwand zu geben für eine Ablehnung Frankreichs dieser Verträge. Denn die Folgen dieser Ablehnung sind nicht etwa die, daß unser Einfluß im Saargebiet

96 Am 26. Mai 1952 wurden der Generalvertrag/Deutschlandvertrag und die Zusatzverträge in Bonn unterzeichnet, am 27. Mai der Vertrag über die EVG in Paris (dazu SCHWARZ 1 S. 144–166; vgl. Nr. 2 Anm. 81).

97 Alphonse Juin (1888–1967), französischer Marschall (seit 1952); 1951 Generalinspekteur der französischen Streitkräfte und Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte, 1953–1956 der Gesamtstreitkräfte der NATO in Europa-Mitte.

98 Vincent Auriol (1884–1966), französischer sozialistischer Politiker; seit 1914 Abgeordneter der Assemblée Nationale, 1936 Finanzminister, 1937 Justizminister, 1944 Präsident der Verfassungsgebenden Nationalversammlung, 1945 stv. Ministerpräsident, 1947–1954 Präsident der Republik. Vgl. ADENAUER: Teegespräche 1950–1954 S. 700 Anm. 16.

99 Edouard Herriot (1872–1957), französischer Politiker; 1919–1940 und 1945–1954 Abgeordneter der Assemblée Nationale (1919–1924 Führer des „Nationalen Blocks“), 1924–1925 Ministerpräsident, 1936–1940 Präsident der Deputiertenkammer, 1947–1954 Präsident der Nationalversammlung.

100 Edouard Daladier (1884–1970), französischer sozialistischer Politiker; 1919–1958 Abgeordneter, seit 1924 mehrfach Minister, 1933, 1934 und 1938–1940 Ministerpräsident.

größer wird und daß die Rechte der deutschen Bevölkerung an der Saar wiederhergestellt werden, sondern die, daß im bisherigen Status quo im Verhältnis zwischen Deutschland und dem Saargebiet sich nicht das geringste ändern wird und daß dann endgültige Fakten geschaffen werden, die wir jetzt noch verhindern können.

Die Folgen werden sein, daß unsere gesamte europäische Politik dann gescheitert ist mit allen Konsequenzen. Ich betone, wir sollten daran gerade heute denken, wo wir zusammen sind zwischen der Berliner Konferenz mit dem enttäuschenden Ergebnis und der Genfer Konferenz, deren Ergebnis wir noch nicht kennen, aber deren Verlauf wir mit großer Sorge verfolgen müssen. Ich halte es nicht für undenkbar, daß in Genf den Russen das gelingt, was ihnen in Berlin nicht gelungen ist, die drei westlichen Alliierten in einer Frage zu spalten. Zwischen diesen beiden Konferenzen sollten wir uns des Ernstes der außenpolitischen Situation bewußt sein. Ich sehe sie so ernst wie noch niemals in den vergangenen Jahren. Deswegen bin ich sehr froh, daß wir dieses Gespräch führen können; denn wir müssen am Donnerstag im Bundestag darüber diskutieren.¹⁰¹ Wir können es aber nicht, wenn die Partei nicht dazu Stellung genommen hat.

Wir sollten uns heute darüber klarwerden, daß wir in der Verhandlung mit Frankreich – ich sage jetzt vielleicht ein etwas anstößiges Wort – bis an die Grenze des Möglichen gehen müssen, wie ich sie aufgezeigt habe, um auch vor uns selbst und vor der Öffentlichkeit der Welt vor dem Vorwurf geschützt zu sein, daß an unserem Verhalten vielleicht die Politik Europas gescheitert sei mit all den Konsequenzen, die ich andeutungsweise aufgezeigt habe. Das ist die Art, wie wir die Frage behandeln sollen. Sie verlangt von uns ein Opfer, sie verlangt von uns, daß wir uns mit dem Gedanken vertraut machen, daß das Saargebiet einen echten europäischen Status erhält; ich betone: echt!

Aber das Opfer ist sehr gering, wenn wir uns vorstellen, daß wir mit diesem Opfer erreichen können, daß später außer dem Saargebiet auch die übrigen Mitgliedsstaaten dieser europäischen Gemeinschaft einen europäischen Status erhalten. Wenn wir dahin kommen, werden wir uns sogar etwas zweifelnd vielleicht die Frage vorlegen, ob wir der echten Europäisierung der Saar so viel Hindernisse bereitet haben, ob wir nicht besser daran getan hätten, sie noch rascher vorwärtszutreiben, um so die gesamte Europäisierung zu fördern.

Adenauer: Graf Coudenhove-Kalergi¹⁰² hat vor Jahren einen Vorschlag gemacht, man solle im Elsaß ein europäisches Territorium schaffen, das Sitz aller zentralen europäischen Einrichtungen sein soll. Wenn nun jetzt die Saar, Herr Altmeier, in

101 In der Sitzung vom 29. April 1954 wurde eine Große Anfrage der Fraktionen von CDU/CSU, FDP, GB/BHE, DP betr. Entwicklung der außenpolitischen Lage (BT-Drs. 488) sowie eine Große Anfrage und ein Antrag der SPD zur EGKS beraten (Sten.Ber. 2.WP Bd.19 S. 1057–1062, 1062–1140).

102 Pierre Baron de Coudenhove-Kalergi (1894–1972), 1923 Gründer der Paneuropa-Bewegung, 1947 Generalsekretär der Europäischen Parlamentarier-Union.

demselben Besatzungszustand wie Rheinland-Pfalz wäre und zu Ihnen gehörte, und es käme der Vorschlag: Deutschland, bist du bereit, dieses Territorium als europäisches Territorium für die supranationalen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen? – wenn die Leute, die dort wohnen, sagen, ja, das ist unser Wunsch, was würden Sie in einem solchen Falle tun? Wollen Sie einmal bitte antworten? (*Altmeier*: Das kann ich in diesem Augenblick nicht beantworten! – *Kaiser*: Das ist eine Frage, die sich nicht verwirklichen läßt!) Wir wollen doch gerade mehreres schaffen, Herr Altmeier. Wir wollen zunächst die EVG und die Europäische Politische Gemeinschaft. Sie haben gesagt – ich drücke mich kurz aus –, die Saar hängt gar nicht damit zusammen. An sich haben Sie recht, sie hängt gar nicht damit zusammen. Wir haben schon zwei Jahre lang über die EVG verhandelt, ohne daß überhaupt von der Saar die Rede war.

Nun kommt auf einmal – Sie wissen, wie es im politischen Leben ist – eine Verbindung mehr psychologischen Ursprungs. Sie ist nun da. Das ist eine Tatsache. Ich will es nicht so weit ausführen, ich könnte noch sagen, wie es wahrscheinlich gekommen ist, aus einem Gefühl der Unterlegenheit, daß man sagt, alles sollen wir hergeben, die Saar, die Armee usw. Wir sollen alles hergeben, wir sind ein geschlagenes Volk. Nun, sei dem, wie ihm wolle, auch die Freunde der EVG versichern, in Frankreich sei, ohne daß die Saarfrage geregelt wird, eine Mehrheit in der französischen Nationalversammlung nicht zu erreichen. Bitte nehmen Sie das hin, das ist eine Tatsache.

Nun die Frage für uns. Herr von Brentano hat gesagt, diese haben den Besitz, wir haben das Recht. Recht kann man nur durchsetzen mit Waffengewalt oder durch einen höheren Gerichtshof, der nun Gewalt hat und etwas erzwingen kann. Sehen Sie denn, Herr Altmeier, irgendeine Möglichkeit, daß wir die Saar aus dem jetzigen Zustand erlösen anders als auf diesem Weg? Ich sehe sie nicht. Sie müssen sich die Frage so stellen: Sollen wir einfach auf dem Rechtsstandpunkt bleiben, die Saar kann weiter in ihrem Fett schmoren, aber wir haben unser Recht? Schließlich geht Europa darüber zugrunde. Ich kann die Sache nicht anders sehen.

Der Hinweis auf die Folgerungen für den Osten ist vom BHE – ich glaube von Herrn Kraft oder von Herrn Oberländer – sehr geschickt gemacht worden. Die Herren haben gesagt, wenn man jetzt an der Saar eine Volksabstimmung macht, dann haben wir damit ein Beispiel dafür, daß wir auch in Zukunft im Osten etwas Ähnliches verlangen können. Die Herren sagen weiter, wenn z.B. für das Sudetenland oder für Oberschlesien etwas Derartiges im Laufe der Entwicklung herauskäme, dann wären wir froh, wenn diese Gebiete europäisiert würden.

Wie denken Sie sich dann überhaupt, meine Herren – ich möchte diese Frage nicht nur an Herrn Altmeier richten, sondern an Sie alle –, diese Angelegenheit? Das können wir niemals mit Waffengewalt fertigkriegen, auch niemals dadurch, daß wir sagen, wir haben das Recht. Das können wir doch nicht. Wir können es nur fertigbekommen im Wege der Verhandlung und im Wege des gegenseitigen Nachgebens. Dort haben die Polen ein Gebiet, und da haben es die Russen, und hinter den Polen stehen die Russen.

Herr Altmeier, ich bitte Sie, legen Sie sich diese Frage vor. Sollen wir einfach sagen: Aber wir haben das Recht! – und dann bleiben die Leute unter fremder Herrschaft. Sie haben eben selbst gesagt: Dann haben die Franzosen das ganze Saargebiet richtig einkassiert. Seien wir uns darüber klar. Die meisten von Ihnen wissen nicht, wie es an der Saar aussieht, daß es dort nur französische Banken, nur französische Versicherungsgesellschaften usw. gibt, daß alles französisiert ist, so daß die Leute dort wirtschaftlich vollkommen von Frankreich abhängig sind. Und: Wes Brot ich ess', des Lied ich sing! Die nächste Generation, die fühlt sich schon französisch. Das müssen wir alle verantworten, wenn wir nicht diesen Weg gehen.

Wie wird sich die Situation weiter zeigen, und wie werden sich die Dinge abspielen? Über den Goes-van-Naters-Plan ist heute im Ausschuß in Paris um halb 4 Uhr abgestimmt worden, und zwar, wie ich annehme, mit einer überwältigenden Mehrheit gebilligt worden.[!] Ende Mai wird die Beratende Versammlung des Europarates zusammentreten. Dort wird mit überwältigender Mehrheit dem Naters-Plan zugestimmt werden.¹⁰³ Die anderen Nationen werden dem zustimmen. Und wir, was sollen wir dann tun? Sollen wir dann sagen: Nein, wir tun es nicht?

Ich bitte Sie weiter, meine Herren, betrachten Sie doch mal den Sinn der ganzen Europapolitik. Machen Sie sich einmal klar, daß das Wesen des Nationalstaates, das wir im vorigen Jahrhundert erlebt haben und das durch die französische Revolution geprägt worden ist, nun endlich einmal verschwinden muß. Dadurch ist doch das ganze Unheil in die Welt gekommen! Unsere Arbeit und die Arbeit unserer Nachfahren soll darauf gerichtet sein, daß die wechselnden Grenzen in einem Zeitalter wie dem jetzigen verschwinden, in einer Zeit, wo man mit dem Flugzeug über die ganzen Länder im Nu hinwegkommt. Das ist doch alles sinnlos, wo die wirtschaftlichen und die politischen Beziehungen so verknüpft sind und wo dieses Europa, wenn es in dem jetzigen Zustand bleibt, niemals in der Welt wieder mitzusprechen haben wird.

Was ist denn Frankreich? Es ist nicht mehr in der Lage, sich allein zu verteidigen. Wir sind es erst recht nicht. Die kleinen Länder auch nicht, Großbritannien auch nicht mehr. Wenn ich mich überhaupt nicht mehr verteidigen kann gegenüber einem Feind, der da vor den Türen steht, wo ist denn da die Souveränität? Was heißt denn Staat und Volk? Tatsächlich leben wir – nackt heraus gesagt – in unserer Freiheit nur deswegen, weil die Amerikaner ein paar tausend Atombomben haben, und die Russen haben weniger! Das ist unsere ganze Souveränität.

Wenn ich die Worte höre wie „national“ und „Nationalstaat“ und alle diese Sachen, so kommt mir das vor wie ein Anachronismus. Sehen Sie bitte in die Zukunft! Seien Sie auch realistisch! Wenn wir nicht mittun, erreichen wir für die Saar nicht so viel, im Gegenteil – da stimme ich Herrn von Brentano restlos zu –, dann wird die Saar

103 Text des Van-Naters-Plans, der am 26. April in Paris von der Allgemeinen Kommission der Konsultativversammlung als Empfehlung angenommen wurde, in AdG 1954 S. 4506f. Der hier skizzierte Zeitplan konnte nicht eingehalten werden, die Saardebatte wurde am 26. Mai vertagt (AdG 1954 S. 4569).

wirtschaftlich und personell und in jeder Beziehung vollkommen von Deutschland abgeschnitten. Und was dann aus der ganzen Europapolitik wird, das weiß ich wirklich nicht. Ich sage Ihnen meine innerste Überzeugung, das weiß ich nicht. Es ist nun einmal so im privaten und im öffentlichen Leben, die Dinge ohne eine rechtliche Fundierung spitzen sich um etwas zu. Das ist in Frankreich, das ist in Amerika, das ist in England. Wenn es einem gewissen Teil der Franzosen gelänge – so will ich mich ausdrücken –, die Europäisierung dadurch kaputtzumachen, daß sie uns in der Saarfrage den sogenannten Schwarzen Peter zuspiesen, dann sollen Sie mal sehen, wie Deutschland abgeschrieben werden wird. Deswegen müssen wir unter allen Umständen dafür sorgen, wenn die Europäisierung scheitert, daß die Schuld nicht bei uns liegt.

Wenn sie aber bei uns liegt, dann sind wir erledigt. Glauben Sie es mir, ich habe doch mit Dulles und Eden und mit der ganzen Gesellschaft verhandelt. Es ist noch nicht vergessen, was der Deutsche getan hat draußen. Es ist noch nicht vergessen, daß der Nationalsozialismus ein deutsches Produkt ist. Und es ist noch nicht vergessen, daß durch diesen Nationalismus diese katastrophale Entwicklung in der ganzen Welt herbeigeführt worden ist. Das ist nicht vergessen!

Wir müssen wissen, daß das nicht vergessen ist, gerade von dem Standpunkt aus, den Sie vertreten haben, Herr Altmeier. Sie haben gesagt, die Familienbeziehungen gehen hin und her. Die sollen ja mehr gepflegt werden. Das wollen wir ja gerade. Wir wollen die Saar dem deutschen Kulturkreis erhalten. Wir wollen die Leute so frei machen wie nur möglich. Wir wollen sie politisch frei machen. Man kann nicht von ihnen verlangen, daß sie diesen ausführlichen Goes-van-Naters-Plan kennen.

Lassen Sie mich Ihnen sagen, was drinsteht. Da steht drin, daß die Saar ein Selbstverwaltungsgebilde wird, daß sie ihre Angelegenheiten selbst verwaltet. Aufgrund vollkommen freier Wahlen soll es sich selbst verwalten. Es wird ein europäischer Kommissar eingesetzt, der dafür sorgt, daß sie frei sind und daß die Gebote der Menschlichkeit geachtet werden, der die Interessen der Saar im Ausland vertritt, z.B. EVG, Montanunion und was noch kommen wird. Die Kontrolle über diesen europäischen Kommissar soll entweder der Ministerrat, die Montanunion oder später die Europäische Politische Versammlung bekommen.

Das ist gegenüber dem jetzigen Zustand an der Saar ein ungeheurer Fortschritt. Die Leute an der Saar sollen vollkommen frei darüber abstimmen, ob sie das wollen oder ob sie es nicht wollen. Wenn sie es wollen, dann sollen sie es haben. Das ist in großen Zügen der Naters-Plan, der also gegenüber dem jetzigen Zustand an der Saar einen großen, ja – ich wiederhole – einen ungeheuren Fortschritt darstellt.

Herr Eplée hat davon gesprochen, daran zu denken, was wir bei den künftigen Verhandlungen – wir werden über den Osten verhandeln – aufweisen können. Denken Sie daran, was es heißt, wenn wir ein derartiges Beispiel zeigen können, um gerade die Gebiete im Osten von ihrem Joch zu erlösen. Sehen Sie in der ganzen Sache die Zukunft, und werfen Sie hinter sich die Vergangenheit! Die Vergangenheit muß überholt sein! Wir müssen dieses Europa schaffen, wenn wir das deutsche Volk

wirklich bewahren wollen. Herr von Brentano hat vollkommen recht in dem, was er ausgeführt hat. Was hilft es uns, wenn das Ende vom Lied ist, daß Deutschland, die Saar und Frankreich unter russischer Herrschaft stehen. Was haben wir dann? Unser Recht. Unser Recht, für das uns kein Mensch einen Groschen gibt.

Äußern Sie sich einmal zu der ganzen Frage. Es ist eine ungeheure Verantwortung. Ich bin bereit, diese Verantwortung zu übernehmen, nicht aus politischen Gründen, sondern aus menschlicher und moralischer Überzeugung, weil wir gegenüber den Menschen an der Saar und gegenüber dem ganzen deutschen Volke alles tun müssen, was wir können, um die Freiheit für uns zu retten. *(Beifall.)*

Wehking: Ich habe das Empfinden, daß Herr Altmeier nicht diese Zwangslage ablehnt, die Sie uns vor Augen führten, sondern daß er parteipolitisch die Gefahr sieht, daß die anderen Parteien, die nicht in dieser Verantwortung sind, hieraus politisch Kapital schlagen.

Wäre es nicht zweckmäßig, wenn die Bundesregierung in dieser Frage eine gemeinsame Erklärung festlegen könnte und die Koalitionsparteien eine solche Regierungserklärung bejahen, damit uns dann diese Parteien auf diesem Gebiet nicht angreifen können?

Adenauer: Ich habe die Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen für morgen eingeladen, um mit ihnen diese Frage zu besprechen.

Gratl: Ich bitte mir zu glauben, daß ich von dem, was Sie eben gesagt haben, ungemein beeindruckt bin. Ich setze mich seit langer Zeit mit der Frage auseinander. Ich bin soweit gekommen, daß ich einsehe, daß die Zeit in der Frage der Saar nicht für uns ist. Ich bin auch soweit gekommen, daß ich das Gefühl beiseite schiebe. Wenn ich nach dem Gefühl an die Sache herangehe, könnten wir gegenüber Frankreich nur äußerst bittere Worte gebrauchen. *(Adenauer: Ich auch!)* Ich könnte alles ablehnen, was uns zugemutet wird. Ich bemühe mich, ganz nüchtern und real die Sache zu betrachten. Ich sehe zwei Gefahren. Wir haben es bisher in der Bundesrepublik Gott sei Dank vermeiden können, daß wir mit unserer Haltung und unseren politischen Entscheidungen einer neonationalistischen Agitation neue Argumente gegeben haben. Ich will jetzt nicht sagen, daß ich schon einen Ausweg aus dem Dilemma sehe, in dem wir uns an der Saar befinden. Ich hätte gewünscht, daß wir eine solche Aussprache schon öfter in der Vergangenheit gehabt hätten. Dann wären wir gerade auch bei der Saarfrage als Partei nicht in eine so empfindliche Situation hineingeraten, wie es nun tatsächlich geschehen ist.

Denn jetzt müssen wir praktisch sozusagen vor Toresschluß uns über eine Entscheidung klarwerden. Ich fürchte, wenn wir nicht ungemein vorsichtig sind, daß wir uns als Partei in Schwierigkeiten bringen, wenn wir jenen Kreisen, die nur darauf warten, daß sie für ihre nationalistischen Absichten Propagandastoff von uns bekommen, den Stoff geben, den sie bisher nicht hatten.

Wie soll man das vermeiden? Ich habe mir sehr genau die drei Punkte durchdacht, die Sie als Vorbedingung für die Saarregelung nannten. Ich muß sagen, zumindest einer gefällt mir nicht, nämlich der letzte. Es klingt vielleicht merkwürdig, wenn ich

das jetzt sage: Es gefällt mir nicht der Punkt, daß diese Entscheidung, die wir jetzt zu fällen haben, einer Volksabstimmung im Saargebiet unterworfen werden soll. Auf den ersten Blick leuchtet es ein, wenn man sagt, wir wollen das nicht tun, ohne daß die Bevölkerung der Saar dazu ihr Ja gesagt hat. Wenn ich mir die Sache aber genau betrachte, dann bringen wir die Bevölkerung an der Saar damit in eine furchtbare Situation; (*Zurufe*: Sehr richtig!) denn sie hat keine Alternative! (*Erneute Zurufe*: Sehr richtig!) Sie hat keine echte Alternative. Die Saarbevölkerung hat nur die Wahl, diesen Vorschlag anzunehmen oder, soweit ich sehe, das schlimmere Übel zu wählen. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Das ist die Situation, in die wir die Saar bringen. Sie haben gesagt, wir wollen die Sache redlich betreiben und wir sollen sie bis zum letzten redlich betreiben. Es hängt sehr viel davon ab. Wenn die Frage redlich gestellt würde, dann müßte sie lauten: Entweder Naters-Plan oder bisheriger Zustand, französische Besatzung oder Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes. So müßte man die Fragen stellen, wenn man es redlich machen wollte. Weil das nicht geht, sollten wir es auf alle Fälle unterlassen, der Saarbevölkerung diese Frage in einer Volksabstimmung vorzulegen.

Dann ist es besser, die beiden Regierungen verhandeln über einen Modus vivendi, den es bisher nicht gibt, für den man bestimmte Elemente des Naters-Planes sicherlich gut gebrauchen kann. Aber diese eine Volksabstimmung mit einer unechten Alternative zu unterwerfen wäre falsch; denn die Tatsache, daß dann eine Volksabstimmung stattgefunden hat, würde im Grunde auf die Dauer doch so ausgelegt werden, als sei dies die Anerkennung einer Entscheidung, von der wir alle wissen, daß sie keine echte Entscheidung im redlichen Sinne ist. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Adenauer: Herr Dr. Gradl, ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie die Sache wirklich genau und ernst vortragen. Ich möchte auf zwei Punkte antworten. Sie haben gesagt, wenn wir so verfahren, laufen wir Gefahr, daß wir neonationalistischen Bestrebungen helfen. Dazu folgendes: Wenn die EVG scheitert, dann fürchte ich allerdings – und das habe ich auch den Franzosen gesagt – neonationalistische Bestrebungen. Wir haben im deutschen Volk und in unserer Jugend den Nationalismus – ich sage nicht, das Nationalgefühl – verdrängt durch den Gedanken an Europa. Wenn unsere Leute sehen, daß diese Politik nicht richtig war, dann kommt die nationalistische Welle. Und diese nationalistische Welle fürchte ich. Seien wir uns ganz klar darüber, irgendwo im Untergrund schwelt es noch. Es sind Leute da, die nur auf den richtigen Augenblick warten, um den Brand anzufachen. Diese neonationalistischen Bestrebungen werden sich dann nach Rußland richten, nicht nach dem Westen; denn von Europa, vom Westen, sind sie enttäuscht. Dann ist die Gefahr nicht nur für unsere Partei, sondern für das ganze deutsche Volk viel größer.

Nun das zweite. Sie sprachen von einer echten Wahl. Ich glaube, Sie haben etwas übersehen, die Volksabstimmung soll ja nicht so lauten: Willst du den jetzigen Zustand oder willst du den neuen Zustand, sondern sie soll lauten: Willst du den neuen Zustand? Wenn dann wirklich die Leute an der Saar, nachdem sie vorher aufgeklärt worden sind, in ihrer Mehrheit sagen, nein, wir wollen den neuen Zustand nicht, dann

ist eine neue Situation im Verhältnis zu Frankreich, Amerika und England geschaffen. Dann kann man den Leuten in Frankreich, England und Amerika sagen, die Leute wollen gar nicht europäisches Territorium werden. Dann müssen wir sehen, was weiter gemacht werden soll. Wenn die Leute das europäische Territorium verwerfen, dann steht fest, daß sie den jetzigen Zustand sicher nicht behalten wollen. Dann haben wir vielleicht eine Basis, um zu neuen Verhandlungen zu kommen. Diese Basis haben wir jetzt nicht.

Denken Sie über die Worte nach, die zum Neonationalismus gesagt wurden. Der Neonationalismus wird sicher eine Morgenröte bekommen, wenn Europa scheitert. Das ist nach meiner Meinung todsicher. Denken Sie auch daran, daß nicht gewählt werden müßte zwischen dem bisherigen und dem neuen Zustand, sondern es wird gefragt, ob die Leute mit dem neuen Zustand einverstanden sein werden. Wenn die Mehrheit sagt: nein, dann muß man versuchen, wie man weiterkommt. Dann haben wir hoffentlich den europäischen Gedanken gerettet.

Zimmer: Herr Bundeskanzler! Es ist für uns sehr schwer, vorwiegend oder nur mit nationalen Erwägungen an die Wurzel dieser Frage heranzugehen. Damit meine ich mehr oder weniger das ganze Volk unseres Landes. Ich muß das vorausschicken, damit Sie ein Verständnis für unsere Haltung haben. Es bäumt sich in uns alles auf, daß uns in irgendeiner Form im Jahre 1954 durch die französischen Erpressermethoden etwas zugemutet wird, was wir für ein schwelendes Unrecht vor der Geschichte halten.

Dann wird uns gleich gesagt, was ist Recht in der Wirklichkeit der Politik, der andere hat ja den Besitz! Das können wir unseren Leuten einfach nicht sagen. Diese französische Erpresserpolitik, die wir seit 1945 erlebt haben, die sich zunächst auch auf unser Land erstreckte, Vorgänge, die noch gar nicht bekannt sind ... (*Adenauer:* Wollen Sie nicht bei 1940 anfangen, die Geschichte zu betrachten?) Herr Bundeskanzler, ich könnte natürlich auf die Reminiszenzen eingehen. Aber das will ich nicht; denn dann würde die Rechnung noch anders aussehen! (*Schröder:* Er hat es nicht richtig verstanden! – *Adenauer:* Da bin ich anderer Ansicht, Herr Zimmer!) Ich will mich kurz fassen. Es bäumt sich in uns alles auf, wenn [wir] die Kräfte am Werk sehen, die an der Saar der jahrhundertealten Politik der Franzosen zu einem Erfolg in ihrem Sinne verhelfen. Es sind dieselben Kräfte, die in diesen Jahren den Versuch unternommen haben, das ganze linke Rheinufer in soundso viel Kleinstaaten aufzuteilen. Das war auch die Absicht mit Rheinland-Pfalz. Dieselben Leute sind jetzt die Fürsprecher einer Europäisierung, worunter sie sich natürlich ein anderes Ziel setzen und etwas anderes vorstellen als Sie als Bundeskanzler der deutschen Bundesrepublik. Das wissen wir natürlich ganz genau.

Nun zu unserer Haltung zu den jetzigen Plänen. Sie ist getragen von einem unüberwindlichen Mißtrauen gegen alles, was die offizielle oder inoffizielle Politik von Frankreich und Saarbrücken her bringt. Es ist ein Mißtrauen, das durch Abmachungen und Verträge nicht so leicht überwunden werden kann. Wir glauben, daß man vielleicht auf deutscher Seite im Sommer 1951, als zum ersten Mal ein gewisser

Artikel erschienen ist, die Dinge zu sehr vom Kalkül aus betrachtet und nicht den Willen zur Gerechtigkeit genügend in die Waagschale geworfen hat.

Man hat dem ganzen deutschen Volk aufgrund der nationalsozialistischen Erbschaft, die wir übernommen haben, Ungeheuerliches zugemutet; 14 Millionen Ostvertriebene usw., dazu dieses Restdeutschland. Und man mutet uns dann noch zu, das Saargebiet auf den Altar Europas zu legen. Mit unseren enthusiastischen Gefühlen für Europa, die wir alle haben, sind wir bereit, für Europa geopfert zu werden. Unser Volk macht das mit, wenn es sieht, daß auch auf der anderen Seite Europa wirklich gewollt ist.

Ich kann heute in unserem Lande niemandem klarmachen, daß in Frankreich die herrschenden Politiker wirklich Europa wollen, sondern wir glauben, daß man dort Frankreich will mit dem schillernden Namen Europa. In allen Fragen, ob das Indochina oder andere Teile der Welt sind, verteidigt Frankreich seine nationalen Interessen. (*Adenauer*: Herr Zimmer, das tun wir auch!) Ja, wir tun es auch, aber wir wollen ehrlich Europa! Wir wollen auch für Europa Opfer bringen.

An der Saar stehen sich gegenüber der französische Nationalismus und der deutsche fortschrittliche Glaube an Europa. Ich will nur sagen, es kommt sehr darauf an – Herr Ministerpräsident Altmeier hat es gesagt –, daß wir uns trotz dieser Gefühle nicht einer Regelung in den Weg stellen wollen, durchaus nicht, aber wir gehen an jene Regelung heran mit diesen seelischen Hypotheken, die ich eben bezeichnet habe und die bei uns Allgemeingut sind. Es kommt darauf an, wie diese Regelung behandelt wird, mit welchem Willen und mit welcher Zielsetzung.

Ich möchte es in diesem Kreise offen sagen, daß wir nicht immer von den Herren, die die Verhandlungen geführt haben – nach den Verlautbarungen, die in die Öffentlichkeit gekommen sind –, so restlos überzeugt waren, daß sie bis an das Äußerste gegangen sind, was wir vielleicht hätten fordern müssen. (*Adenauer*: Wie können Sie das beweisen?) Der Schein ist entstanden. Ich muß das sagen. Ich glaube, die Herren des Bundestages werden es mir wohl bestätigen. Ich denke an die Verhandlungen in Brüssel.¹⁰⁴ Wir waren z.B. sehr unzufrieden mit der Haltung, die Herr Gerstenmaier dort eingenommen hat. Da haben wir vermißt, daß das Äußerste erstrebt worden ist.

Von den drei Bedingungen, die von Ihnen genannt worden sind, könnte man die Punkte 2 und 3 mit Vorbehalt akzeptieren, wenn die Durchführung so gesichert ist, daß ihr Ziel erreicht wird, und zwar die Durchführung so, daß die Kräfte in Paris und an der Saar nicht nachher trotzdem Sabotage in ihrem Sinne wieder betreiben.

Nach dem, was wir bisher an der Saar erlebt haben, müssen wir eben auch von dort aus einmal Vorleistungen fordern. Es besteht an der Saar immer noch ein

104 Anfang Dezember 1953 hatte in Brüssel ein Unterausschuß des Allgemeinen Ausschusses der Beratenden Versammlung des Europarats getagt; er sollte vornehmlich Wirtschaftsfragen beraten, die sich aus der vorgesehenen Regelung ergaben (vgl. SCHMIDT 2 S. 572f.). Zur Haltung Gerstenmaiers vgl. SCHNEIDER S. 356–363; GERSTENMAIER S. 342–349.

Druck, der auf dem größten Teil der Bevölkerung lastet. Es besteht keine politische Freiheit. Ich bin vor einigen Tagen dagewesen. Das Volk ist seit 1919 schon in einem schwierigen seelischen Zustand, vor allem aber seit 1945. Deshalb ist es äußerst bedenklich gewesen – ich glaube, man kann jetzt darüber nicht diskutieren –, die Volksabstimmung erneut anzubieten. Heute kann man das nicht mehr zurückziehen, weil dann die Bevölkerung vor den Kopf gestoßen würde, obwohl die Angelegenheit m.E. völkerrechtlich nicht zwingend gewesen ist.

Wir haben also den Wunsch, Herr Bundeskanzler, daß beim Kampf um Ihre europäischen Ziele mit der größten Hartnäckigkeit im einzelnen die Etappen zu diesem Ziele genau abgegrenzt, diskutiert, formuliert und auch Garantien für die Sicherheit der Durchführung gesetzt werden. Wir können unseren Leuten sonst Ihre europäische Politik mit dem Junktim Saargebiet überhaupt nicht klarmachen. Das Junktim will ich nicht erörtern. Ich bedaure, daß das überhaupt über die Bühne gegangen ist, ohne daß rechtzeitig von deutscher Seite dieses Junktim zerschlagen worden ist. Denn es ist völlig sinnlos unter europäischer Sicht.

Ich bitte Sie, versichert zu sein, daß für uns die Frage von äußerster Tragweite ist. Wir können nicht so rein kalkulatorisch wie vielleicht andere, die die Dinge im ganzen überschauen, an die Frage herantreten, wie es im Interesse der Sache von Ihnen gewünscht wird. Wenn in Zukunft der Naters-Plan zum Tragen kommen soll, dann bitte ich herzlich darum, daß dann von dem betreffenden Herrn über diese Dinge vorher freimütig gesprochen wird. Wir wollen und dürfen uns nicht in der Öffentlichkeit gegeneinander ausspielen lassen. Wir wollen nicht, daß die CDU nach außen hin in dieser Hinsicht ihre Geschlossenheit verliert.

*Hellwig*¹⁰⁵: Zunächst möchte ich eines klarstellen. Bei der Beurteilung der gegenwärtigen Lage scheint mir ein Unterschied zu bestehen. Es ist von mehreren Herren davor gewarnt worden, daß der derzeitige Zustand zu gefährlich werde und eine Entwicklung herbeiführen würde, die im Endergebnis gegen uns ausschlagen müsse. Ich kann dieser Beurteilung nicht folgen aufgrund der persönlichen Beobachtung, die ich als geborener Saarbrücker, der seinen Wohnsitz bis 1947 dort hatte und in engster persönlicher und menschlicher Beziehung dort steht, gemacht habe. Ich glaube, daß auch das Tempo, mit dem die Gegenseite auf ein Definitivum drängt, bestätigt, daß einstweilen die Zeit noch für uns arbeitet.

Einige Beispiele: Die offiziellen Vertretungen der Saarländischen Wirtschaft, die Saarbrücker Handelskammer und andere Verbände, haben einschließlich der in ihnen vertretenen französischen Unternehmungen – auch der Chef der französischen Hütten- und Saargruben ist in der Handelskammer – in diesen Tagen eine Denkschrift¹⁰⁶ vor-

105 Dr. Fritz Hellwig (geb. 1912), 1951–1959 Geschäftsführender Direktor des Deutschen Industrie-Instituts, 1953–1959 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 167 Anm. 4.

106 Folgende Untersuchungen wurden von der IHK im fraglichen Zeitraum veröffentlicht: Untersuchung über die Absatz- und Bezugsstruktur des saarländischen Außenhandels in den letzten 25 Jahren. O.O. (Saarbrücken) o.J. (Ende 1953 oder Anfang 1954, hektographiert).

gelegt, in der sie im ersten Entwurf nach Genehmigung durch die Industrie- und Handelskammer den Satz hatte, für die Zukunft der Saarwirtschaft sei es entscheidend, den angestammten deutschen Markt zurückzugewinnen. Dieser Satz ist auf Betreiben und Veranlassung des französischen Botschafters und Kommissars gestrichen und abgeändert worden durch einen sehr lauen Satz, daß die Saarwirtschaft ihre zukünftigen Hoffnungen auf die europäische Integration und auf dem Wege zum deutschen Markt im Rahmen der europäischen Integration setze. Aus unmittelbar persönlicher Umgebung des Ministerpräsidenten Joho – Sie verzeihen die populäre Ausdrucksweise des Herrn Hoffmann – weiß ich, daß er wiederholt handfeste Auseinandersetzungen in den letzten Wochen mit dem französischen Botschafter Grandval¹⁰⁷ hatte, der ihn und einige Herren seiner Regierung zur Ordnung rufen wollte, weil sie in der wirtschaftspolitischen Zukunftsplanung auf die deutsche Karte setzten. In dieser Auseinandersetzung ist von Herrn Hoffmann das Wort gefallen: Wenn wir schon fünftes Rad am Wagen sein sollen, dann lieber in Bonn als in Paris!

Ich habe also aus diesen Beobachtungen den Eindruck, daß einstweilen noch – und zwar wegen der rückläufigen wirtschaftlichen Tendenz des Weltmarktes – die Saar zum deutschen Markt drängt und die Zeit noch für uns arbeitet.

Wenn der derzeitige Zustand weiter bestehen bleibt, dann entsteht das Problem, daß die Zeit gegen uns arbeitet, für die neue Generation, die durch die französisch beherrschte Schule, insbesondere durch die französische Hochschule in Saarbrücken, hindurchgeht.

Die Franzosen haben aus der Entwicklung vor 1935 gelernt. Damals war die deutsche Regelung am Ende einer wirtschaftlichen Entwicklung, die schon seit 1925 die Saar wieder auf den deutschen Markt geführt hatte. Das Ergebnis der Abstimmung 1935 war durch den wirtschaftlichen Rückzug Frankreichs von der Saar schon in den zwanziger Jahren eingeleitet worden. Weil die Franzosen diese Entwicklung kennen, versuchen sie heute, sich gegen die wirtschaftliche Rückkehr der Saar zum deutschen Markt politisch abzuschirmen und die Separierung der Saar von Deutschland im politischen Sinne durch das jetzt angestrebte Reglement zu sichern.

In diesem Zusammenhang darf ich auf die Frage eingehen, die der Herr Bundeskanzler gestellt hat, was nun zu dem Angebot oder der Chance als Sitz für eine europäische Organisation zu sagen wäre. Ich glaube, daß niemand etwa ein „Heim

Statistische Übersichten zu den Untersuchungen über die Absatz- und Bezugsstruktur des saarländischen Außenhandels in den letzten 25 Jahren. O.O. (Saarbrücken) o.J. (Ende 1953 oder Anfang 1954, hektographiert).

Welche Notwendigkeiten bestehen für die Saarwirtschaft bei einer Europäisierung des Saarlandes? (Unter besonderer Berücksichtigung der industriegewirtschaftlichen Lage). O.O. (Saarbrücken) o.J. (etwa Anfang 1954) 16 Seiten (hektographiert).

Saarwirtschaft und Europäisierung des Saarlandes. Saarbrücken o.J. (1954) 131 Seiten.

107 Gilbert Grandval (geb. 1904), französischer Politiker; 1945–1948 Gouverneur des Saargebiets, 1948–1952 dort Hochkommissar und 1952–1955 in der Funktion eines Botschafters, 1962–1966 Arbeitsminister.

ins Reich“ als Propagandaparole herausbringen kann oder etwa sagen will, die Saar muß zurück. Das ist die einzige Lösung!

Worum es geht, ist nur, einen Zustand zu erhalten, der die politische, kulturelle und wirtschaftliche Dynamik, die in der Bevölkerung dieses Gebietes steckt, sich in ihre natürliche Richtung, nämlich nach Deutschland hin, wieder frei entwickeln läßt. Ich glaube, wenn hier für den Sitz der europäischen Organe eine Lösung gefunden wird, daß dies die natürliche Entwicklung nicht unmöglich macht und man einem solchen Angebot tatsächlich positiv gegenüberstehen kann. Ich glaube, daß man die Formulierung von deutscher Seite gebrauchen sollte, daß hier für die ausführenden Organe der Europäischen Gemeinschaft eine exterritoriale Bannmeile zur Verfügung gestellt wird, wobei völlig unberührt von einer solchen Konstruktion die Tatsache bleibt, daß das Gebiet staatsrechtlich zum Deutschen Reich von 1937 gehört und die Bevölkerung die deutsche Staatsangehörigkeit uneingeschränkt behält. Ich glaube, daß unter einer solchen Formulierung das Gebiet zum Sitz für eine europäische Behörde und für die Zentralorgane der Europäischen Gemeinschaft werden könnte.

Das Entscheidende des Konfliktes überhaupt ist ja, daß wir unter dem Begriff Europäisierung auf beiden Seiten einen ganz verschiedenen Inhalt haben. Frankreich und insbesondere die Kräfte, die Frankreich in dieses Saarabenteuer gestürzt haben – so muß man es wohl formulieren –, betrachten die Europäisierung als eine europäische Garantie für ein von Deutschland politisch getrenntes Gebiet mit teilweiser Autonomie in wirtschaftlicher Hinsicht mit einer französischen Protektoratsstelle. Wir sind der Auffassung, daß hier eine deutsche Vorleistung für eine Europäische Politische Gemeinschaft gegeben wird.

Aber Frankreich ist nach alledem, was ich nach den Verhandlungen um den Naters-Plan habe beobachten können, noch nicht bereit, diesem deutschen Angebot zu folgen, weil die einseitigen Bindungen, insbesondere im wirtschaftlichen Bereich, in großem Umfang aufrechterhalten werden sollen. Ich glaube, daß in dem derzeitigen Stand der Gespräche wegen des verhängnisvollen Junktims mit der EVG nicht mehr von deutscher Seite gesagt werden kann als die Bereitwilligkeit zu einer Verhandlung der Saarfrage unter dem Gesichtspunkt, den ich erwähnt habe. Sobald es sich um wirtschaftliche Dinge handelt, kann man Konzessionen machen, die die Franzosen gar nicht wollen, weil sie dann auch in die Pflicht genommen werden, sich zu beteiligen an den Saargruben und an der Wasserwirtschaft des Saargebietes, die weithin rückläufig ist. Daß gerade dieses Gebiet in kürzester Zeit ein Notstandsgebiet werden wird, möchte ich nebenbei erwähnen. Die Saarbergwerke sind ausgesprochen schlecht dran. Was der Herr Bundeskanzler von den 30 Jahren wegen des Auskohlens gesagt hat, bezieht sich auf den Fall, daß keine neuen Investitionen mehr im Bergbau vorgenommen werden würden. Frankreich investiert nicht. Das Saargebiet bringt es nicht auf. Die Gefahr besteht darin, wenn keine Investitionen gemacht werden, daß der Bergbau zum Erliegen kommt.

Man sollte sich überlegen, ob nicht der Begriff eines exterritorialen Gebietes oder einer Bannmeile unter Schwebenlassen der staatspolitischen Frage bleiben kann,

damit die deutsche Staatsangehörigkeit der Bevölkerung unberührt davon ist. Das könnte auch, ohne uns den Weg für die Zukunft zu verbauen, durchaus im jetzigen Verhandlungsstadium gesagt werden.

Adenauer: Das Wirtschaftsministerium hat ein Gutachten erstattet und gesagt, daß durch die wirtschaftliche Beherrschung der Saar durch Frankreich die Dollarbilanz in Frankreich sich jährlich um 110 bis 120 Millionen verbessert.¹⁰⁸ Also hat Frankreich ein Interesse daran; denn es verbessert dadurch seine Dollarbilanz. Wenn Ihre Auffassung richtig ist, daß die Saar nicht die Investitionen machen kann und Frankreich nicht gewillt ist, sie zu machen, aber nun der Saar diese Selbstverwaltung gibt, dann wird sich das alles finden. Dann kommt das alles auf uns zu. Lassen wir ruhig mal abwarten.

Sie sagen, z.Z. besteht noch nicht die Gefahr der Französisierung. Ich bin anderer Auffassung; ich weiß von vielen Leuten in Bonn an der Universität, die aus dem Saarland sind, die fortdauernd sagen, wir sind Saarländer. Die sagen gar nicht, daß sie Deutsche sind. Es gibt auch andere. Die Gefahr ist größer, als Sie denken. Deswegen müssen wir – ich fühle mich nicht widerlegt – alles tun, um die Leute so schnell wie möglich von dem französischen politischen Druck zu befreien. Wenn sie davon befreit sind, wollen wir getrost die weitere Entwicklung abwarten.

Sie mögen recht haben, Herr Hellwig, wenn wir uns weiter wirtschaftlich entwickeln und die Leute bei uns etwas bekommen, von Frankreich aber nichts bekommen, dann kommen sie von selbst zu uns, vorausgesetzt, daß sie diese Selbstverwaltung haben. Es soll kein Staat werden, sondern sie sollen die Selbstverwaltung bekommen.

Sehr vieles ist nicht mehr zu sagen zu der ganzen Affäre. Nur noch ein Wort zugunsten des Herrn Gerstenmaier. Ich glaube, dem Herrn Gerstenmaier tun Sie Unrecht. Der Herr Gerstenmaier hat sich in der ganzen Sache sehr große Mühe gegeben, das können Sie sich gar nicht vorstellen. Ich weiß nicht, wie oft er mit mir gesprochen hat. Er war von der größten Sorge beseelt. Ob er in jedem Falle den rechten Satz geprägt hat, weiß ich nicht. Ob das in der Presse richtig wiedergegeben worden ist, weiß ich noch weniger. Aber von einem bitte ich Sie überzeugt zu sein, daß Herr Gerstenmaier sich absolut in lauterer Hingabe und aus deutschem Gefühl heraus der ganzen Sache gewidmet hat. (*Von Brentano:* Sehr richtig!)

BERICHT ÜBER DIE FINANZ- UND STEUERREFORM

Strickrodt: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich bin nicht sicher, ob ich in dem, was ich vortrage, vollständig auf der Höhe des Aktuellen bin; denn

108 Zum Wirtschaftsanschluß der Saar an Frankreich vgl. Werner BOSCH: Die Saarfrage. Eine wirtschaftliche Analyse (Veröffentlichungen des Forschungsinstituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz 4). Heidelberg 1954. – Gutachten des Ministeriums nicht ermittelt.

ich habe den Auftrag, hier heute zu referieren, erst am letzten Samstag bekommen. Ich hatte keine Gelegenheit, Herr Bundesfinanzminister, aus Ihrem Hause Nachricht zu erhalten. Es ist mir heute nachmittag gelungen, ein Exemplar der Stellungnahme des Bundesrates zu bekommen, die 42 Seiten mit den Vorschlägen zur Gesetzesänderung.¹⁰⁹ Ich bin insoweit nicht voll auf der Höhe, da mein Referat eigentlich das Korreferat ist; denn Sie werden nachher das bringen, was ich aus mangelnden Informationen nicht vortragen kann.

Ich möchte Ihnen kurz berichten über die Verhandlung der Finanzreform- und Steuerreformvorschläge durch unseren Ausschuß „Finanzen und Steuern“. Dieser Ausschuß ist inzwischen insofern neu gebildet worden, als jeder Landesverband ein Mitglied anerkannt hat. Es sind drei Vertreter der CSU hinzugekommen. Wir bilden mit dem Unterausschuß der CDU und diesen Vertretern der CSU einen Arbeitskreis. Dieser Arbeitskreis hat am 16. März getagt. Ihm lag die Rede des Herrn Bundesfinanzministers vom 11. März vor.¹¹⁰ Anderes Material hatten wir nicht.

Da der Herr Bundesfinanzminister die Gepflogenheiten des englischen Schatzkanzlers zu wahren weiß, haben wir auch vorher nichts über seine Absichten erfahren. Wir hatten auch nicht die Möglichkeit, die Grundsätze der Partei vom letzten Wahlkampf zu erörtern. Wir waren auf das Material angewiesen, das jedem Politiker durch die Presse zugänglich ist. Erst einige Tage nach unserer Sitzung erhielten wir die Gesetzestexte. Diese Gesetzestexte aber muß der Ausschuß noch studieren.

Der Ausschuß wird in der übernächsten Woche einige Referate von seinen Mitgliedern entgegennehmen und dann vermutlich zu einer Stellungnahme gelangen. Auch die Stellungnahme der Bundesregierung zu den Beschlüssen des Bundesrates müssen wir noch abwarten; denn wir glauben, erst die erneute Stellungnahme der Bundesregierung zum Bundesratsvotum wird uns die richtige Grundlage geben. Ich kann hier nur über den Gang der Diskussion in diesem Finanzausschuß der CDU/CSU zu dem ganzen Problem, wie es uns aus Ihrer Rede bekannt ist, Stellung nehmen.

Ich möchte zunächst das Finanzverfassungsgesetz betrachten. Im Finanzausschuß war für das Finanzverfassungsgesetz kein sehr großes Interesse vorhanden. Dies erklärt sich in der Hauptsache daraus, daß dieser Kreis in erster Linie die Wirtschaft vertreten möchte. So ist klar, daß das einzige Projekt, das sich der Finanzausschuß aus der Finanzverfassungsgesetzvorlage herauspickte, diese zunächst $2\frac{1}{2}$ %ige Ergänzungsabgabe war. In dieser Abgabe sah und sieht man heute noch weiterhin eine neue Steuer, eine neue Belastung, die auf uns zukommt.

Man kritisiert an dieser Ergänzungsabgabe insbesondere auch, daß sie zum System der Einkommensteuer nicht passe, da die Zuschläge etwas zu Schematisches hätten; sie seien nicht organisch zu verbinden mit dem Tarif.

109 Sten.Ber. 2.WP Bd.18 S.628–641; Sitzungsprotokoll und Materialien in NL Strickrodt ACDP I-085-014 sowie VII-004-079/2.

110 Vgl. Anm. 85, 112.

Der Ausschuß hat, wie es in der Öffentlichkeit von anderen Gremien geschehen ist, unter dem Gesichtspunkt der Finanzverfassung in erster Linie ein Problem des Föderalismus gesehen. Auch in unseren Kreisen ist man in Finanzverfassungsdingen primär zentralistisch orientiert. Man ignoriert sehr gerne die Schwierigkeiten, die im Verfassungstext, der für uns bindend ist, selbst liegen. Man möchte, wie es in der Presse geschieht, die Fesseln des Föderalismus abstreifen. Dies geschieht unter dem Schlagwort einer einheitlichen Finanzverfassung.

Im Hinblick auf die CDU kommt hinzu, daß man sagt, ihr seid Föderalisten, ihr bejaht diesen verfassungsmäßigen Zustand. Andere Leute machen es sich leichter. Sie ignorieren [dies] und können dann um so freier ihre Forderungen stellen.

Daß der Föderalismus, die Trennung der Haushaltswirtschaft von Bund und Ländern, ein solch strittiges Thema geworden ist, erklärt sich auch aus dem Ärgernis über die große Kassenhaltung der öffentlichen Hand. Es sind ungefähr 10 Milliarden bei Bund, Ländern und Gemeinden. Da diese Kreise, die die Kritik ausüben, sagen, man könnte, wenn man nur wollte, eine einheitliche Disposition über alle diese Kassen haben, wird dieses Ärgernis nun politisch uns in die Schuhe geschoben. Ebenso wird gegen die Niveauunterschiede zwischen den Ländern, die aus einer falschen Politik kommen, welche von den Anhängern des Föderalismus betrieben wird, gesprochen, und man möchte – ich referiere aus diesem Kreise –, daß der Ausgleich der Niveauunterschiede vom Bund her erfolgt, daß also der Bund seine Kompetenzen, seine Machtvollkommenheiten so üben möge, daß jeder das gleiche oder das Benötigte erhält.

Es wird sehr darauf ankommen, der Öffentlichkeit den Sinn des Finanzverfassungsgesetzes klarzumachen. Es wird noch einer erheblichen Arbeit bedürfen, um das zentrale Problem im Finanzverfassungsgesetz, nämlich die Stabilisierung des horizontalen Finanzausgleichs, des Finanzausgleichs unter den steuerschwachen und steuerstarken Ländern, ins rechte Licht der Gesetzgebung zu bringen.

Das zweite wesentliche Problem des Finanzverfassungsgesetzes liegt wohl darin, daß die Einkommen- und Körperschaftsteuer für lange Zeit nach einem bestimmten Schlüssel geteilt werden soll. Das hat zur Folge, daß die Entwicklung des Aufkommens der Einkommen- und Körperschaftsteuer gemäß dem festgelegten Schlüssel von 40 : 60 in der nächsten Zukunft automatisch bei Bund und Ländern anfällt, ohne daß damit auch die Kassen- oder die Etatbedürfnisse sich nach diesem Schlüssel richten.

Es ist viel zu wenig bisher erkannt worden, daß die Senkung der Einkommen- und Körperschaftsteuer – da wir nun diesen festen Verteilungsschlüssel haben – dazu führen könnte und führen sollte, daß sich die Länder in den nächsten Jahren in einen Geleitzug gegenüber dem Bund begeben. Der Bund braucht natürlich diesen Anteil aus diesem Gesamtaufkommen, aber die Länder sagen, wenn der Bund diese Mittel haben muß, dann wollen auch wir diesen so stabilisierten Anteil für uns erlangen.

Ich komme an dieser Stelle wieder auf diese ärgerliche Ergänzungsabgabe. Diese Abgabe hat die Bedeutung, daß die Gesamtmasse von Einkommen- und

Körperschaftsteuern nicht unnötig hoch gehalten zu werden braucht. Also wird die Einkommen- und Körperschaftsteuer daraufhin angespannt, so daß hier nach einer starken Senkung der Einkommen- und Körperschaftsteuer, die automatisch verteilt wird, der Bund exakt berechnet, was ihm nun fehlt. Hier kann also ein jährlicher Ausgleich geschaffen werden für ein insgesamt niedrig gehaltenes Einkommen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Unter diesem Gesichtspunkt braucht eine Ergänzungsabgabe zugunsten der Länder nicht unbedingt abgelehnt zu werden; zugunsten des Bundes müßte diese Abgabe sein. Zugunsten der Länder könnte man sie sehr wohl zugestehen, wenn der Automatismus, von einem großen Aufkommen an einen festen Satz auch ohne echte Etatbedürfnisse zu verlangen, gebrochen werden könnte.

Wenn man sicher sein könnte, daß die Parlamente, nicht nur im Bund, sondern auch in den Ländern, sehr gewissenhaft prüften, ob sie für das betreffende Etatjahr sich diese Spitze schaffen können, ob das Hindurchlaufen der Steuergesetze durch die Etatjahre hier eine Abschwächung erfährt, daß gewisse Spitzenbeträge jedes Jahr mit dem Etat abgeschlossen werden, daß es zu einer echten Verbilligung der Kredite für das betreffende Jahr kommt, dann kann auf die Dauer gesehen eine Entflechtung dieses starren Systems von Einkommen- und Körperschaftsteuer unter dem Gesichtspunkt einer schlüsselmäßigen Verteilung herbeigeführt werden. Man muß natürlich sicher sein, daß keine Elendsgebiete entstehen; denn sonst müßten ja die schwachen Länder immer die Ergänzungsabgabe fordern. Wenn man sicher wäre, daß die gesamte Finanzmasse zwischen Bund und Ländern einer scharfen öffentlichen Kontrolle unterliegen würde, dann wäre es nicht ausgeschlossen, nicht nur dem Bund, sondern auch den Ländern die Ergänzungsabgabe zu gestatten, wenn auf diese Weise erreicht werden könnte, daß das Niveau der Einkommen- und Körperschaftsteuer niedrig gehalten würde. Ich habe versucht, den Sinn der Ergänzungsabgabe im Rahmen Ihrer Finanzverfassungsvorschläge zu ermitteln, wohlwissend, daß diese Ergänzung bisher eigentlich nur Gegner gefunden hat.

Wenn ich nun zum zweiten Teil des Gesetzgebungswerkes, zur Steuersenkung komme, so stehen wir vor der Tatsache, daß allzusehr übersteigerte Erwartungen vorliegen. Diese Erwartungen haben sich sogar in Tarifvorschlägen seitens der Organisationen ausgedrückt. Man hat auch die zur Diskussion stehenden Finanzvolumina zu schätzen versucht. So war es natürlich, daß man bei diesen hochgezüchteten Erwartungen über das, was die Vorschläge des Finanzministers wirklich brachten, sehr enttäuscht worden ist. Hier muß ich einen Punkt berühren, der gerade auch in den Erörterungen des Ausschusses eine bestimmte Rolle gespielt hat, daß nämlich der Finanzierungsbedarf, die Steueraufkommen usw. nicht der Öffentlichkeit in der gehörigen Weise zugänglich gewesen sind. Der Mangel der Erkenntnis über die Festlegung dieser zahlenmäßigen Grundlagen hat objektive Ursachen. Man schiebt es zwar gerne seitens der Presse und Organisationen dem Herrn Bundesfinanzminister in die Schuhe, daß eine so ungenügende Kenntnis über die zahlenmäßigen Grundlagen vorhanden sei. (*Adenauer*: Mit Recht!) Mit Recht insoweit, Herr Bundeskanzler, als

das Finanzministerium nicht von langer Hand die Kenntnisse über diese Daten in der Öffentlichkeit vorbereitet hat. (*Adenauer*: Sie sind so gutmütig! – *Ehlers*: Er war Finanzminister! – *Heiterkeit*.) Herr Bundeskanzler, es bleibt mir heute übrig, unseren Finanzminister vor der Meute zu schützen. (*Adenauer*: Aber er ist zu triumphierend! – *Heiterkeit*. – *Schäffer*: Da muß ich wieder protestieren!) Diese unzureichende Kenntnis über die zu disponierenden Finanzvolumina hat ganz objektive Ursachen. Wir haben keine Einkommensteuerstatistik nach der Währungsreform. Es liegt z.Z. vom Statistischen Bundesamt – vorerst auf das Jahr 1950 bezogen – eine Einkommensteuerstatistik vor. Das Gesamt der Einkommensteuerstatistik ist noch nicht greifbar. Auch das Ministerium des Finanzministers ist auf Schätzungen angewiesen. Fragen der Finanzstatistik sind äußerst schwierig und langwierig. Da wir in den letzten Jahren wenig getan haben, um uns über die großen Verhältnisse durch exakte Rechnungen die nötige Klarheit zu verschaffen, trifft diese Schwierigkeit uns nicht als ganz unschuldig.

Da ist ein Punkt, über den der Herr Bundesfinanzminister der Öffentlichkeit doch größere Klarheit verschaffen könnte. Wenn schon keine Einkommensstatistik neueren Datums vorliegt, so hätte der Bundesfinanzminister doch durch eine Enquête über seine Finanzämter dies machen sollen. (*Adenauer*: Glauben Sie, er wüßte nicht Bescheid?) Dann hätte er es uns inzwischen gesagt. (*Adenauer*: Nein!) Dann möchte ich einen Vorschlag erneuern, den ich vorbereitet habe, nämlich den Herrn Finanzminister zu einer sofortigen Enquête über die Oberfinanzpräsidenten bei den Finanzämtern zu veranlassen und festzustellen, unter welchen Titeln und mit welchen Beträgen, zunächst repräsentativ, in tausend Fällen jene sogenannten Steuervergünstigungen – um die es sich heute weitgehend handelt – erscheinen. Die einen schätzen diese Steuervergünstigungen, die jetzt wegfallen, sehr hoch ein; der Herr Bundesfinanzminister schätzt sie geringer ein.

Für die Leute aus der Wirtschaft spitzt sich dieses Thema so zu, daß sie sagen, der Herr Bundesfinanzminister nimmt uns mit der einen Hand alle diese Vergünstigungen und gibt uns mit der anderen etwas, was wir bereits gehabt haben. Wer so manche Tragödie, möchte ich sagen, miterlebt bei Leuten, die diese Quelle in ganz besonderer Weise ausgenutzt haben und nunmehr sehen, daß sie die Dummen sind, der versteht die Wut, die sich gegen diese Vorschläge richtet. (*Von Brentano*: Darin liegt die Notwendigkeit der Reform!) Ja, darin liegt sie, aber, Herr von Brentano, wir sind im Augenblick in dem Stadium: Dürfen wir den Zahlen des Herrn Finanzministers glauben, oder wie können wir zu besseren Zahlen kommen? (*Adenauer*: Herr Strickrodt, Sie müssen jedem Finanzminister ein gewisses Maß konzedieren! – *Lebhafte Heiterkeit*.) Herr Bundeskanzler, ich glaube das, aber dann sollte der Herr Finanzminister, wenn er schon dieses für sich in Anspruch nehmen will, zumindest den Eindruck erwecken, daß diese Schätzungen auf einer solchen Enquête beruhen. Wir haben einen Vorschlag vorbereitet, wonach diese Erörterung mit den wirtschaftswissenschaftlichen Instituten erfolgen sollte. (*Adenauer*: Nicht eine Erörterung, Sie haben etwas anderes gewollt!) Der Herr Bundesfinanzminister sitzt hier am Tisch. Wenn diese Institute ihre Zahlen auspacken und analysieren, würde Herr Rompe sehr schnell feststellen, was an diesen

Zahlen der Institute Schätzungen sind.¹¹¹ (*Schäffer*: Das hat er bereits!) Der Herr Finanzminister könnte das Votum der Institute sehr wohl beeinflussen; er sitzt durchaus nicht am kürzeren Hebelarm. Er könnte durchaus in einem höheren Maß Klarheit schaffen über die berüchtigten Beträge, die unter den verschiedensten Titeln bisher laufen. (*Adenauer*: Mit anderen Worten, man glaubt ihm nicht!) Das ist die Frage, wie kann der Glaube wenigstens gerettet werden? (*Adenauer*: Gerettet nicht, geschaffen werden!) Das ist mit vollem Ernst zu sagen. Das schwierige ist nun, daß auch alle Änderungsvorschläge gegenüber den Vorlagen, mögen sie aus dem Bundesrat, aus den Organisationen, aus dem Bundestag oder aus dem Vermittlungsausschuß kommen, ebenfalls irgendwie ins Unbekannte hineingehen, so daß die exakten Berechnungen der Auswirkungen solcher Vorschläge sehr schwer sind.

Ich möchte deswegen haben, daß man unter die letzte Phase all dieser Erörterungen im Vermittlungsausschuß die Zahlengrundlagen von einem Kreis von Sachverständigen so erarbeitet und klarstellt, damit wir wenigstens die Änderungsvorschläge nicht ins Blaue hinein zu machen brauchen. Ich glaube, daß der Herr Bundesfinanzminister gar keinen Prestigeverlust erleiden wird, wenn sich bei diesen Erörterungen herausstellen sollte, daß die eine oder andere Annahme zahlenmäßig nicht zutrifft. Bei der Ungewißheit, die in diesen Dingen sowieso vorhanden ist, wird der Herr Finanzminister immer die Möglichkeit haben, seinen guten Glauben zu beweisen.

Ich möchte zur Kritik übergehen, die sehr unterschiedlich ist, je nachdem, wie der Interessenstandpunkt ist. Es ist fast unmöglich, in einem kleineren oder größeren Kreis von Persönlichkeiten über Steuerreform sachlich zu sprechen. Jeder hat – so nennen es die Astronomen – seine persönliche Formel, jeder sieht [sich] in dieser oder jener Situation und rechnet sich sofort aus, was nun dieser oder jener Vorschlag bedeutet. Es ist fast unmöglich, eine wirkliche staatsbürgerliche Verantwortung, eine Verantwortung für das Ganze bei der Beurteilung dieser Steuerreformfragen zu erlangen.

Die Tendenzen zur Förderung von Freibeträgen usw. sind in einem gewissen Stadium sogar von sozialistischer Seite unterstützt worden, selbst mit dem Ausweg, daß die Umsatzsteuer erhöht werden könne. Gegen solche Tendenzen, die unteren Einkommensgruppen bis DM 7.000,-, DM 8.000,- jährlich von der Einkommensteuer gänzlich freizustellen, spricht, daß man damit auch ein Band staatsbürgerlicher

111 Zu den unterschiedlichen Berechnungen und Schätzungen zur Steuerreform des Bundesfinanzministeriums und des IFO-Instituts für Wirtschaftsforschung in München vgl. BULLETIN Nr. 60 vom 30. März 1954 S. 516 sowie die Gegendarstellung des IFO-Instituts in einer Pressemitteilung vom 29. März (NL Becker ACDP I-162-026/1). – Dr. F. Rompe (in der Vorlage: Rumpel), Ministerialrat im Bundesfinanzministerium, hatte zuletzt im BULLETIN vom 30. März „Die finanziellen Grundlagen der Einkommensteuerreform 1954“ (S. 512–515) analysiert. (Zu seinen Auseinandersetzungen mit dem IFO-Institut vgl. auch „Handelsblatt“ vom 20. Januar 1954). Vgl. auch seine Ausführungen „Der Tarif als Maßstab steuerlicher Gerechtigkeit“ in Finanzpolitische Mitteilungen des Bundesministeriums der Finanzen Nr. 52 vom 18. März 1954 S. 425–432.

Verantwortung zerschneidet und daß die Versuche, diese Steuern nun im Wege von Verbrauchsteuer, Umsatzsteuer usw. zu erheben, auf die Dauer der politischen Erziehung unserer Mitbürger schaden würde.

Die zweite Gruppe der Beanstandung gegen den Steuertarif stammt aus mittelständischen Kreisen. Es sind die Beträge von DM 8.000,- bis DM 20.000,- Jahreseinkommen. Man hat festgestellt, daß der neue Tarif nicht die Ausbuchtungen in der Progression enthält, die früher durch Jahrzehnte hindurch gegolten haben.

Die Einkommensteuer hat immer gewisse Gruppen von DM 45.000,- Jahreseinkommen im Zuge der Progression besser behandelt als die Gruppen darunter und die Gruppen darüber. Es lag im alten Tarif eine bewußte Hilfe für den Mittelstand. Nun wurde geltend gemacht – Herr Gradl hat hierüber im Rahmen des Ausschusses sehr interessante Arbeiten gemacht, die in diesen Tagen versandt worden sind¹¹² –, daß in diesen Gruppen des kleinen Mittelstandes der gehobene Angestellte die Nivellierung der Einkommen selbst unterschritten hat. Die unteren Gruppen haben ihre Einkommen durch den Tarif usw. steigern können. Kaufkraftmäßig gesehen sind diese Gruppen schlechter daran als früher. Kommt nun jetzt ein Steuertarif, der eine mathematische Linie der Steuerprogression durch alle Gruppen zieht, also diese Vergünstigung beseitigt, so kommt zu der Nivellierung der Einkünfte im kleineren Mittelstand eine weitere Besteuerung noch hinzu.

Ein Wort zu dem allein gerechten Tarif, den das Finanzministerium vorschlägt. Sie haben in den Veröffentlichungen diese gleichmäßig angezeigte Linie gesehen und bemerkt, daß hier ein besonderer Maßstab, nämlich ein logarithmischer, vorliegt. Sicherlich ist eine formale Gerechtigkeit gegeben. Der Anstieg der steuerlichen Belastung ist in allen Gruppen – natürlich ausgehend von dem jeweiligen Einsatzbedarf – der gleiche. Also zwischen DM 6.000,- und DM 10.000,- ist die Steigerung genau dieselbe wie zwischen DM 60.000,- und DM 100.000,-; es ist nicht derselbe Prozentsatz, aber die Steigerung ist die gleiche. Das hängt mit diesem logarithmischen Tarif zusammen.

Man sagt mit Recht, steuerliche Gerechtigkeit ist keine mathematische, sondern eine gesellschaftspolitische Angelegenheit. Es wird mit Recht darauf hingewiesen, daß diese Gruppen, die bisher in der Sparleistung und auch in der Investitionsleistung im eigenen Betrieb Hervorragendes geleistet haben, verglichen mit den alten Tarifen, schlechtergestellt werden. Ich kann es verstehen, daß das Finanzministerium bei seiner Kurve bleiben möchte, daß es die frühere Begünstigung für diese Gruppen nicht wiederhaben möchte; denn in diesen Einkommensgruppen sitzt die große Einnahmense.

112 Gradl hatte in der Sitzung des CDU-Unterausschusses Finanzen und Steuern, Geld und Kredit vom 16. März 1954 den Auftrag bekommen, das Thema: Belastung der verschiedenen Einkommensgruppen (Kritik der Tarifkurve) zu behandeln (ACDP VII-004-079/2). Er legte seine Ausarbeitung am 21. April vor (Text in NL Becker ACDP I-162-026/1).

Die dritte Gruppe von Kritik ist die Kritik an dem Unternehmertarif. Hier werden die Steuerbelastungen etwa der Einkommen von DM 20.000,- bis DM 60.000,- genannt. Auch diese Gruppen waren früher in der Einkommensteuer noch bevorzugt. Bei ihnen war die Progression nicht so stark wie bei den darunter- und darüberliegenden Gruppen. Aus diesen Unternehmerkreisen wird eingewandt, daß die Progressionsspitze noch sehr hoch liege, daß zwar eine Gesamtbelastung des Einkommens nicht über 55 % hinausgehen soll, daß aber zur Erreichung dieses Ansatzpunktes von 55 % Stufen liegen, in denen durch die Einkommensteuer der Einkommenszuwachs mit fast 64 % besteuert wird. Man sagt, der Finanzminister habe hier gegen sein eigenes Prinzip verstoßen.

Zu dem Problem der Körperschaftsteuer ist ein Thema auch in unseren Kreisen gestellt und in unserem Finanzprogramm vor den Wahlen formuliert worden, das folgendermaßen dargestellt werden kann: Die Steuerbelastung der wirtschaftlichen Unternehmen soll die Unterschiede in der Organisationsform nicht übermäßig betonen; man soll, gleichgültig ob es sich um eine OHG oder um eine GmbH handelt, die Steuerbelastung annähernd gleichmäßig führen.

Wenn das gefordert wird, dann rückt das Thema der Doppelbesteuerung von Körperschaft- und Einkommensteuer bei den Ausschüttungen erneut in den Mittelpunkt. Der Herr Bundesfinanzminister hat zwar das Thema der Doppelbesteuerung mit dem schmückenden Beiwort „das Thema des Unsinn“ behaftet. (*Schäffer*: Nicht so hart!) So ähnlich steht es in Ihrer Rede. (*Schäffer*: Töricht heißt es.) Trotzdem ist dieses Thema gestellt. Alle Versuche, den Kapitalmarkt zu fördern, scheitern an dieser Form der Doppelbesteuerung. Es hat nicht den Anschein, als ob man das Kapitalmarktförderungsgesetz¹¹³, das jetzt neuerdings in der Öffentlichkeit von führenden Bankiers angegriffen wird ... (*Scharnberg*: Einseitig!) Bankiers sind nie einseitig, Herr Scharnberg. Herr Abs¹¹⁴ belastet sich, wenn er sagt, daß auch die Banken die privilegierten Kapitalmarkttitel hereingenommen haben, um eine steuerfreie Einnahme zu besitzen. Man wird das Kapitalmarktproblem für die Aktiengesellschaften nicht lösen können, ohne sich mit der Doppelbesteuerung ernstlich auseinanderzusetzen. Es genügt nicht, daß man vorübergehend einen verminderten Körperschaftsteuersatz von 30 % für das Ausgeschüttete akzeptiert, insbesondere wenn dabei gesagt wird, es ist nur etwas Vorübergehendes, ich werde es demnächst wieder beseitigen. Das genügt nicht, sondern man wird es zum Prinzip machen müssen, daß der ausgeschüttete Gewinn anders besteuert wird als der thesaurierte Gewinn. Nur aus Kreisen der selbständigen Unternehmer heraus finden wir Verständnis für dieses Thema.

113 Erstes Gesetz zur Förderung des Kapitalmarkts vom 15. Dezember 1952 (BGBl I S. 793).
– Durch Änderung des Einkommensteuergesetzes werden festverzinsliche Wertpapiere steuerbegünstigt, die damit einen Anreiz zur Kapitalbildung geben sollen.

114 Hermann Josef Abs (geb. 1901), Bankier, seit 1938 Deutsche Bank (1957–1967 Sprecher des Vorstands, 1967–1976 Vorsitzender des Aufsichtsrats, seither Ehrenvorsitzender), 1951–1953 Leiter der deutschen Delegation bei der Londoner Schuldenkonferenz.

Die Großunternehmen und auch die Banken wollen keinen gebrochenen Körperschaftsteuertarif. Sie wünschen einen einheitlichen Körperschaftsteuertarif, um der Politik der Vorstände hinsichtlich der Ausschüttung und der Thesaurierung freie Hand zu lassen. Mittlere Unternehmen in Personalgesellschaftsform unterstützen diese Vorschläge ebenfalls, weil sie diese übermäßige Belastung der Körperschaften aus Konkurrenzgründen gerne sehen. Ich glaube, daß hier ein sehr wichtiges Problem gestellt ist und daß man dieses Thema in Arbeit nehmen muß. In den angelsächsischen Ländern ist man auf diesem Wege. Auch dort wird die Doppelbesteuerung erheblich vermindert. Es darf nicht in diesem Punkt der Wunsch des Bundesrates akzeptiert werden, der die Vergünstigung für die ausgeschütteten Gewinne wieder gestrichen hat, sondern man müßte ganz planmäßig auf dieses Ziel zugehen, die ausgeschütteten Gewinne zu einem maßvollen Steuersatz bei der Gesellschaft zu versteuern, den sie selbstverständlich mit der persönlichen Einkommensteuer voll in Anspruch nimmt.¹¹⁵

Ein weiterer Problembereich, der bei der Kritik zu den Steuervorschlägen eine Rolle spielt, ist alles das, was sich um den Familienstand gruppiert. Dabei wird auf der einen Seite gesagt – rechnerisch ist es auch nachgewiesen –, daß gewisse Einkommensgruppen der Ledigen in Zukunft stärker belastet werden als in der Vergangenheit. Es wird auch die Besteuerung der Ehegatten erneut zur Debatte gestellt, z.B. die Frage, die Ehefrau steuerlich zu verselbständigen auch dort, wo sie im Betrieb des Mannes mitarbeitet oder auch dort, wo sie selber in selbständiger Weise tätig ist. Auch der Frau des Bauern und der Frau des Gewerbetreibenden möchte man einen eigenen Steuerstatus geben.

Dieses Problem hat für uns nicht nur steuerliche und finanzpolitische Gesichtspunkte, sondern es steht auch unter dem Begriff der Familie und der – der Herr Finanzminister verzeiht es mir – Einnahmen. Man müßte genau wissen, was hier eine Senkung bedeuten würde. Man müßte kalkulieren, ob man nicht einen gewissen Betrag zur Verfügung stellen kann. Ich glaube, daß diese Probleme im Rahmen der Familienrechtsreform mitbehandelt werden müssen. Vielleicht ist es für die Steuerreform noch zu früh, dieses Thema in der richtigen Weise zu lösen.

Ein weiterer Problembereich ist die steuerliche Begünstigung für Wohnbauten und Schiffsbauten; es handelt sich um 7c- und 7d-Gelder. Hier wird es darauf ankommen, daß die Ersatzlösungen angeboten werden, von denen man spricht, damit sich sowohl der Wohnungsbau als auch der Schiffsbau in Zukunft, wenn auch nicht in der gleichen Weise wie bisher, so doch angemessen finanzieren kann.

Ein weiteres Problem ist die Erbschaftsteuer. Man hält die Senkungen, die die Regierungsvorlage bringt, für unzureichend, in erster Linie im Hinblick auf die eingetretene Entwertung der Mark von heute gegenüber den zwanziger Jahren. Die Steuer tritt heute kaufkraftmäßig schärfer in Erscheinung als damals.

Dann ist in der Öffentlichkeit über die Erhöhung der Umsatzsteuer für den Großhandel ernst diskutiert worden. In dieser Richtung ist der Bundesrat bereits tätig

115 Vgl. Berichterstattung im Bundesrat – Sten.Ber. 121. Sitzung vom 9. April 1954 S. 96–101.

geworden. Wir stehen hier nicht vor Interessenforderungen von seiten des Großhandels allein, sondern auch der Einzelhandel hat sich diesen Forderungen angeschlossen. Ich glaube, Herr Bundesfinanzminister, ein Betrag von 150 Millionen oder 200 Millionen, der aus der Erhöhung der Umsatzsteuer kommen soll, rechtfertigt es nicht, im Rahmen einer Steuersenkungsaktion eine Steuererhöhung vorzunehmen, die doch nur einen sehr kleinen Kreis von Unternehmern trifft und je nach der Branche sehr erheblich ins Gewicht fällt. Ich meine, daß man diese Dinge wieder streichen und dem Bundesrat folgen sollte.

Dann werden erhebliche Bedenken gegen die Neufassung des § 10 des Einkommensteuergesetzes erhoben. Die freien Berufe, insbesondere die Leute über 50 Jahre, konnten hier doch einen erheblichen Sparbetrag ansammeln. Auch diese Dinge müssen erörtert werden, denn die Mißstimmung in Kreisen der freien Berufe über diese Verringerung ihrer freiwilligen Altersfürsorge ist sehr groß.

Ich habe damit die Haupteinwendungen, die bei der ersten kursorischen Behandlung der Regierungsvorlage im Ausschuß aufgekommen sind, erörtert. Bei der Durcharbeitung der einzelnen Bestimmungen, insbesondere unter Berücksichtigung dessen, was die Bundesregierung nunmehr zum Vorschlage des Bundesrates sagen wird, werden sich noch andere Gesichtspunkte ergeben. Es ist nun die Frage zu stellen, wie soll man seitens der Partei das Finanz- und Steuerprogramm weiterbehandeln. Man sollte unter allen Umständen anstreben, daß CDU und CSU auf einer Linie marschieren. Die Herren der CSU – ich habe heute die Denkschrift von Steffan¹¹⁶ bekommen – sind sehr eifrig mit Änderungsvorschlägen auf dem Weg dazu. Da wir in der Arbeitsgemeinschaft Vertreter der CSU haben, auch Herrn Steffan, glaube ich, daß es möglich sein würde, zu einheitlichen Vorschlägen der organisatorisch noch getrennten Parteien zu kommen.

Dann müssen wir uns ernstlich mit der Frage befassen, ob man die Entschließung der Fraktion zur Steuerreform, wenn sie nachher in das entscheidende Stadium des Vermittlungsausschusses – der die Differenzen zwischen Bundesrat und Bundestag auszugleichen hat – geht, so lassen kann. Verfassungsrechtlich kommen in diesen Dingen nur die Fraktionen zu Wort. Wenn die Partei den Willen hat, sich an dieser Reformarbeit zu beteiligen, so müßte eine Klammer geschaffen werden zwischen dem, was in der Partei erarbeitet werden kann, und dem, was in der Fraktion zu diesen Themen herausgearbeitet wird.

Wir haben in der letzten Vorstandssitzung ein Sechsergremium eingesetzt.¹¹⁷ Es ist die Frage, ob bei der Fülle der Probleme ein solcher Sechserkreis ausreichen wird, insbesondere, ob es möglich sein wird, mit einem solchen Sechsergremium die öffentliche Arbeit der Partei in der richtigen Weise zu leisten. Es wird in

116 Dr. Franz Steffan (1899–1982), 1926–1972 Bayerische Staatsbank (seit 1930 Mitglied des Direktoriums) und Vereinsbank (1949 Vorstandsmitglied, 1966 Aufsichtsratsmitglied). – Möglicherweise aber gemeint der „Stewens-Plan“ (vgl. Anm. 122).

117 In der Sitzung vom 16. März 1954 (vgl. Anm. 112) wurden verschiedene Fachleute mit der Behandlung einschlägiger Themen betraut.

den nächsten Tagen darauf ankommen, daß nicht nur in den eigenen Reihen der Partei, in den Landesverbänden und in deren Ausschüssen volle Klarheit über das Reformprogramm besteht, sondern es muß auch dahin kommen, daß unsere Freunde in den verschiedensten wirtschaftlichen Organisationen wissen, was die Partei in diesen Dingen nun wirklich will.

Die Finanzreform des Jahres 1954 wird zunächst bei den Landtagswahlen eine Rolle spielen¹¹⁸; sie wird aber sicherlich darüber hinaus von Bedeutung sein. Es kommt darauf an, daß die Willens- und Meinungsbildung zunächst in der Fraktion erfolgt, daß aber die Partei an dieser Arbeit so beteiligt wird, daß sich dies bis in die letzte Landesorganisation oder Kreisorganisation auswirkt. Wir werden unsere Redner hinausschicken müssen, wenn sich die Angriffe in der Öffentlichkeit verstärken. Die Partei muß diese Reform mittragen.

Ich möchte zum Schluß die Frage stellen, was kann noch getan werden, um zu dieser Meinungsbildung zu gelangen? Ich glaube nicht, wenn wirklich in der Fraktion oder im Kabinett in einem kritischen Stadium das Wort der Partei zur Geltung kommen soll, daß dieses allein vom Standpunkt der Unternehmer- und Wirtschaftskreise heraus erfolgen kann, sondern daß wir unter allen Umständen in diesen Verhandlungen auch die Sozialausschüsse beteiligen müssen, damit wir nicht wieder eine Panne erleben wie im letzten Sommer vor den Wahlen, daß ein Aufruf des Wirtschaftspolitischen Ausschusses schließlich kurz vor der Veröffentlichung am Votum der Sozialausschüsse scheitert. Man wird auch die Kommunalpolitische Vereinigung in diesem Stadium heranziehen müssen. Der Mittelstand hat seine eigene Organisation. Es müssen sich die Kommunalpolitiker an dieser Arbeit beteiligen.

Wenn der Vermittlungsausschuß eine Rolle spielt, dann muß dafür gesorgt werden, daß wir zu einem Kontakt zwischen den Finanzministern der Ländern kommen, die zu uns gehören. Es ist die Frage an den geschäftsführenden Vorstand zu richten, in welcher Weise – wenn wir die Aufgabe der Partei neben der Fraktion bejahen – ein solches Arbeitsgremium nun zu bilden ist. Wenn dies geschieht, dann ist die Hoffnung gegeben, daß der Bundesfinanzminister seine Geheimnisse, die er im ersten Stadium vielleicht hüten mußte, uns nunmehr mitteilt, damit auf diese Weise die Finanz- und Steuerreform doch zu einem Erfolg, auch für die Partei, geführt werden kann. (*Beifall.*)

Schäffer: Meine Damen und Herren! Ich spreche in Ihrem Kreise zunächst als Gast, nämlich als Angehöriger der CSU. (*Adenauer:* Nein, als Bundesfinanzminister!) CSU heißt Christlich-Soziale Union, CDU heißt Christlich-Demokratische Union. Ich bemerke, daß sich die CSU, weil sie Christlich-Soziale Union heißt, nicht einbildet, etwa mehr Gewicht auf das Soziale zu legen als die CDU. (*Kaiser:* Das wäre aber schön!) Die CDU wird hoffentlich nicht annehmen, daß die CSU weniger Gewicht auf das Demokratische legt. (*Adenauer:* Doch! – *Heiterkeit.*) Ich glaube, daß wir in diesen beiden Fragen einig sind. Ich möchte dem Herrn Bundeskanzler in etwa widersprechen. Ich spreche nicht so sehr als Finanzminister, sondern in diesem Falle

118 Die „Große Steuerreform“ trat am 16. Dezember 1954 in Kraft (BGBl I S. 373).

als Angehöriger der CSU, die, wenn sie auch in Bayern eine Schwesterpartei ist, mit der CDU eine Einheit sein müßte.

Was mich in den letzten Woche bedrückt hat, ist die Gefahr, daß die CDU/CSU – ich nehme sie gemeinsam – im Bund und in den Ländern von verschiedenen Gesichtspunkten aus zu verschiedenen Lösungen in diesen entscheidenden Fragen kommt. Ich habe meinem Ministerpräsidenten Ehard, der gleichzeitig Landesvorsitzender ist, neulich gesagt: Mein lieber Freund! Wenn wir im November 1954 Landtagswahlen in Bayern haben, dann wird die Frage der Finanzpolitik eine Rolle spielen. In Bayern ist der Föderalismus – wenigstens bei einem Teil der Bevölkerung – eine Volksangelegenheit, während er in den anderen Ländern nicht so sehr Volksangelegenheit ist. In Bayern wird die Frage des Föderalismus neben dem Finanzproblem eine Rolle spielen.

Da ich nun die Überzeugung habe, aus guten Absichten gehandelt zu haben, müßte ich, wenn mich der Landesvorsitzende im Stich läßt, bei der Landtagswahl meine Überzeugung vertreten. Wir müssen rechtzeitig versuchen, zu einer Einigung zu kommen. Das gilt für die ganze CDU/CSU.

Ich möchte das, was ich am Schluß als Ergebnis sagen will, gleich bekanntgeben. Ich wünschte, wir kämen heute dazu, ein kleines Gremium zu wählen, in dem die Bürokratie nicht vertreten ist, sondern nur Politiker, das sich über die Frage unterhalten soll: Ist es möglich, noch vor den Landtagswahlen, also vor dem 27. Juni, zu einer Plattform zu kommen und der Öffentlichkeit mitzuteilen, daß CDU und CSU im Bund und in den Ländern grundsätzlich eine Einigung gefunden haben?

Das ist das, was ich als den wesentlichsten Punkt herausstellen möchte. Ich habe – um auf das Thema einzugehen – am 11. März im Bundestag das Wort von der geschichtlichen Aufgabe gesprochen. Es hat sich nicht so sehr auf die Steuerreform als auf die Finanzreform bezogen. Über die Finanzreform hat die Öffentlichkeit fast nichts geschrieben, aber wenn sie etwas geschrieben hat, dann hat sie es meist falsch geschrieben. Der Herr Kollege Strickrodt hat gesagt, die Erwartungen seien zu hoch gespannt gewesen. Wenn sie zu hoch gespannt waren, dann deshalb, weil von alledem, was vorausgegangen ist, überhaupt nichts gelesen worden ist. Ich habe absichtlich in der mir angeborenen Bescheidenheit den Ländern den Vorgriff gelassen.

Über die Steuerreform und die Finanzreform haben seit einem halben Jahr Ausschüsse der Länder getagt, in denen ihre Gedanken vorgetragen wurden, und zwar über die Steuerreform der Troeger-Ausschuß und über die Finanzreform der Ausschuß der Sachverständigen in Siegburg¹¹⁹, wo das Bundesfinanzministerium beteiligt war. Wir waren uns über die Grundsätze in diesen beiden Gremien ziemlich einig.

119 Der sog. Troeger-Ausschuß, de facto ein Ausschuß des Bundesrates, hatte nach zweijähriger Beratung „Diskussionsbeiträge zur großen Steuerreform“ als Ergebnis seiner Arbeit vorgelegt. – Dr. Heinrich Troeger (1901–1975), 1945–1948 Oberbürgermeister von Jena (SPD), ab 1947 Ministerialdirektor im hessischen Finanzministerium, Generalsekretär im Exekutiv- und bizonalen Länderrat, dann Ministerialdirektor im Finanzministerium NW, 1951–1956 Finanzminister Hessen, 1956–1957 Präsident der Landeszentralbank Hessen,

Ich möchte feststellen, daß das Finanzverfassungsgesetz und die sich anschließenden Gesetze mit den Ländern bis ins einzelne besprochen worden sind. Die Länder haben ihren Standpunkt vertreten, und das Bundesfinanzministerium hat ebenfalls mitgeteilt, welche Stellung es zu den einzelnen Fragen einnehmen wird.

Auch über das Verhältnis 40 : 60, über die Revisionsklausel, die Ergänzungsabgabe usw. ist damals in Siegburg mit den Ländern gesprochen worden. Heute heißt es manchmal, die Steuerreform gehe zu Lasten der Länder. Ich erinnere an Bad Nauheim, wo ich zum ersten Mal das Elaborat der Sachverständigen der Länder erhielt¹²⁰ und ich die Länder gewarnt habe, mit diesem Elaborat sofort an die Öffentlichkeit zu treten. Sie haben es trotzdem getan. Das Elaborat hat mit einem Steuerausfall geendet ungefähr wie der Vorschlag des Bundesfinanzministers, nämlich mit etwa 2.000 Millionen. Der Vorschlag des Bundesfinanzministeriums ergibt jetzt ungefähr einen Ausfall von 2.300 Millionen.

Die Länder haben damals gewußt, daß der Ausfall auf Kosten von Bund und Ländern, und zwar vermutlich im Verhältnis 40 : 60 geht. Die Länder wußten also damals, welchen Ausfall sie zu tragen haben. Es ist daher unberechtigt, wenn heute von seiten der Länder gesagt wird, sie seien etwa überrascht worden. Sie hatten doch den Vortritt, und sie haben den Vorschlag gemacht.

Als wir in der Bundesregierung diese Steuerreform, die eine Steuersenkung ist, beschlossen haben, haben wir gedacht, dies sei der Weg, um für die Landtagswahlen eine günstige Atmosphäre zu schaffen. Heute ist es so, daß wir uns – das ging aus dem Referat des Kollegen Strickrodt hervor – verteidigen müssen, weil wir eine Steuersenkung – wenn wir die ganzen Einkommen- und Körperschaftsteuern von 1953 und 1954 zusammennehmen – von 30 bis 35 % vornehmen. Daran, meine lieben Freunde, ist die eigene Partei mit schuld. Man kann gewiß über Einzelheiten einer Steuerreform eine andere Meinung vertreten; man kann sagen, mein Berufsstand hätte eine größere Berücksichtigung verdient. Aber im allgemeinen hätte doch dazugehört, daß man das Ganze als solches einmal gewürdigt und nicht nur sein spezielles Bäumchen, um das man eigensüchtig herumtanzt, gesehen hätte. In allen öffentlichen Erörterungen ist bisher nur von den einzelnen Bäumchen, aber nicht von dem Wald gesprochen worden.

Ich darf dazu folgendes feststellen: Psychologisch gewinnt man einen Sieg dann, wenn man an den Sieg glaubt und von ihm spricht, aber nicht, wenn man das Gegenteil tut und das, was die Freunde tun, ablehnt. Wir sind doch kein Obrigkeitsstaat mehr, sondern die Regierung ist ein Ausschuß von Parteifreunden und sonst nichts. Und was

1958–1969 Vizepräsident der Deutschen Bundesbank. – Mit Sachverständigenausschuß war möglicherweise der Wissenschaftliche Beirat beim Finanzministerium oder aber eine vom Finanzminister eingesetzte unabhängige, vornehmlich mit Experten aus den Ländern besetzte Studienkommission gemeint. Zu ihren Ausarbeitungen vgl. BR-Drs. 78/54 S. 137–170 bzw. 171–177; dort auch die Zusammensetzung der Gremien.

120 Vgl. Anm. 119.

die Regierung Gutes tut, das gilt für die Partei. Das Schlechte kann man ablehnen, aber das Gute sollte man für die Partei übernehmen und sagen, wir haben es getan. Wenn aber jedes einzelne Grüppchen meint, es müsse sich in den Gegensatz zur Regierung stellen, dann geht die Werbekraft einer solchen Gesamttaktion ohne weiteres verloren. Ich muß sagen, das hat mich geschmerzt.

Was mich weiter schmerzt, ist die Art der Argumentation. Zunächst handelt es sich um die Kassenhaltung, und zwar ganz gewiß um die Kassenhaltung, wenn ich die gesamte öffentliche Hand zusammennehme. Öffentliche Hand sind Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsanstalten und sonstige öffentlich-rechtliche Institutionen. Zunächst will ich vom Bund reden. Ich muß immer mit dem Tag im Monat rechnen, der alle Monate wiederkehrt, nämlich mit dem Monatsletzten, um festzustellen, was an Kassenhaltung vorhanden ist. Wenn ich die Kassenhaltung des Bundes von heute nehme, so ist am Anfang April der Kassenbestand des Bundes rd. 1.900 Millionen. Er ist hoch; aber die rückständigen Besatzungskosten, über die der Bund nicht verfügen kann und über die die Alliierten bereits verfügt haben, wo wir also gebunden sind, sind ungefähr 500 Millionen höher als dieser Kassenbestand. Wenn wir die rückständigen Besatzungskosten nicht hätten, dann hätte der Bund heute einen Kassenfehlbetrag von 500 bis 600 Millionen DM. Das ist die Kassenlage des Bundes.

Bei den Ländern liegt es wesentlich günstiger; die Länder haben keine rückständigen Besatzungskosten, aber Guthaben. Ich will dagegen nichts sagen. Man muß die Einzelheiten kennen. Bei den Ländern sind die Dinge einfach so, daß sogenannte fremde Gelder bei ihnen liegen, Gelder, die der Bund ihnen für Wohnungsbau usw. gibt, die noch nicht verwendet sind, die aber in ihrer Kasse liegen.

Bei den Gemeinden ist der Kassenbestand am höchsten, viel höher als beim Bund und bei den Ländern. Die Gemeinden sind gesetzlich zu gewissen Rücklagen verpflichtet. Gut, wollen wir uns damit abfinden! Bei den Sozialversicherungsanstalten herrscht das Prinzip des sogenannten Deckungskapitals. Ich erinnere daran, welche Schwierigkeiten es im vorigen Jahr und heuer gegeben hat, ehe ich die Sozialversicherungsanstalten dazu bewegen konnte, dieses Deckungskapital zum Teil in Schuldverschreibungen des Bundes anzulegen. Die Parteien haben dagegen getobt, insbesondere die Opposition. Aber es war mir in der Zwischenzeit gelungen, mit der Bundesanstalt und den Sozialversicherungsanstalten einen Vertrag zu schließen. Nachdem der Vertrag bereits unterschrieben ist, wird das politische Hindernis wohl überwunden sein. Ich darf aber sagen, es hat in der Öffentlichkeit nichts so vergiftend gewirkt wie dieses Wort von den Kassenbeständen des Bundes.¹²¹ Das Gegenteil ist richtig!

121 Tabellen über die Kassenüberschüsse (Juliusturm) bei Franz NEUMANN: Daten zu Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1950–1975. Baden-Baden 1976 S. 327ff. Zur Diskussion um den Juliusturm vgl. „Juliusturm oder Danaidenfaß?“ („Grüner Brief“ 12/Januar 1956 des Instituts „Finanzen und Steuern“); Juliusturm und Steuersenkung. Kritische Betrachtungen zur Finanzpolitik und zu den Steuerschätzungen

Das zweite Wort! Wenn die Zahlen, die der Bundesfinanzminister an die Öffentlichkeit gibt, richtig waren, dann hätte man auch der Logik der Zahlen folgen müssen. Aber man hat die Zahlen bestritten. Ich erinnere nur an den Aufsatz des Instituts für Wirtschaftsforschung in München.¹²² Der Bundesrat hat Gelegenheit gehabt, zu diesem Aufsatz des Instituts für Wirtschaftsforschung Stellung zu nehmen. Die Finanzminister der Länder haben einstimmig ohne Erörterung dieses Gutachten abgelehnt. Das Gutachten sah bekanntlich vor, daß es dem Bund möglich sei, eine Steuersenkung von noch weiteren 1.500 Millionen vorzunehmen.

Das Institut für Wirtschaftsforschung, mit dem ich erst Fühlung nehmen konnte, nachdem der Aufsatz erschienen war, denn vorher war mir nichts mitgeteilt worden von den Plänen, hat am letzten Samstag einen Schnellbrief herausgegeben, der nichts anderes als einen Rückzug bedeutet. In diesem Schnellbrief wird festgestellt, daß es gar nicht die Absicht des Instituts für Wirtschaftsforschung gewesen sei, die Zahlen des Bundesfinanzministeriums anzugreifen. Es sei im Prinzip mit der Steuerreform als einem großen Werk einverstanden. Es gebe nur Schätzungsgrenzen. In diesen Schätzungsgrenzen sei es vielleicht abweichend vom Bundesfinanzministerium, aber das könne man mit Sicherheit nicht sagen, das müsse man den politischen Faktoren überlassen.

Kann ich vom lieben Gott erwarten, daß er einmal sagt: Es reut mich, den Menschen geschaffen zu haben? (*Adenauer*: Das hat er getan!) Das hat er gesagt, gut, aber von einem Professor kann ich nie verlangen, daß er sagt: Es hat mich gereut, daß ich dieses Gutachten herausgegeben habe. Einen solchen Professor habe ich noch nicht gefunden. Wenn gesagt wird, es sind Schätzungsgrenzen, dann weiß ich ungefähr, daß ich mich dem lieben Gott in seiner Reue über die Schaffung des Menschen etwas genähert habe. Dieses Gutachten ist also nach meiner Überzeugung nicht mehr die Grundlage für ernsthafte Überlegungen.

Ich darf etwas sagen über den Gesamtzusammenhang. Wir haben letzten Endes zwei Weltkriege verloren. Das sollten wir nicht vergessen. Wir mußten nach dem Jahre 1945 wieder neu aufbauen. Warum haben wir jetzt die Steuerreform gemacht? Wir haben die Steuerreform gemacht, weil wir erklärt haben: Ziel unserer Finanzpolitik ist, 1. die Mittel für den sozialen und wirtschaftlichen Wiederaufbau des deutschen Volkes bereitzustellen und 2. trotzdem die finanzielle Ordnung aufrechtzuerhalten und damit die uns anvertraute junge Währung zu schützen. Das waren die beiden Ziele.

Da wir aber wissen, daß ein Volk, das diese beiden Ziele verfolgen muß, vor der Gefahr einer Überbelastung von Steuern steht, wollen wir die Politik, die wir vom Jahre 1949 ab bis zur Koreakrise und nach ihrer Überwindung wieder vertreten

des Bundesfinanzministeriums. Teil I: Haushaltslage des Bundes – Juliusturm. Hrsg. vom Präsidium des Bundes der Steuerzahler e.V. Stuttgart April 1956.

122 IFO-Institut: Untersuchungen zur Großen Steuerreform, Teil I: Voruntersuchungen; Teil II: Der Stewens-Plan vom 4. November 1953. München 1953. Vgl. auch IFO-Schnelldienst vom 2. April 1954.

haben – nämlich die steuerliche Überbelastung, soweit sie die Wirtschaft zu erdrosseln droht, weiter abzubauen –, fortführen. Wir sind mit dieser Parole in den Wahlkampf gegangen und haben sie auch durchgefochten. Wir haben nun das Versprechen, das wir den Wählern gegeben haben, termingemäß und überraschend schnell, so möchte ich sagen, erfüllt.

Wir haben zuerst den Haushaltsplan für 1954 aufgestellt. Der Haushalt 1954 ist – ich bitte Sie, einmal die unparteiische Schrift des Instituts für Finanzen und Steuern über den Haushalt 1954 nachzulesen¹²³ – insofern eine Wende gewesen, als wir im Bund zum ersten Mal versucht haben, uns dem steigenden Etatbedarf entgegenzustellen und trotz steigender Einnahmen den Haushalt nicht aufzublähen, sondern die steigenden Einnahmen zur Konsolidierung zu verwenden und außerdem das Prinzip aufzustellen, die öffentlichen Investitionen nicht aus Steuergeldern, sondern aus Anleihemitteln zu bezahlen. Die Generation, die den Genuß der öffentlichen Investitionen hat, soll auch die Tilgung dieser Investitionen bezahlen. Das ist ein gesundes Prinzip; es ist im Bundeshaushalt prinzipiell durchgeführt.

Nun eine Nebenbemerkung, die ich von den Vertretern der Länder nicht als feindlich gesonnen aufzufassen bitte. Wenn ich die Gesamtheit der Länder nehme, so ist das gegenüber den einzelnen in gewissem Sinne eine Ungerechtigkeit, aber ich muß einmal mit dem Durchschnitt rechnen. Im Durchschnitt verwenden die Länder im Jahre 1953 noch drei Milliarden Steuergelder für öffentliche Investitionen. Wenn die Steuersenkung zur Folge hat, daß dadurch der Kapitalmarkt gestärkt wird und dieser gestärkte Kapitalmarkt die öffentlichen Investitionen vom Steuerzahler übernimmt und infolgedessen die öffentlichen Investitionen sowohl im Bund wie in den Ländern auf den Anleihemarkt gehen, dann hat sich der Ring geschlossen.

Unsere Idee ist die: Wir wollen den Steuerzahler von der Gegenwarts pflicht, die öffentlichen Investitionen aus den Steuergroschen zu finanzieren, entlasten. Wir wollen den Kapitalmarkt stärken durch Steuersenkung. Der gestärkte Kapitalmarkt soll die Möglichkeit bieten, die öffentlichen Investitionen auf dem Anleiheweg zu finanzieren. Das ist der Grundgedanke der ganzen Finanzpolitik, die wir z.Z. betreiben. Das wird nur in der Öffentlichkeit zu wenig verstanden. Wenn ich von diesem Grundgedanken ausgehe, dann erklärt sich alles übrige, warum ich eine Steuersenkung mache.

Nun ist mit dem Wort Große Steuerreform manches verbunden worden, was falsch war. Ich habe absichtlich das Gutachten der Länder vorausgehen lassen, weil dieses Gutachten – was der Sinn der Großen Steuerreform war – alle Steuerarten zu prüfen hatte und dann ein Urteil abgeben sollte. Liegt der Fehler im Steuersystem oder liegt der Fehler in der Übersteigerung der Tarife? – so hat die Frage geheißen. Das Gutachten der Länder, das von nüchternen Sachverständigen aufgestellt war, kam zu dem Ergebnis: Das Steuersystem an sich ist unter den gegebenen Verhältnissen

123 „Grüner Brief“ 1/1954 des Instituts „Finanzen und Steuern“: Die finanziellen Grundlagen der Einkommen- und Körperschaftsteuerreform.

gesund. Man kann indirekte Steuern nicht entbehren. Aber das Verhältnis zwischen indirekten und direkten Steuern muß gesund sein. Wenn wir ein Aufkommen an direkten Steuern wie vor den beiden Weltkriegen hätten, dann könnte der Prozentsatz indirekter Steuern gering sein. Da wir aber diese hohen Einkommen der Vorkriegszeit nicht haben, ist das Verhältnis von 50 : 50, rund gesagt, das wir zwischen direkten und indirekten Steuern haben, ein relativ gesundes.

In den romanischen Ländern gibt es überwiegend indirekte Steuern, und zwar deshalb, weil dort die Leute nicht zur Steuerehrlichkeit zu erziehen sind. In den angelsächsischen Ländern gibt es ein Überwiegen der direkten Steuern, weil diese Länder, z.B. Amerika, reich sind und hohe Einkommen haben; sie haben also bei geringen Steuersätzen ein höheres Aufkommen. Wir haben diese hohen Einkommen nicht. Wir müssen Vermögen erst neu bilden. Infolgedessen halte ich das Verhältnis *rebus sic stantibus* von 50 : 50 für gesund.

Man sollte nicht über die Vielzahl der Steuern reden; die Spielkartensteuer, die Essigsteuer usw., die berühren den einzelnen Mann im Volke gar nicht. Alle die Steuerarten, die bei den Herstellern erhoben werden, die längst eingelebt sind, berühren den einzelnen Steuerzahler nicht. Was ihn berührt, ist in erster Linie die Einkommen- und Körperschaftsteuer und in zweiter Linie die Umsatzsteuer.

Um dieses Problem haben die Gedanken gekreist. Nun ist man trotz aller professoraler Vorschläge dazu gekommen, daß man gesagt hat: Die Umsatzsteuer bei uns hat sich so eingelebt, daß eine Änderung der Umsatzsteuer gleichzeitig eine Änderung aller Preis- und Kostenkalkulationen bedeuten und somit unser ganzes Wirtschaftsleben in eine Unruhe bringen würde. Wenn all die Pläne nach Mehrwertsteuern usw. durchgeführt würden, dann wäre der Erfolg unsicher, die Unruhe in bezug auf Preise und Löhne aber sicher. Deshalb haben alle gewünscht, daß man die Finger davonlassen soll. Die Praxis hat die Theorie in diesem Fall widerlegt.

So kam man zu der Erkenntnis, daß die Tarife geändert und möglichst gesenkt werden müssen. Alle bisherigen Klagen rühren daher, daß die Tarife zu hoch waren und daß die Steuervergünstigungen, mit denen man arbeiten mußte, damit die Wirtschaft nicht gelähmt wurde, das ganze Steuersystem kompliziert und zum Teil ungerecht gestaltet haben, die den geschickten oder moralisch hemmungslosen Menschen alle Möglichkeiten gegeben haben. Man wollte daher davon loskommen und eine gleiche Besteuerung herbeiführen.

Nun gibt es bei der Steuersenkung drei Grenzen. Mir ist es darum zu tun, daß wir in der Partei eine Sprachregelung finden. Wir müßten uns über die drei Grenzen einig sein. Ich hätte verstanden, wenn gesagt worden wäre: Jede Steuersenkung hat eine soziale Grenze. Es müssen die Mittel bleiben, um die notwendigen sozialen Leistungen durchzuführen.

Meine Damen und Herren! Der Bundesfinanzminister hat heute auf seinem Schreibtisch Anträge liegen, die Kriegsopferversorgung um 20 oder 40 % zu erhöhen. Der Bundesfinanzminister denkt mit Sorge – die Herren aus Nordrhein-Westfalen wollen es nicht für übel nehmen – an die Beamtenbesoldungsreform in Nordrhein-

Westfalen¹²⁴, die für den Bund und die anderen Länder eine Mehrausgabe von wenigstens einer Milliarde jährlich bedeuten würde. Der Bundesfinanzminister denkt mit Sorge an alle die Fragen, die mit dem Thema Sozialreform, Rentenerhöhung usw. zusammenhängen. Wenn aus Kreisen der CDU unter sozialen Gesichtspunkten gesagt worden wäre, die Steuerreform geht zu weit, weil sie die Mittel für soziale Leistungen nimmt, dann hätte ich Verständnis dafür gehabt. Aber ich muß Ihnen ehrlich sagen, daß ich unter diesem Gesichtspunkt mir selber gesagt habe: Gehen wir nicht etwa zu weit?

Dann kommt eine zweite Frage, die mit dem Verfassungssystem zusammenhängt, auch in sozialer Hinsicht. Nach dem Verfassungssystem ist es heute so, daß der Bund zur Deckung seiner Ausgaben auf die indirekten Steuern angewiesen ist. Wenn der Bund, weil er als Vertreter des gesamten deutschen Volkes die sozialen Lasten nach Art. 120 GG und die Verpflichtungen gegenüber dem Ausland, wie Besatzungskosten, Verteidigungsbeitrag, Auslandsschulden usw., zu tragen hat, sich immer neuen Ausgaben gegenüber sieht und gezwungen ist, etwa die indirekten Steuern über das normale Maß hinaus zu erhöhen, um die neuen Ausgaben zu decken, dann handelt er unsozial! Und das ist die Gefahr, die ich vor mir sehe, daß unser Grundgesetz uns zwingt, eine unsoziale und ungerechte Finanzpolitik zu treiben, indem der Bund nur auf die indirekten Steuern zurückgreift.

Deswegen auch die Frage: Gehen wir etwa bei der Senkung der direkten Steuern nicht zu weit und beschwören wir nicht die Gefahr einer indirekten, übermäßigen Belastung des Verbrauchers herauf? Ich muß sagen, es war mir sehr peinlich, als aus Kreisen der CDU der Vorschlag gemacht wurde, die Einkommen- und Körperschaftsteuer noch weiter zu senken und die Umsatzsteuer zu erhöhen. (*Von Brentano*: Aber nicht von der Fraktion!) Ich sage, nur aus Wirtschaftskreisen. Ich habe das als Angehöriger einer Partei, die einen sozialen Charakter hat, eigentlich nicht verstanden. Das ist also die Leistungsgrenze.

Die zweite Grenze ist eine internationale Grenze. Der Herr Bundeskanzler hat heute sehr ernst von der Bedeutung des EVG-Vertrages für das Leben der deutschen Nation gesprochen. Ich kann keine Finanzpolitik in der Öffentlichkeit vertreten, die damit rechnet, daß wir keinen EVG-Beitrag zu bezahlen haben werden. Ich muß dem Ausland gegenüber allein aus rein außenpolitischen Gründen den Standpunkt vertreten, daß Deutschland wenigstens bereit ist, den EVG-Beitrag in der Höhe zu bezahlen, der im vergangenen Jahr haushaltsmäßig eingesetzt worden ist. Ich habe in vergangenen Jahren 9.000 Millionen eingesetzt. Ich kann unmöglich vor dem Parlament vertreten, daß ich von diesen 9.000 Millionen einen erheblichen Betrag streichen will. Vielleicht stehen wir in den nächsten Wochen in neuen Verhandlungen über den Verteidigungsbeitrag. Wenn ich da hineingehe und hätte vorher dem

124 Entwurf für ein Besoldungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen war am 8. Oktober 1952 von der CDU-Fraktion eingebracht (Drs. 918), verabschiedet am 25. Mai 1954 (LT NW Sten.Ber. 2.WP Bd.4 S. 4214).

Haushaltsausschuß vorgeschlagen, den Verteidigungsbeitrag zu senken, dann würde ich in einer sehr schlechten Atmosphäre die Verhandlungen zu führen haben. Das ist auch – international gesehen – unmöglich.

Ich weiß genau, daß die Steuerbelastung Deutschlands mit der Vermögensabgabe durch den Lastenausgleich usw. höher ist, aber in einer Zeit, in der Eisenhower trotz seiner Wahlversprechen noch an einer Einkommensteuer von 82 % Höchstsatz und an einer Körperschaftsteuer, ohne die anderen Nebensteuern, von 52 1/2 % festhält, muß ich sagen, war es ein Wagnis, in Deutschland auf eine Einkommensteuer von 55 % und eine Körperschaftsteuer von 45 % herunterzugehen. Ich habe das Wagnis übernommen, weil ich glaube, es noch vertreten zu können. Ich möchte das Wort „noch“ dabei unterstreichen.

Wir haben eine dritte Grenze, die haushaltswirtschaftliche. Wir haben mit der Parole, daß wir die deutsche Währung in einem Zeitpunkt übernommen haben, in dem man für die Deutsche Mark in der Schweiz 19 Rappen erhielt, während man heute 102 Rappen für 1,- DM erhält, den Wahlkampf gewonnen. Wir müssen dem deutschen Sparer das Vertrauen lassen, daß die deutsche Finanzpolitik gesund ist.

Wir haben eine Steuerreform gemacht im Jahre 1953 vor den Septemberwahlen, nicht wegen der Septemberwahlen, aber vor den Septemberwahlen.¹²⁵ Diese Steuerensenkung hat damals einen Steuerausfall von rd. 1.600 Millionen DM bedeutet. Denen standen gegenüber der Wegfall der Steuervergünstigungen mit einem Betrag von rd. 1.000 Millionen DM. Herr Strickrodt, ich habe die Steuervergünstigungen nicht niedrig eingeschätzt. 1.000 Millionen DM dürften zumindest der Wirklichkeit nahekommen. Das ergibt eine Nettoentlastung des Steuerzahlers von 600 Millionen DM. Das war die erste Steuerreform.

Die zweite Steuerreform führt praktisch – mit ganz unwesentlichen Ausnahmen – keinen neuen Wegfall von Steuervergünstigungen herbei, das wird immer übersehen, sondern sie hält nur die bisher weggefallenen aufrecht und muß sie aufrechterhalten, d.h., sie sagt darüber gar nichts. Infolgedessen ist die neue Tarifsenkung eine reine Nettoentlastung des Steuerzahlers. Diese Nettoentlastung des Steuerzahlers beträgt 2.300 Millionen DM. Wenn ich dazurechne die Steuerfreiheit für die Kinderbeihilfen, die mit der Familienausgleichskasse zusammenhängen, so sind das weitere 300 Millionen = 2.600 Millionen.

Ich rechne nicht etwas, was ich bisher verschwiegen gemacht habe. Manche Dinge habe ich sehr gern, wenn man sie ohne den Gesetzgeber machen kann, z.B. die degressive Abschreibung. Die degressive Abschreibung haben wir ohne Gesetzgeber im Wege der Verwaltungsanordnung gemacht. Nehmen Sie nicht an, daß diese Abschreibung gering einzuschätzen sei. Die degressive Abschreibung bedeutet in ihren Auswirkungen, daß wenigstens 300 bis 400 Millionen DM Entlastung des Steuerzahlers und der Wirtschaft erfolgt.

125 Sog. Kleine Steuerreform vom 24. Juni 1953 (BGBl I S. 413).

Ich will es nicht im Wege der Gesetzgebung machen. Wenn ich etwas in die Gesetzgebung bringe, wecke ich alle schlafenden Hunde, die mir unter Umständen allzu große Unternehmerfreundlichkeit vorwerfen. Deswegen ist es gemacht worden. Man soll nicht vergessen, daß das immer danebenläuft. Es ist also so: 1. Die Steuerreform [1953] ergibt eine Nettoentlastung des Steuerzahlers von 600 Millionen. 2. Die Steuerreform in diesem Jahr ergibt eine Nettoentlastung des Steuerzahlers von 2.300 Millionen DM. Wenn die Kinderbeihilfe dazukommt, sind es 2.600 Millionen.

Die Länder können nicht sagen, daß sie allzusehr betroffen sind, weil sie 60 % davon zu zahlen haben; denn sie haben selbst ungefähr diese Größe vorgeschlagen. Wir machen das Ganze aus wirtschaftlichen Überlegungen. Der psychologisch kritische Punkt liegt ungefähr bei 55 %. Die 55 % liegen bei Einkommen über DM 614.000,- jährlich. Das bezieht sich also auf eine Handvoll Leute. Die größte Zahl, auch der Gewerbetreibenden – wobei ich insbesondere an den persönlichen Unternehmer denke –, wird infolgedessen unter den 50 % liegen. Das ist einer der Gründe, die beim Tarif eine Rolle gespielt haben.

Nun zu den Einzelheiten des Tarifs. Im Bundestag haben wir am 11. März gesagt, daß über die Doppelbesteuerung der Familie manches törichte Wort gesprochen wird. Ich darf begründen, warum ich zu diesem Ausdruck gekommen bin. Wir haben auch früher immer einen Körperschaftsteuersatz gehabt, der unter den höchsten Sätzen der Einkommensteuer gelegen hat. Wir haben jetzt das Prinzip des sogenannten Durchschnittssatzes. Wir haben den Durchschnittssatz mit 55 % als Höchstziffer festgelegt. Es war nun zu berechnen, was muß sich daraus für ein Körperschaftsteuersatz ergeben, wenn man berücksichtigt, daß der ausgeschüttete Gewinn einer Körperschaft bei den Gesellschaftern dieser Körperschaft noch einmal der Einkommensteuer unterliegt. Hier haben alle übereingestimmt, man kann 7 oder 10 % sagen. Wir haben zugunsten der Steuerzahler das Höchste angenommen, nämlich 10 %, und sind infolgedessen dazu gekommen, 55 % bei der Einkommensteuer als Durchschnittssatz und 45 % bei der Körperschaftsteuer vorzusehen.

Wenn so viel über die Doppelbesteuerung der Familie gesprochen wird, dann stelle ich eine Frage: Was schätzen wir in der Volkswirtschaft mehr, den persönlichen Unternehmer oder die anonyme Körperschaft? Ist mir der persönliche Unternehmer, der mit seinem ganzen Vermögen für den Erfolg oder Mißerfolg seines Unternehmens haftet, nicht wertvoller oder mindestens genauso wertvoll wie die anonyme Körperschaft, die natürlich auch ihre Lebensbedingungen hat? Auf keinen Fall darf das Steuerrecht dazu führen, daß der persönliche Unternehmer gezwungen oder veranlaßt wird, sich in eine anonyme Körperschaft umzuwandeln. Wenn ich bei der Körperschaftsteuer einen Satz nehme, der zu tief liegt, dann ist es ganz natürlich, daß der persönliche Unternehmer sagt, es kostet mich nur einen notariellen Akt, ich wandle mich in eine AG um, in eine Einmanngesellschaft, und habe einen Steuersatz von 30 %, während ich sonst einen solchen von 55 % hätte. Infolgedessen muß dieses Verhältnis gewahrt werden.

Wenn man gegen die Doppelbesteuerung kämpft, dann muß man wissen, daß man damit gegen die Voraussetzung ist, den Körperschaftsteuersatz geringer anzusetzen als den Durchschnittssatz der Einkommensteuer; denn das ist der springende Punkt, warum man bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer überhaupt verschiedene Sätze rechtfertigen kann. Das war das Grundprinzip.

Nun die Tarife. Ich bin gern bereit, Herr Bundeskanzler, mich in Ruhe mit unseren Freunden darüber auseinanderzusetzen, ob man den Tarif ändern und Ausbuchtungen vornehmen kann. Ich muß dabei zwei Grenzen setzen: 1. Es darf das Wagnis, das die Bundesregierung und der Bundesfinanzminister übernommen haben, nicht übersteigert werden. Wenn ich heute den Haushalt des Jahres 1953 abschließe, dann ergibt sich für das Jahr 1953 ein rechnungsmäßiger Fehlbetrag von 500 Millionen DM. Wenn ich die Jahre 1951, 1952 und 1953 zusammennehme, dann haben wir heute einen Fehlbetrag aus den drei Jahren von rd. 1,3 bis 1,5 Milliarden DM. Abschlußziffern kann ich erst am 30. Juni geben, weil die Besatzungskosten erst am 30. Juni abgeschlossen werden.

Ich werde immer angegriffen, daß der Bund den Kapitalmarkt zuungunsten der privaten Wirtschaft abschöpfe. Nichts ist so unwahr wie dieses! Der Bund hat in den letzten Jahren an neuen Geldern ganze 125 Millionen – also weniger als manche große Gemeinde – am Kapitalmarkt aufgenommen. Die Bundesanleihe von 500 Millionen war zu dreiviertel lediglich eine Umwandlung von kurzfristigen Krediten, die immer wieder vor sich hergeschoben worden sind. An neuen Geldern sind es 125 Millionen. Außerdem bemerke ich, daß diese Kredite aufgenommen werden für den außerordentlichen Haushalt, und zwar ein Drittel für Wohnungsbau, ein Drittel für Verkehrsbauten, wie Brücken usw., und das letzte Drittel für Wirtschaftsförderung und Unterstützung von schwachen Ländern, wie Schleswig-Holstein.

Ich werde von der Wirtschaft immer wieder gedrängt, neue Kredite zu geben. Ich kann sie nur auf dem Kapitalmarkt aufnehmen; aber gehe ich auf den Kapitalmarkt, dann werde ich von allen Wirtschaftlern beschimpft. So ist der Kreislauf der Dinge. Der Bundeshaushalt hat bisher den Kapitalmarkt sehr wenig in Anspruch genommen. Wenn man von der öffentlichen Hand spricht, dann möchte ich zwischen dem Bund einerseits und den anderen Teilen der öffentlichen Hand einmal unterscheiden. Die Bank Deutscher Länder hat es in ihrem letzten Bericht einmal getan. Das ist die Situation.

Also ich möchte so sagen: Wir haben hier den Versuch gemacht, daß wir den Kapitalmarkt möglichst schonen wollen. Jetzt kommt die Stellung des Bundesrates zum Tarif. Zum Tarif hat der Bundesrat eigentlich überhaupt keine Anträge gestellt; er hat lediglich eine Anregung gegeben. Ich nehme das nicht übel; denn jeder Vater liebt sein Kind. Auch der Troeger-Ausschuß liebt sein Kind, den Troeger-Tarif. Wir haben den Troeger-Tarif absichtlich nicht übernommen, weil der Troeger-Tarif für die Einkommen bis zu DM 8.000,- sehr schlecht ist und sogar eine höhere Belastung bedeutet als vor dem Jahre 1951. Das haben wir für politisch unmöglich gehalten.

Wir haben den gleichmäßig lautenden Tarif übernommen aus dem einfachen Grund, weil wir die Steuerreform als Abschluß – ich betone das – der Steuergesetzge-

bung betrachten und weil wir der Meinung sind, daß die Steuergesetzgebung nun Ruhe haben und diese Tarifänderung für absehbare Zeit die letzte sein, also Dauercharakter haben soll, auch nach oben. Wir haben infolgedessen gewollt, grundsätzlich einen Tarif zu schaffen, der alle die Vorwürfe, die gegen die bisherigen Tarife eingewandt werden – zum Teil mit Recht –, beseitigt. Der bisherige Tarif ging von der Größengruppe 1.000 zu 1.000 aus. Wenn jemand durch eine Lohnaufbesserung gerade die Grenze der Gruppe überstiegen hatte, war es möglich, daß die ganze Lohnaufbesserung durch die Steuererhöhung weggenommen wurde. Das wollten wir vermeiden. Deswegen dieser Tarif, der von DM 50,- zu DM 50,- steigt, so daß die bisherigen Härten nicht eintreten können.

Auch die Mittelstandstarife von DM 12.000,- bis DM 40.000,- haben, wenn ich die Veranlagung vom Jahre 1951 rechne, die nach dem Tarif erfolgte, eine Senkung von 30 bis 35 %, und zwar in den Jahren 1953 und 1954 rund immer die Hälfte. Ich möchte weiter bemerken: Ich habe von einem vernünftigen Mann ein Schreiben erhalten. Das einzige, was er auszusetzen habe, sei, daß die hohen Einkommen eigentlich zu günstig wegkämen. Es ist ein Mann, der selbst ein hohes Einkommen hat.

Wenn ich die haushaltswirtschaftliche Grenze halten muß, dann ist eine Änderung in der Mitte nur möglich, wenn gleichzeitig entsprechende Änderungen unten oder oben erfolgen. Wenn ich mir darüber klar bin, wo die Zahlen der haushaltswirtschaftlichen Grenzen liegen, kann ich am 17. Mai die Dinge zahlenmäßig beweisen, weil wir dann die Anforderungen der Ressorts für den nächsten Haushalt haben werden. Ich kann heute nur eine Schätzung abgeben. Die Schätzung lautet: Finanzreform und Steuerreform bedeuten für den Bundeshaushalt allein einen Ausfall von rd. 500 Millionen DM.

Ich habe im nächsten Jahr mit Mehrausgaben bestimmter Art – nämlich für das Kriegsentschädigungsgesetz, für die Auslandsverschuldung, das Kriegsfolgeschäden-schlußgesetz¹²⁶ usw. – zu rechnen, und diese Mehrausgaben werden die zu erwartenden Mehreinnahmen um 1.000 Millionen übersteigen. Der englische Schatzkanzler hat keine Steuersenkung gemacht; der österreichische hat eine gemacht, und zwar, wie er mir gesagt hat, aus dem Grund, weil er im vergangenen Jahr 1.000 Millionen Schilling Überschuß hatte.

Der deutsche Finanzminister macht eine Senkung, obwohl er im Jahre 1953 einen Fehlbetrag von 500 Millionen DM rechnungsmäßig hatte! (*Scharnberg*: Rechnungsmäßig!) Es sind für die drei Jahre zusammen 1.500 Millionen DM. Ich bitte Sie, die

126 Vermutlich Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz vom 30. Januar 1954 (BGBl I S. 5) mit Änderung vom 12. Juni 1954 (BGBl I S. 143); Ergänzung des Gesetzes zur Ausführung des Abkommens vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden vom 9. Februar 1955 (BGBl I S. 57); Gesetzentwurf zur abschließenden Regelung durch den Krieg und den Zusammenbruch des Deutschen Reichs entstandener Schäden (BT-Drs. 1659), Gesetz vom 5. November 1957 (BGBl I S. 1747).

Broschüre vom Finanz- und Steuerausschuß über diese Frage nachzulesen, die recht ernste Bemerkungen daran knüpft. Das sind die Gesamtreste aus all den Jahren. Ich kann es nicht genau beantworten. 1.000 Millionen sind allein der frühere Fehlbetrag. (*Scharnberg*: Das sind auch Reste!) Nein, das ist der reine Fehlbetrag! So ist die Situation. Wenn ich das haushaltswirtschaftlich errechne am 17. Mai, dann werde ich in der Lage sein, dem Bundestag genau zu sagen, wie die Aussichten für den kommenden Haushalt sind. Dann können wir uns über die Änderung des Tarifs unterhalten.

Der Bundesrat hat dem Gesetz als solchem mit gewissen Abänderungen zugestimmt. Er hat sich für den 1. Januar ausgesprochen. Der 1. Juli war von vornherein eine Utopie; der 1. Oktober wäre nur zu erreichen, wenn sich das Parlament sehr beeilte, wenn die Interessentenwünsche sehr in den Hintergrund gedrückt würden und wenn der Bundesrat nicht den Vermittlungsausschuß anriefe. Denn es müßte am 1. August das Gesetz verkündet sein, um am 1. Oktober durchgeführt werden zu können. Darüber will ich aber weiter nichts sagen.

Die zweite Frage betrifft die Ausschüttung der Gewinne. Es gibt darüber kein Dogma, ob man den ausgeschütteten Gewinn oder den nicht ausgeschütteten Gewinn bevorzugen soll. Das hängt von der volkswirtschaftlichen Situation ab. Wir haben bis zum Jahre 1950 den nicht ausgeschütteten Gewinn bevorzugt, und zwar aus guten Gründen. Wir haben aus guten Gründen im Jahre 1950 das geändert. Wir haben jetzt eine Bevorzugung des ausgeschütteten Gewinns. Ob und wie lange wir das halten können, das hängt von der volkswirtschaftlichen Situation ab. Es gibt also kein Dogma nach der Richtung in der Finanzpolitik, sondern es sind volkswirtschaftliche Überlegungen anzustellen. Kennzeichnend war, daß die Länder die Umsatzsteuerergänzungsabgabe abgelehnt haben oder ablehnen wollten.

Nun das Verhältnis von Bund und Ländern, das uns in der CDU interessiert. Es kann unmöglich der Mann der CDU des Bundestages eine andere Politik vertreten als der Mann der Landtagsfraktion der CDU im gleichen Land. Wir müssen also noch in diesem Monat zu irgendeiner grundsätzlichen Einigung kommen; aber nicht nur in Bayern – wo ich hoffe, es ziemlich leicht zu haben –, sondern auch in Nordrhein-Westfalen!

Ich würde dringend darum bitten, daß die Parteivorstandschafft die Initiative übernimmt, unter Ausschluß jeder Bürokratie – ich unterstreiche es noch einmal –, einen Ausschuß nur mit reinen Politikern einzusetzen, um somit einen Weg zu finden, die öffentliche Meinung rechtzeitig davon zu verständigen, daß ein solcher Gegensatz innerhalb der CDU nicht besteht. Ich bin selber Föderalist, aber ich warne alle die Föderalisten, die Frage des Föderalismus in den Wahlkampf zu werfen. Ich glaube, in Nordrhein-Westfalen würde z.B. die Flagge des Föderalismus nicht sehr viel Wähler hinter sich bringen. Gerade weil ich ein Freund der Länder bin, warne ich dringend davor, das zum Gegenstand eines Wahlkampfes zu machen.

Ich möchte um Verständnis für folgendes bitten: Der Bundshaushalt ist kein Haushalt des Bundes. Der Bundshaushalt ist ein Gemeinschaftshaushalt der Länder

– ich unterstreiche das immer wieder –, seitdem der Bund die großen Ausgaben nach Art. 120 GG übernommen und von den Ländern weggenommen hat. Infolgedessen müssen aus der Bundeskasse alle die Zahlungen für Besatzungskosten, Sozialausgaben, Lastenausgleich usw. an die Länder geleistet werden. Die Länder müssen daran denken, daß sie den Bund als Gemeinschaft der Länder und nicht als Gegner der Länder zu betrachten haben.

Der Bund hat nun einmal die verfassungsmäßige Pflicht, daß er einen Ausgleich zwischen steuerschwachen und steuerstarken Ländern herbeiführen muß. Es ist unmöglich, daß der Föderalismus die Konsequenz hat, daß es in Deutschland reiche Gegenden neben armen Gegenden gibt. Das ist unmöglich. Wir haben heute das Verhältnis, wenn ich Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen nehme, daß das eine Land eine Steuerkraft von 137 % des Bundesdurchschnitts und das andere Land eine solche von nur 53 % hat.

Es gab eine Zeit, in der im alten Preußen die Steuern des Ruhrgebietes in die Zentralkasse nach Berlin geflossen sind, die dann von dort aus nach Kiel, Koblenz usw. verteilt wurden. Und kein Mensch hat sich darüber aufgeregt. (*Adenauer*: Das ist ein Irrtum! Die haben sich sehr aufgeregt!) Gut, mancher Oberbürgermeister hat es vielleicht gewußt, aber im allgemeinen wurde das als selbstverständlich betrachtet. Das, was damals der zentrale Staat geleistet hat, muß der föderalistische Staat praktisch auch leisten können. Dabei wollen wir gar keine Nivellierung. Der Vorschlag der Bundesregierung ist ein Ausgleich, der zur Folge hat, daß das reichste Land 106 % und das ärmste Land 90 % des Bundesdurchschnitts hat. Damit wäre das Verhältnis möglich.

Heute ist es so, daß der Bund für seinen Bundesanteil die Zustimmung der Länder braucht. Das ist also der springende Punkt. Ich muß mit der Gemeinsamkeit der Länder rechnen. Es muß der Bundesanteil für das steuerschwächste Land noch erträglich sein. Wenn das steuerschwächste Land nicht mehr kann, ist dieses Nichtkönnen der Vorwand für andere, die nicht wollen.

Auch die Zustimmung der Länder muß im Sinne des Grundgesetzes gehandhabt werden, also nicht nach Willkür, sondern unter der Voraussetzung, daß dem Sinn und dem Geist des Grundgesetzes entsprochen wird. Der Bund braucht eigentlich nicht nachzuweisen, daß er den Bedarf für die nicht gedeckten Ausgaben hat; denn der Bundeshaushalt wird von den Vertretern der Länder im Bundesrat genehmigt und geprüft. Ist er genehmigt und geprüft, dann ist doch die Berechtigung der Forderung grundsätzlich anerkannt. Das ist die obere Grenze.

Die untere Grenze ist die, daß der Bund nicht mehr verlangen darf, als den Ländern zumutbar ist. Aber in diesem Rahmen ist die Frage der Zustimmung eine Frage der Bundestreue und – lassen Sie mich das aussprechen – nicht eine Frage der reinen Willkür. Ich weiß aber, wie ich in den letzten Jahren gekämpft habe.

Meine Damen und Herren! Der Bund hätte den Fehlbetrag von 1.500 Millionen DM nicht, wenn die Vorschläge des Bundesfinanzministers über den Bundesanteil jeweils Erfolg gehabt hätten und nicht herabgedrückt worden wären. Dann hätten die

Länder mehr und könnten vielleicht weniger Investitionen machen, und manches Land würde sich überlegen, ob es eine Beamtenbesoldung durchführt.[!] Vom Standpunkt des Grundgesetzes aus ist es so, daß wir uns als Gemeinschaft zu fühlen haben und nicht als Gegner fühlen sollen. Wenn der Bund dabei die Verpflichtung erfüllen soll, einen Ausgleich unter den Ländern zu schaffen, dann müßte er eigentlich bei den Ländern, denen der Ausgleich zugute kommt, dafür auch Verständnis finden.

Ich hoffe, daß, nachdem die Dinge leider Gottes nicht mehr ohne den Vermittlungsausschuß erledigt werden können, im Vermittlungsausschuß die Sache geregelt wird. Ich wünsche noch einmal, daß wir als CDU-Leute nicht unvorbereitet in den Vermittlungsausschuß hineingehen, sondern daß wir uns vorher besprechen, weil ich glaube, daß wir dann ein häßliches Gefecht innerhalb der eigenen Parteilinien vermeiden können. Ich halte das für lebensnotwendig. Das wäre die Situation, so wie ich sie sehe.

Nun zu einem Wunsch, der heute ausgesprochen worden ist. Wenn in einem Landtag der Antrag gestellt wird: Die Landesregierung wird ersucht, beim Bundesanteil nicht über soundso viel Prozent hinauszugehen, dann möchte ich folgende zwei Ratschläge geben:

1. So wie die Situation heute liegt, fällt die Entscheidung im Vermittlungsausschuß. Die Vertreter im Vermittlungsausschuß sind satzungsmäßig frei von jeder Weisung. Wenn das Mitglied nach seiner eigenen Überzeugung in Anerkenntnis der Situation einem bestimmten Prozentsatz zustimmt, und die Sache geht in den Bundesrat, dann gibt es nur eine Gesamtablehnung oder eine Gesamtannahme. Es ist nach meinem Dafürhalten unmöglich, daß ein Landtag eine bindende Weisung an die Regierung geben kann, nicht über einen bestimmten Prozentsatz hinauszugehen.

2. Ich würde deshalb bitten, wenn an eine Regierung, die uns nahesteht, ein solcher Antrag herangetragen wird, daß wir uns rechtzeitig ins Benehmen setzen. Vielleicht kann man eine Formulierung vereinbaren, die den Parteifreunden im Landtag die Situation erleichtert, ohne die Regierung an ganz bestimmte Prozentsätze zu binden. Ich könnte mir eine Formulierung vorstellen, daß die Landesregierung ersucht wird, bei den Verhandlungen dahin zu wirken, daß das erträgliche Maß für das Land nicht überschritten wird, oder ähnlich. Darüber könnte man reden, aber eine Bindung an einen Prozentsatz ist unmöglich.

Wenn wir den Föderalismus umbringen wollen, dann müssen wir die Bundesgesetzgebung in die neuen Landtage verlegen. Wir würden praktisch dazu kommen, wenn die Landesregierungen der Länder Weisungen von den Landtagen für die Stellung im Bundesrat übernehmen, daß wir die Bundesgesetzgebung zersplittern und in die Länder verlegen. Das ist aber nicht der Sinn eines föderativen Prinzips und Systems. Ich würde bitten, befolgen Sie meinen Rat und schauen wir, daß wir uns innerhalb der CDU vor der Beratung im Vermittlungsausschuß geeinigt haben und daß wir vor den nächsten Landtagswahlen mit dieser Einigkeit vor die deutsche Öffentlichkeit treten können. (*Lebhafter Beifall.*)

Adenauer: Ich danke den Herren Strickrodt und Schäffer für ihre ausgezeichneten Ausführungen. Wir haben in der letzten Sitzung des Vorstandes besprochen, daß wir einen Ausschuß für konfessionelle und kulturpolitische Dinge einsetzen wollen.¹²⁷ Dieser Ausschuß ist noch nicht eingesetzt. Da die Sache nicht ungefährlich ist, ist es notwendig, diesen Ausschuß einzusetzen. Mir ist folgender Vorschlag gemacht worden: In den Ausschuß sollen gewählt werden: Ehlers, Tillmanns, Pferdenges, Simpfendorfer, Frau Praetorius¹²⁸, Wuermeling, Altmeier, Lensing, Frau Weber, Heck, Massoth¹²⁹.

Es ist eine Aufgabe, die viel Taktgefühl erfordert und mildes Denken und Verständnis für die andere Seite. Wünschen Sie eine Diskussion? Ich schlage vor, Sie wählen sich einen Vorsitzenden. Man braucht natürlich nicht immer alle einzuladen. Sie sind mit dem Vorschlag einverstanden.

VERSCHIEDENES

Etwas, was ich mit Absicht nicht auf die Tagesordnung gesetzt habe, ist die Frage der Neuwahl des Bundespräsidenten. Sie wissen, daß die Amtsperiode des Herrn Bundespräsidenten in diesem Jahr abläuft. Er ist auf fünf Jahre gewählt. Nach Art. 54 GG erfolgt die Wahl durch die Bundesversammlung. Die Bundesversammlung besteht aus den Mitgliedern des Bundestages und in einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder nach dem Grundsatz der Verhältniswahl gewählt werden.

Der Ältestenausschuß des Bundestages hat in Aussicht genommen, der Bundesversammlung vorzuschlagen – er kann das nicht bestimmen – den 16. Juli. Dann müßte die Bundesversammlung vorher zusammentreten, um den Termin zu bestimmen. Den kann nicht der Ältestenausschuß des Bundestages bestimmen. Die Bundesversammlung kann nur selbst bestimmen, wann sie wählt. (*Ehlers:* Ist das letzte Mal auch nicht geschehen!) Das liegt aber in der Natur der Sache. Die Bundesversammlung muß vorher zusammentreten. Das muß den Landtagen mitgeteilt werden. Es handelt sich um die Frage: Wer soll Bundespräsident werden? Ich möchte Ihnen ohne lange Diskussion vorschlagen, daß wir den Herrn Bundespräsidenten Heuss¹³⁰ wiederwählen. Er hat sich in seiner Aufgabe ausgezeichnet bewährt. Er genießt allgemeines Ansehen im In- und Ausland.

Sie sind damit einverstanden.

127 Vgl. Nr. 2 S. 102 f.

128 Gisela Praetorius (1902–1981), 1950–1954 und 1958–1962 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1953–1957 MdB.

129 Willy Massoth (1911–1978), 1946–1954 Landesvorsitzender der Jungen Union und Mitglied des Landesvorstands der CDU Hessen, 1949–1957 MdB.

130 Dr. Theodor Heuss (1884–1963), 1949–1959 Bundespräsident. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 82 Anm. 9. – Jetzt auch: Unserem Vaterland zugute: Der Briefwechsel Theodor Heuss/Konrad Adenauer, bearb. von Hans Peter Mensing. Berlin 1989; WINTER S. 17–55.

Es liegt mir auch daran, Ihnen, Herr Schäffer, zu danken für Ihren ausgezeichneten Vortrag, der ebenfalls wie der Vortrag von Herrn Strickrodt die ganze Finanz- und Steuerreform unter den Gesichtspunkten wiedergab, die wahrscheinlich vielen von Ihnen – es geht auch mir so – teilweise neu gewesen sind. Eine Diskussion heute abend ist nicht mehr möglich, obgleich auch dazu manches zu sagen wäre. Man sollte für die morgige Sitzung des Parteiausschusses Herrn Strickrodt bitten zu referieren und Herrn Schäffer bitten, ein Korreferat zu halten.

Es wird eine Diskussion dann stattfinden. Herr Scharnberg hat mit Mühe an sich gehalten. Wir werden über manche Dinge morgen sprechen müssen, die Herr Schäffer heute kurz gestreift hat, z.B., ob man ein für allemal die Prozentsätze bestimmen soll. Es gibt Länder, die das nicht wollen, um jedes Jahr der Bundesregierung die Daumenschrauben ansetzen zu können.

Nun ist von den Herren Schäffer und Strickrodt angeregt worden – ich halte die Anregung für sehr gut –, einen kleinen Ausschuß zu wählen, der den Versuch unternehmen soll, die ganze Sache zu bereinigen, ehe sie in den Bundestag, jedenfalls ehe sie in den Vermittlungsausschuß kommt. Das ist sehr notwendig. Ich habe mit den Herren von Nordrhein-Westfalen mehrfach darüber gesprochen. Herr Johnen ist nicht mehr hier. Lassen Sie mich jetzt einmal den Anwalt von Nordrhein-Westfalen spielen. Bei Nordrhein-Westfalen war es in der Hauptsache ein persönliches Ressentiment – leider – gegen den Bundesfinanzminister. Da waren die persönlichen Differenzen derart stark, daß überhaupt kaum mehr eine richtige Verhandlung möglich war.

Ich will nicht sagen, daß man ihm nichts mehr glaubte, aber es war nahe dran. Sie glaubten ihm manches nicht, so will ich mich ausdrücken. Und dann kamen plötzlich Differenzen hinzu. Das war in hohem Maße bedauerlich. Ich halte es für sehr gut, daß wir dem Vorschlag der beiden Herren folgen und einen Ausschuß einsetzen, der zusammen mit den Herren von Nordrhein-Westfalen und mit dem Bundesfinanzminister den Versuch macht, aus der ganzen Situation noch im Monat Mai einen Ausweg zu finden, damit wir, ehe der Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen beginnt, an die Öffentlichkeit mit der Erklärung gehen können, daß dieser Streit vorbei ist.

Nun ist vorgeschlagen worden: ohne Bürokraten. Es fragt sich, ob ein Minister zu den Bürokraten gehört! (*Zurufe*: Nein! – *Von Brentano*: Dann müßte ja Schäffer wegbleiben!) Wer kann von Nordrhein-Westfalen hinzukommen? (*Zurufe*: Flecken¹³¹! – *Tapolski*¹³²!) Ja, das ist der besondere „Freund“ von Herrn Schäffer. Es ist vielleicht am besten, wenn morgen Herr Strickrodt mit Nordrhein-Westfalen telefonisch spricht. Flecken würde ich sagen, Sie, Herr Schäffer, dann müßte auch ein steuerschwaches Land vertreten sein, denn die steuerstarken Länder sehen die Sache anders an. Ich würde es begrüßen, wenn Herr Altmeier dabei wäre. (*Altmeier*: Ja!) Es wird Ihnen

131 Dr. Adolf Flecken (1889–1966), 1947–1966 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1950–1952 Innen- und 1952–1956 Finanzminister.

132 Ministerialdirigent im Düsseldorfer Finanzministerium, hatte der Studienkommission des Bundesfinanzministeriums (vgl. Anm. 119) angehört.

recht sein, wenn Herr Altmeier dabei ist. Herr Fricke, Sie interessieren sich auch? (*Fricke*: Ich habe eine Frage an den Bundesfinanzminister, ich bin morgen nicht da.) Wollen Sie am Ausschuß teilnehmen? (*Fricke*: Im Mai schwerlich!) Wann denn? (*Fricke*: Weil ich blockiert bin!) Dann blockieren Sie auf! (*Heiterkeit*.) Also, Sie nehmen teil! Wie ist es mit Ihnen, Herr Scharnberg? (*Scharnberg*: Ich könnte auch!) Sie tun es auch gern? (*Scharnberg*: Ja, gerne!)

Die Sache ist parteipolitisch von großer Bedeutung. Diese, verzeihen Sie den Ausdruck, es sind Damen hier, Schweinerei muß aus der Welt. Es ist eine unangenehme Geschichte gewesen, daß so etwas passiert ist.

Fricke: Der Herr Bundesfinanzminister ist auf die Ausführungen von Herrn Strickrodt nicht eingegangen, ob man nicht auf die Anhebung der Großhandelsumsatzsteuer verzichten könnte. Der Bundesfinanzminister hat ausgeführt, daß er im Zuge seiner Untersuchung jede Erörterung der Umsatzsteuer für kritisch halte. Sein Staatssekretär¹³³ hat vor 20 Jahren einen Kommentar geschrieben und auf die Problematik und strukturverändernde Wirkung der Großhandelsumsatzsteuer hingewiesen. Es ist kein Zweifel, daß die Großhandelsumsatzsteuer, die Steuersenkung für den Großhandel, eine echte Ertragsteuer wäre. Ich habe die Frage, da Sie in Frankfurt vor dem Großhandel sprechen¹³⁴, Herr Bundeskanzler, ob man nicht der Anregung von Strickrodt folgen kann, daß der Bundesfinanzminister sagt, auf jede Veränderung der Umsatzsteuer wird verzichtet.

Der Bundesfinanzminister sagte, die Bundesregierung sei ein Ausschuß von Parteifreunden. Ich habe vergeblich versucht, mit dem Bundesfinanzminister Kontakt zu bekommen.

Adenauer: Ich würde Sie bitten, Herr Fricke, den Bundesfinanzminister aufzusuchen und unter vier Augen mit ihm zu sprechen.

Scharnberg: Wir haben in der vorigen Sitzung einen Ausschuß eingesetzt, der sich mit der Finanzierung der Partei beschäftigen soll.¹³⁵ Dieser Ausschuß hat den einstimmigen Wunsch, daß in die Steuergesetze hineinkommt die Abzugsfähigkeit von Parteibeiträgen und Spenden. Es ist ein ganz dringendes Anliegen. Wir laufen die größte Gefahr mit der Parteifinanzierung, wenn wir nicht auf diesem Gebiet eine kleine Erleichterung schaffen. Ich möchte, daß der Vorstand der Fraktion empfiehlt, das hineinzubringen.

Adenauer: Sie können heute abend nicht mehr von uns verlangen, darüber zu diskutieren, aber wir sind alle für Parteifinanzien! (*Heiterkeit*.)

Hellwig: Wenn ich Herrn Strickrodt richtig verstanden habe, dann kam es darauf an, daß ein interner kleiner Kreis nicht nur über das Verhältnis Bund-Länder, sondern auch über die gesamte Steuerreform spricht.

133 Alfred Hartmann (vgl. Nr. 2 Anm. 47)

134 4. Mai 1954 – Tagung des Gesamtverbands Groß- und Außenhandel.

135 Vgl. Nr. 2 S. 90ff.

Adenauer: Dieser kleine Ausschuß soll die ganzen Themata besprechen und den ernsthaften Versuch machen, unter Parteifreunden eine einheitliche Basis zu finden. Ich glaube, damit habe ich den Auftrag des Ausschusses richtig festgelegt. Sie sind damit einverstanden.

Zum Parteitag. Wir leben in einer solch kritischen Situation, daß ich bitten möchte, heute die Themen zum Parteitag noch nicht festzusetzen. Wir wissen nicht, was noch kommen wird. Wir werden den Parteivorstand eventuell noch einmal zusammenrufen müssen. Der Termin für den Parteitag steht fest.

Dann danke ich Ihnen sehr, meine Damen und Herren, und schließe damit die Sitzung.

4

Köln, 28. Mai 1954

Sprecher: Adenauer, [Bach], von Brentano, Fay, Heck, Johnen, Kaiser, [Lensing], Lenz, von Lojewski, Müllenbach, Simpfendörfer, Tillmanns, Frau Weber, Zimmer.

Ablauf des Parteitages.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 11.30 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ein herzliches Willkommen! Wir treten sofort in die Beratungen ein. Ich höre eben von Herrn Heck, daß sich rund 1.700 Personen zum Parteitag¹ angemeldet haben. Im vorigen Jahr in Hamburg waren es 1.000. Ich nehme ohne weiteres an, daß der geistige Inhalt dem ziffermäßigen entspricht und daß wir deshalb im Vertrauen der Abwicklung des Parteitages entgegenzusehen können.

Es haben sich entschuldigt die Herren Dr. Hofmeister, von Hassel, Wirsching², Dr. Gebhard Müller, Dr. Pferdmeiges, Bach, (*Weber:* Herr Bach ist da!) Herr Bundestagspräsident Ehlers hat sich ebenfalls für diese Sitzung entschuldigt.

1 Vom 28. bis 30. Mai 1954.

2 Eugen Wirsching (1891–1983), 1946–1960 MdL. Württemberg-Hohenzollern bzw. Baden-Württemberg, 1947–1952 Arbeitsminister von Württemberg-Hohenzollern.